Die chinesische Völkerrechtslehre und ihr postkoloniales Erbe: 1979–1993

Lucas Brang¹

Abstract

Der wissenschaftlichen Debatte um die chinesische Stellung zum Völkerrecht mangelt es an einer historischen Fundierung. Während einerseits die rechtspolitischen Entwicklungen der Jahrzehnte nach dem Ende des kalten Krieges ahistorisch überhöht und absolut gesetzt werden, tendieren jüngere historische Darstellungen umgekehrt dazu, eine vermeintlich skeptische und formalistische chinesische Haltung zum Völkerrecht aus den demütigenden Erfahrungen der Ungleichen Verträge herzuleiten. Die maoistische Ära und die darauffolgende Reformdekade der 1980er Jahre werden dagegen mit einem auffälligen Schweigen belegt. Dieser Beitrag kritisiert diese Form des historischen Extrapolierens und analysiert dagegen die achtziger Jahre als eine Ära, die personell, institutionell und konzeptionell konstitutiv für die professionelle Identität der chinesischen Völkerrechtswissenschaft war – und deren genuiner Internationalismus zu einer Neubewertung der chinesischen Position anhält. Der Niedergang des Internationalismus der Dritten Welt nach 1989 gibt daher nicht nur Anstoß zu der Frage, welche bleibende Rolle dieses postkoloniale Erbe der achtziger Jahre für die heutige chinesische Position spielt; er lädt auch zu einer kritischen Reflexion der jüngeren Dynamiken der Völkerrechtsordnung insgesamt, einschließlich der chinesischen Stellung darin, ein.

1. Zur Einführung: China als *persistent objector* des post-westfälischen Völkerrechts?

Zeitgenössische Darstellungen des Aufstiegs Chinas im Völkerrecht pendeln zwischen zwei sich scheinbar ausschließenden Polen. Auf der einen, in der kontinentaleuropäischen und angelsächsischen Literatur wohl überwiegenden, Seite, werden die revisionistischen Gefahren betont, die von einem Aufstieg Chinas ausgingen. Entsprechend wird die Volksrepublik für ihre scheinbar aus der Zeit gefallene und apologetische Insistenz auf dem „westfälischen“ Konzept der Staatensouveränität gescholten; ebenso wie für ihren angeblich ausufernden Gebrauch der Prinzipien der Nichteinmischung und der Einstimmigkeit – sowohl in Bereich der Rechtssetzung wie der Rechtsprechung.² Der Großteil der westlichen Literatur zu den chinesischen Positionen zum Völkerrecht zeichnet mithin ein auffallend negatives Bild – eines apologetischen Chinas, das etwa versucht ist, jedwede legitime Kritik an der eigenen Menschenrechtssituation durch Rekurs auf die *domaine réservé* pauschal abzuwehren. Ebenso wird Chinas Zurückhaltung, sich vertraglichen Kontrollmechanismen oder gar der verpflichtenden Jurisdiktion internatio-

ner Gerichte zu unterwerfen,³ als Zeugnis für die „konservative“ und „formalistische“ Position Chinas zum Völkerrecht angesehen. Eine skeptische Sicht auf das Völkerrecht wird auch in der Praxis der Umsetzung völkerrechtlicher Verträge in innerstaatliches Recht bescheinigt.⁴ Für manche ist ein instrumentelles, pragmatisches und reserviertes Rechtsverständnis gar das entscheidende Moment in der Geschichte der chinesischen Auseinandersetzung mit dem Völkerrecht.⁵ Wieder andere sehen in der chinesischen Herangehensweise an das Völkerrecht seit der Frühphase im späten neunzehnten Jahrhundert eine eigentümliche Mischung aus Machtpolitik und Moralismus.⁶ Die jüngeren Entwicklungen legten zudem nahe, dass die Volksrepublik eine zunehmend expansive und aggressive Politik entlang ihrer territorial umstrittenen Seegrenzen anstrebe –

¹ Doktorand am Lehrstuhl für chinesische Rechtskultur, Universität zu Köln.

² Siehe, u. a., Jacques deLisle, China's Approach to International Law: A Historical Perspective, in: Proceedings of the Annual Meeting (American Society of International Law), Vol. 94, 2000, S. 267–275; Wim Muller, China's sovereignty in international law: from historical grievance to pragmatic tool, in: China-EU Law Journal 2013, S. 35–59.

³ Julian Ku, China and the Future of International Adjudication, in: Maryland Journal of International Law, Vol. 27, 2012, S. 154–173; John Yoo, Eric Posner, International Law and the Rise of China, in: Chicago Journal of International Law, Vol. 7(1), 2006, S. 1–15, 10. Wobei anzumerken ist, dass die Volksrepublik mitnichten alleine mit ihrer Skepsis gegenüber der obligatorischen Gerichtsbarkeit des IGH ist, da unter den fünf ständigen Mitgliedern nur das Vereinigte Königreich diese, wenngleich unter Vorbehalten, anerkannt hat.

⁴ Björn Ahl, Die Anwendung völkerrechtlicher Verträge in der Volksrepublik China, Heidelberg 2009; Pitman Potter, China and the International Legal System: Challenges of Participation, in: The China Quarterly, Vol. 191, 2007, S. 699–715.

⁵ Anlei Zuo, China's Approaches to the Western-Dominated International Law: A Historical Perspective from the Opium War to the South China Sea Arbitration Case, in: The University of Baltimore Journal of International Law, 2018 (i. E.).

⁶ Jacques deLisle (Fn. 2), S. 272.

worin ihr die chinesische Lehre bereitwillig assistiere.⁷ Insgesamt scheint es, als sei China die „letzte Bastion“ des westfälischen Staatensystems⁸ und der „odd man out“ in den Bemühungen um eine progressive Entwicklung des Völkerrechts nach dem Ende des kalten Krieges.⁹ Diese Angst vor einem revisionistischen China und die korrespondierenden Einschätzungen der chinesischen Lehrmeinungen sollten uns aber nicht nur aufgrund der damit verknüpften historischen Analogien zum europäischen Imperialismus zu denken geben¹⁰ – sie sind auch historiografisch von fragwürdigem Wert, wie die vorliegende Arbeit zu zeigen versucht. Manche sehen darin gar, wie Teemu Ruskola in Anschluss an Edward Said, den Ausdruck eines eurozentrischen Diskurses, in dem China nicht einfach bloß der Status eines Gleichen abgesprochen wird, sondern ein orientalisiertes Bild eines „rechtlosen“ Chinas im Gegenzug konstitutiv und identitätsbildend für das eigene Idealverständnis einer „Herrschaft des Rechts“ sei.¹¹ Es soll hier indes nicht um Apologie oder Kritik gehen, sondern um die Richtigkeit der historischen Darstellung.

Andererseits existieren geradezu überschwänglich positive Darstellungen der chinesischen Position, die ihr Festhalten am Paradigma eines friedlichen Aufstiegs betonen. Die chinesische Herangehensweise an das Völkerrecht, vor allem ihre Betonung der fortdauernden Relevanz der Staatensouveränität,¹² ließen sich demnach als Teil eines größeren Lagers der Länder des globalen Südens betrachten.¹³ In der Tat wurde, wie dieser Beitrag zeigen wird, die Identifikation mit der

Dritten Welt schon früh zu einem der Hauptanliegen der chinesischen Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen, und der postkoloniale Internationalismus zum Kern ihrer professionellen Identität. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wende zu einem „post-westfälischen“ Völkerrecht¹⁴ jedoch folgte nicht nur der Niedergang der kollektiven Bemühungen der Dritten Welt¹⁵ – sondern auch Chinas präzedenzloser Aufstieg in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Damit wurde auch Chinas Führerschaft des globalen Südens immer spannungsgeladener und ambivalenter – man denke nur an die Kontroversen um die Verantwortung großer Schwellenländer für die Emission von Treibhausgasen im Rahmen des Klimarechts, oder an die bisweilen als neo-kolonial bezeichnete Aktivität chinesischer Unternehmen in Afrika oder Südasien.¹⁶ Auch im Rahmen der Doha-Runde der WTO positionierte sich China nicht länger als Führer der Dritten Welt.¹⁷

Wie also ist die oben angerissene Kontroverse zu beurteilen? Was bleibt vom chinesischen Erbe des Postkolonialismus? Man könnte im Anschluss an die Critical Legal Studies solche dichotomen Gegenüberstellungen – eines formalistischen und apologetischen Chinas und eines idealistischen, nach materieller Gerechtigkeit strebenden Westens – als schon theoretisch fragwürdig verwerfen – sind diese Gegensätze doch der völkerrechtlichen Argumentationsweise selbst eingeschrieben.¹⁸ Es soll hier aber primär nicht um die Kritik dieser Gegenüberstellungen gehen, sondern um ihre historische Herleitung. Wie kam es überhaupt dazu, dass China mit einem konservativ-skeptischen Völkerrechtsverständnis assoziiert wird? Es muss in der Beantwortung dieser Fragen über rechtsdogmatische Analysen hinaus darum gehen, die „interne Dynamik“ des chinesischen Völkerrechtsdiskurses darstellbar zu machen.¹⁹ Dies kann gleichwohl nur gelingen, wenn man diesen vor dem Hintergrund eines profunden Wandels des Völkerrechts selbst analysiert, der hier schematisch als Wendung vom post-kolonialen zum

⁷ Siehe etwa Douglas Guilfoyle, *A new twist in the South China Sea Arbitration: The Chinese Society of International Law's Critical Study*, in: EJIL: Talk!, <www.ejiltalk.org/a-new-twist-in-the-south-china-sea-arbitration-the-chinese-society-of-international-laws-critical-study/>, eingesehen am 31.10.2018.

⁸ Wim Muller (Fn. 2), S. 36.

⁹ Zitiert nach Phil Chan, *China's Approaches to International Law since the Opium Wars*, in: *Leiden Journal of International Law*, Vol. 27, 2014, S. 859–892, 886.

¹⁰ A. Krauel, *Applicabilité du Droit de Gens Européen a la Chine*, in: *Revue de Droit International et de Legislation Comparee*, Vol. 9, (1877), S. 387–422; Stefan Kroll, *Normgenese durch Re-Interpretation: China und das europäische Völkerrecht im 19. und 20. Jahrhundert*, Baden-Baden 2012; Martti Koskeniemi, *The Gentle Civilizer of Nations. The Rise and Fall of International Law: 1870–1960*, Cambridge 2004; TANG Qihua (唐启华), *Zur Anwendung der ‚Clausula rebus sic stantibus‘ in der Geschichte der chinesischen Außenpolitik (论“情势变迁原则”在中国外交史的运用)*, in: *Shehui kexue xuebao (sozialwissenschaftliche Zeitschrift)*, 2011, S. 135–147. Siehe allgemein Teemu Ruskola, *Legal Orientalism*, in: *Michigan Law Review*, Vol. 101, 2002, S. 179–234.

¹¹ Teemu Ruskola (Fn. 10). Ironischerweise können solche orientalisierenden Darstellungen auch nicht intendierte Folgen haben, wie die Debatte um asiatische Werte zeigt, die man, Edward Said folgend, als Selbst-Orientalisierungen bezeichnen könnte. Siehe Randall Peerenboom, *China Modernizes: Threat to the West or Model for the Rest?*, Oxford 2007, S. 165. Vgl. auch Akira Iriye et al. (eds.), *The Human Rights Revolution. An International History*, Oxford 2012, S. 11.

¹² Siehe etwa Joint Sino-Russian Declaration on International Law, <www.mid.ru/en/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonKJE02Bw/content/id/2331698>, eingesehen am 02.07.2018.

¹³ Randall Peerenboom (Fn. 11); XUE Hanqin, *Chinese Contemporary Perspectives on International Law*, in: *Recueil des Cours*, Leiden 2012; Harro von Senger, *Die UNO-Konzeption der Menschenrechte und die offizielle Menschenrechts-Position der Volksrepublik*, in: Gregor Paul (Hrsg.), *Die Menschenrechtsfrage: Diskussion über China*, Dia-

log mit China, Göttingen 1998, S. 62–115; Gerd Kaminski, *Chinesische Positionen zum Völkerrecht*, Berlin, 1972.

¹⁴ Gunther Teubner/Andreas Fischer-Lescano, *Regime-Kollisionen: Zur Fragmentierung des globalen Rechts*, Frankfurt 2006, S. 16.

¹⁵ Vgl. Martti Koskeniemi, *History of International Law, Since World War II*, in: *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*, 2011, <<http://opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e715>>, eingesehen am 03.07.2018; Julio Faundez, *Between Bandung and Doha: International Economic Law and Developing Countries*, in: Louis Eslava et al. (Hrsg.), *Bandung, Global History, and International Law: Critical Pasts and Pending Futures*, Cambridge 2017, S. 498–514.

¹⁶ Sylvia Wairimu Kang'ara, *China and Africa: Development, Land, and the Colonial Legacy*, in: Louis Eslava et al. (Hrsg.), *Bandung, Global History, and International Law: Critical Pasts and Pending Futures*, Cambridge, 2017, S. 367–380; Maria Abi-Habib, *How China Got Sri Lanka to Cough Up a Port*, in: *The New York Times*, 25.07.2018, <www.nytimes.com/2018/06/25/world/asia/china-sri-lanka-port.html>, eingesehen am 02.07.2018.

¹⁷ Wang Jiangyu/Chin Leng Lim, *China and the Doha Development Agenda*, in: *Journal of World Trade*, Vol. 44, No. 6, 2010.

¹⁸ Vgl. Martti Koskeniemi, *The Politics of International Law*, in: *European Journal of International Law*, 1990, S. 4–32.

¹⁹ Samuli Seppänen, *Ideological Conflict and the Rule of Law in Contemporary China: Useful Paradoxes*, Cambridge 2016.

post-westfälischen Völkerrecht infolge des Endes des kalten Krieges bezeichnet werden soll. Ein Großteil der kritischen Darstellungen der chinesischen Position sind, so die hier vorgebrachte Kritik, letztlich *ahistorisch*, insoweit sie ein bestimmtes, durch transnationale Menschenrechte bereits relativiertes, Souveränitätsverständnis als *a priori* gegeben und historisch absolut voraussetzen. Dies verdeutlicht, dass eine umfassende und angemessene Bewertung der chinesischen Völkerrechtslehre nur dann möglich ist, wenn ein Blick in die Geschichte und Genese ihrer Entwicklung geworfen wird. Dabei sind freilich ahistorische Extrapolierungen zu vermeiden, wie sie für die Darstellungen der chinesischen Auseinandersetzung mit dem Völkerrecht der letzten Jahre so charakteristisch sind. Besonders vorherrschend ist ein Narrativ, demzufolge die chinesische Zurückhaltung gegenüber dem Völkerrecht mit der historischen Erfahrung ungleicher Verträge seit dem späten neunzehnten Jahrhundert erklärt werden sollte, die den Chinesen eine tief liegende Skepsis gegenüber der Aufgabe von Souveränität eingeflößt habe.²⁰ Solche Narrative – die auch von der chinesischen Wissenschaft selbst gepflegt werden – unterschlagen nicht nur die idealistische Aneignung des Völkerrechts in der Republikperiode durch Juristen wie Gu Weijun,²¹ sie belegen auch die darauffolgende maoistische Phase und – noch entscheidender – die Reformdekade der achtziger Jahre mit einem auffallenden Schweigen. Es gibt schlechthin keine lineare Kontinuität in den chinesischen Positionen zum Völkerrecht von den Opiumkriegen bis heute. Dies wider jede Empirie zu behaupten ist eine nur vage verschleierte Ausrede für argumentative Simplizität und einen fragwürdigen methodischen Kulturalismus und Historizismus.²² Es scheint dagegen um einiges plausibler, die formative Phase der chinesischen Völkerrechtswissenschaft in der Reformdekade der achtziger Jahre zu sehen – eine Zeit, die als konstitutiv für die professionelle Identität der chinesischen Völkerrechtswissenschaft gelten darf: sei es in personeller, institutioneller, oder in konzeptioneller Hinsicht. Eine Zeit jedoch, die gerade in der heutigen westlichen Literatur vernachlässigt oder gänzlich ignoriert wird.

Es ist mithin eine *dreifache methodische Wende* in der Erforschung der chinesischen Auseinandersetzung mit dem Völkerrecht vonnöten: Erstens eine historiografische Wende, die sich auch innovativen und kritischen

Beiträgen zur Völkerrechtsgeschichtsschreibung öffnet,²³ ohne dabei aber ahistorische Extrapolierungen und „tiefenhistorische“ Platitüden zu kolportieren – denn eine solche „Projektion heutiger eurozentrischer Konzepte auf die Vergangenheit [ist] als Schaffung einer bestimmten Version von Völkerrechtsgeschichte“ politisch fragwürdig und intellektuell unredlich,²⁴ Zweitens eine kritische Wende, die nicht nur die Einsichten der „Critical Legal Studies“ in die politische Natur des Rechts aufnimmt,²⁵ sondern beginnt, die Selbstverortung der chinesischen Lehre der achtziger Jahre in der postkolonialen Völkerrechtswissenschaft (Third World Approaches to International Law – hinfort: TWAIL) der ersten Generation zu analysieren – die Geschichte der chinesischen Völkerrechtslehre der achtziger Jahre sollte dabei *auch* als Beitrag zur globalen Ideengeschichte von TWAIL verstanden werden; dies dürfte ebenso eine Revision der rein negativen Bewertung der Spätphase des kalten Krieges als „Stillstand“ in der Entwicklung des Völkerrechts implizieren,²⁶ Drittens ist eine Wende von staatszentrierten Positionen, die sich auf die Volksrepublik als Akteur und Subjekt des Völkerrechts fokussieren, hin zur chinesischen Völkerrechtswissenschaft selbst vonnöten – wobei explizit anzuerkennen ist, dass letztere nicht als monolithische Gruppe agiert, sondern eine komplexe akademische Gemeinschaft mit einer streitbaren professionellen Identität darstellt, die nicht immer mit der offiziellen Doktrin übereinstimmt;²⁷ es geht dabei nicht zuletzt um die Anerkennung der „allgemeinen Realität, dass Völkerrechtler in verschiedenen Staaten, Regionen oder geopolitischen Gruppen häufig separate [...] Gemeinschaften bilden, mit ihren je eigenen sozialisierenden Kräften.“²⁸

Der vorliegende Beitrag vertritt, aufbauend auf diesen drei methodischen Prämissen, die These, dass die zeitgenössische chinesische Völkerrechtslehre seit ihrer Begründung in den späten 1970er Jahren in einer Spannung zwischen zwei distinkten Traditionen besteht:

²⁰ Siehe etwa CHEN Tiqiang, The People's Republic of China and Public International Law, in: Dalhousie Law Journal, Vol. 8, 1984, S. 4–31; XUE Hanqin (Fn. 13), Phil Chan (Fn. 9), S. 861, Anlei Zuo (Fn. 5), HE Zhipeng/SUN Lu (孙璐/何志鹏), Eine chinesische Theorie des Völkerrechts (国际法的中国理论), Beijing 2017, S. 52.

²¹ Siehe etwa die umfassende Sammlung an Forschungsliteratur zu Gu Weijun (Wellington Koo) in JIN Guangyao (金光耀) (Hrsg.), Gu Weijun und Chinas Diplomatie (顾维钧与中国外交), Shanghai, 2001. In der Tat galt die republikanische Völkerrechtslehre als derart idealistisch, dass spätere chinesische Lehrbücher sie als warnendes Beispiel eines naiven Idealismus heranzogen. Vgl. WEI Min (魏敏) (Hrsg.), Einführung in das Völkerrecht (国际法概论), Beijing, 1986, S. 15.

²² Dieser Beitrag argumentiert nicht zuletzt, dass besagter Kulturalismus selbst eine Folge des historischen Umbruchs des Jahres 1989 ist.

²³ Martti Koskenniemi (Fn. 10); Martti Koskenniemi, A History of International Law Histories, in: Bardo Fassbender, Anne Peters (Hrsg.), The Oxford Handbook on the History of International Law, Oxford 2012, S. 943–971; Arnulf Becker-Lorca, Eurocentrism in the History of International Law, in: Bardo Fassbender, Anne Peters (Hrsg.), The Oxford Handbook on the History of International Law, Oxford 2012, S. 1034–1057; Samuel Moyn, The Last Utopia. Human Rights in History, Cambridge (Massachusetts) 2012.

²⁴ JIA Bingbing, A Synthesis of the Notion of Sovereignty and the Ideal of the Rule of Law: Reflections on the Contemporary Chinese Approach to International Law, in: Deutsches Jahrbuch für Völkerrecht, Vol. 53, 2010, S. 11–64, 26.

²⁵ Roberto Unger, The Critical Legal Studies Movement, New York 2015; Martti Koskenniemi (Fn. 18).

²⁶ Arnulf Becker-Lorca (Fn. 23), S. 1052; Martti Koskenniemi (Fn. 15).

²⁷ Die Bedeutung einer kontext-spezifischeren Analyse der professionellen Identität chinesischer Juristen wird auf beeindruckende Weise bezeugt bei Samuli Seppänen (Fn. 19). Für eine allgemeine Abhandlung über die professionelle Identität (westlicher) Völkerrechtlerinnen siehe Martti Koskenniemi Between Commitment and Cynicism, in: Jean d'Aspremont (ed.), International Law as a Profession, Cambridge, 2017, S. 38–66. Eine widersprechende Darstellung findet sich bei HE Zhipeng/SUN Lu (Fn. 20), S. 19.

²⁸ Anthea Roberts, Is International Law International?, Oxford 2017, S. 8.

einem völkerrechtsaffirmativen, postkolonialen Internationalismus einerseits – und einem völkerrechtskritischen Partikularismus andererseits. Erstere Tradition deutet auf die Vergangenheit der chinesischen Lehre im Kontext des Internationalismus der Dritten Welt hin. Sie richtete sich gegen das überkommene Völkerrecht der Kolonialzeit und strebte gleichzeitig ein neues Völkerrecht der substantiellen Gleichheit und Kooperation an. Erst mit den Entwicklungen, welche das Völkerrecht seit dem Ende des kalten Krieges durchlebte – etwa im Bereich des Menschenrechtsschutzes, des Völkerstrafrechts und insbesondere hinsichtlich der „Neujustierung der staatlichen Firewall“²⁹ durch die kontroversen Konzepte humanitärer Intervention und staatlicher Schutzverantwortung – kam es wiederum zu einer konservativen Wende der chinesischen Position. Dies wird im letzten Abschnitt zu erläutern sein.

Das führt zu der damit korrespondierenden These: Nur weil der postkoloniale, völkerrechtsfreundliche Internationalismus, den die chinesische Völkerrechtslehre in den 1980er Jahren vertrat, mit dem Ende des kalten Krieges massiv an Bedeutung einbüßte und nur aufgrund der daraufhin einsetzenden Entwicklungen, die primär von den Staaten des globalen Nordens getrieben waren, kam es schlussendlich in den 1990er Jahren zu einer partikularistischen und konservativ-skeptischen Wende der chinesischen Disziplin. Es besteht mithin ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Wende zum Völkerrecht der Neunziger Jahre und den Charakterisierungen Chinas als formalistische und konservative Gegenkraft. Es ist diese Spannung zweier konfligierender Traditionslinien, die nicht nur im Zentrum des chinesischen, sondern des internationalen Völkerrechtsdiskurses insgesamt der vergangenen Dekaden steht. Die entscheidende Frage muss also nicht lauten, *ob* China, wie Jacques deLisle sich ausdrückt, in der Zukunft ein „Beispiel für die Beachtung des Völkerrechts“ werde; sondern vielmehr *wie* diese beiden distinkten Traditionslinien in Zukunft zu vereinbaren sein werden, sowie welche Rolle das postkoloniale Erbe der chinesischen Lehre dabei spielen wird.³⁰

2. Die historische Erblast: Zwei Kulturen der Völkerrechtslehre unter Mao

Die Völkerrechtswissenschaft des „neuen China“, wie sich der 1949 gegründete Staat nunmehr nannte, war zunächst einmal von einer weitgehenden personalen Identität und Kontinuität gegenüber der Republikzeit gekennzeichnet.³¹ Außenpolitisch nahm die neue Regierung der Volksrepublik in Artikel 55 des Gemeinsamen Programms – der *de facto* Verfassung bis zur Verabschiedung der Verfassung von 1954 – für sich in Anspruch, die von der Vorgänger-Regierung

während der Republikzeit abgeschlossenen Verträge umfassend zu überprüfen und deren Anerkennung und Umsetzung vom jeweiligen Inhalt abhängig zu machen.³² Dieser Bruch mit der Republikzeit, trotz einiger fortbestehender Argumentationsmuster, wie dem Rückgriff auf die *clausula rebus sic stantibus*,³³ zeigte sich auch in der Völkerrechtswissenschaft. Die personelle Identität der Lehre kann nicht über den Fakt hinwegtäuschen, dass die junge Völkerrechtswissenschaft der Volksrepublik von einem Generationen- und Ideologiekonflikt geprägt war. Ältere, überwiegend an Eliteuniversitäten im Ausland ausgebildete und sozialisierte Juristen standen sowjetisch sozialisierten Juristen gegenüber.³⁴ Dass erstere nicht von den ihnen vertrauten Lehrmeinungen zugunsten der sowjetisch geprägten Orthodoxie abrücken wollten, und weiterhin die Notwendigkeit der Übersetzung und Rezeption westlicher Forschungsliteratur betonten, kam einigen bitter zu stehen. Zwei der bedeutendsten chinesischen Völkerrechtler des zwanzigsten Jahrhunderts etwa, der in Cambridge promovierte Chen Tiqiang und der an der London School of Economics ausgebildete Wang Tieya, wurden neben anderen in der Rechtsabweichler-Kampagne des Jahres 1957 diffamiert und verloren zentrale akademische Posten.³⁵ Das maßgebliche Werk Wangs in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik war bezeichnenderweise eine von ihm herausgegebene Sammlung von historischen Verträgen Chinas – also ein theoretisch unbedarftes, praktisch für die chinesische Außenpolitik verwertbares Unterfangen.³⁶ Auch Li Haopei, ein während der Republikzeit anerkannter Experte für das internationale Privatrecht und in seinen späteren Jahren Richter am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, konnte in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik kaum noch nennenswerte Forschungsbeiträge liefern, und ein Teil seiner Aufsätze erschien erst posthum im Jahr 2000 in seinen gesammelten Schriften.³⁷ Wieder andere, wie etwa Yang Yaolong, der in Harvard promoviert wurde und an der damaligen Universität zu Berlin

³² Phil Chan (Fn. 9), S. 878. Siehe auch LI Ming (李鸣), Vierzig Jahre der chinesischen Theorie und Praxis des Völkerrechts aus Sicht der souveränen Gleichheit (从主权平等的发展看我国四十年来国际法的理论与实践), in: Zhongwai Faxue (中外法学), Vol. 6, 1989, S. 8–13, 11; sowie XUE Hanqin (Fn. 13), S. 32 f.

³³ Phil Chan (Fn. 9), S. 878.

³⁴ Gerd Kaminski (Fn. 125), S. 172.

³⁵ Ibid., S. 175. Für die Kritik an Wang Tieya siehe etwa LIN Hsin, On the System of International Law after the Second World War, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), People's China and International Law. A Documentary Study, Princeton 1974 (1958), S. 55–60, 59; für die Kritik an Chen Tiqiang siehe HO Wu-shuang / MA Chün, A Criticism of the Reactionary Viewpoint of Ch'en T'i-ch'iang on the Science of International Law, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), People's China and International Law. A Documentary Study, Princeton 1974 (1954), S. 26–27; sowie CHU Li-lu, Refute Ch'en T'i-ch'iang's Absurd Theory Concerning International Law, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), People's China and International Law. A Documentary Study, Princeton 1974 (1957), S. 54–55, 54.

³⁶ Vgl. HE Qinhuo (何勤华), Die Rezeption sowjetischen Völkerrechts im China der fünfziger Jahre (20 世纪 50 年代后中国对苏联国际法的移植), in: Jinling falü pinglun (金陵法律评论), 2001, S. 89–94, 93.

³⁷ Ibid.

²⁹ Andreas von Arnould, Staatliche Souveränität im Wandel: Neujustierung der staatlichen „Firewall“, in: Tobias Debiel et al. (Hrsg.), Globale Trends 2013, Frankfurt a. M. 2012, S. 69–92.

³⁰ JIA Bingbing (Fn. 24).

³¹ XUE Hanqin (Fn. 13), S. 31.

geforscht hatte, veröffentlichten zwar weiterhin (bisweilen moderat kritische) Aufsätze, in denen sie sich allerdings nur noch auf sowjetische Autoritäten stützen konnten.³⁸ Insgesamt ist für die maoistische Völkerrechtslehre, insbesondere in den Jahren der politischen Radikalisierung, ein niedriger akademischer Standard und ein hoher Grad an Ideologisierung bestimmend – ein Umstand, der insbesondere für die sowjetische Völkerrechtslehre unter Stalin ebenfalls zutrifft.³⁹ Es ist etwa bezeichnend, dass sich die hervorragende Monographie Gerd Kaminskis zu chinesischen Positionen zum Völkerrecht aus dem Jahr 1972 zu großen Teilen auf Interview-Mitschriften, Zeitungsartikel und offizielle Regierungserklärungen stützen muss, um die chinesische Position dieser Jahre zu rekonstruieren.⁴⁰ All dies legt einen Mangel an tiefergehenden akademischen Texten nahe, der sich auch in der maßgeblichen Dokumentensammlung von Jerome Cohen und Hungdah Chiu aus dem Jahr 1974 offenbart.⁴¹

2.1 Die Ära des sowjetischen Einflusses

Ein angemessenes Verständnis des Umbruchs, den die achtziger Jahre für die chinesische Völkerrechtslehre bedeuteten, ist nur vor dem Hintergrund des sowjetisch-maoistischen Erbes möglich. Es besteht dabei kein Zweifel über den prägenden Einfluss der sowjetischen Völkerrechtslehre auf die chinesische Disziplin der 1950er Jahre. So stellt etwa He Qinhua dar, dass die chinesische Völkerrechtswissenschaft der fünfziger Jahre kaum eigenständige Beiträge erbrachte. In der universitären Lehre wurden sowjetische Lehrbücher und Referenzwerke in chinesischer Übersetzung verwendet.⁴² Entscheidend aber ist, welche Lehrmeinungen genau auf dieser Basis rezipiert wurden. Es ist klar, dass die sowjetische Rechtswissenschaft keineswegs monolithisch und uniform auftrat, sondern selbst seit ihrer Begründung in den 1920er Jahren im stetigen Wandel und ideologischen Schlagabtausch begriffen war. Die erste Generation sowjetischer Juristen, einschließlich der zentralen Figur Eugen Paschukanis, hatte sich noch im kritischen Erbe der marxistischen Rechtstheorie verortet. Der Staat und das bürgerliche Recht galten als Überbauphänomene, die mit dem Übergang zum Sozialismus „absterben würden“:

„Das Absterben von Kategorien des bürgerlichen Rechts wird [...] das Absterben des Rechts überhaupt bedeuten, d. h. das Verschwinden des juristischen Moments aus den Beziehungen der Menschen untereinander.“⁴³

³⁸ Ibid.

³⁹ Boris Meissner, Außenpolitische Theorie und Völkerrechtsdoktrin der Sowjetunion, in: ders., Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion. Ausgewählte Beiträge, Köln 1987 (1960), S. 13–33, 14, 21.

⁴⁰ Vgl. Gerd Kaminski (Fn. 13).

⁴¹ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35).

⁴² HE Qinhua (Fn. 36), S. 93.

⁴³ Zitiert nach Joachim Perels, Der staatlich verordnete Sozialismus. Thesen zur Verfassungstheorie der Sowjetunion, in: Hubert Rott-

Für die Völkerrechtswissenschaft war das natürlich pikant. Denn mit der, wie Pjotr Stutschka in seiner Funktion als Volkskommissar der Justiz sich ausdrückte, „Abschaffung des Staates als Organ der Unterdrückung der Klassen“⁴⁴ wurde beiläufig auch das primäre Subjekt des westfälischen Völkerrechts mitabgeschafft:

„Der Sowjetstaat würde sich nach seiner [Paschukanis] Meinung nur der äußeren Form einer Norm bedienen. Ihr innerer Gehalt könne dagegen, da er einer anderen Werteordnung entstamme und damit wesensfremd ist, nicht übernommen werden.“⁴⁵

Gleichwohl fiel diese radikale Form der Theoriebildung der 1920er schon bald zwei Faktoren zum Opfer: den praktischen Erfordernissen der Außenpolitik des jungen Sowjetstaates einerseits, der schließlich nach dem Ausbleiben der Revolution in Deutschland auch mit bürgerlichen Staaten in diplomatische Beziehungen treten musste⁴⁶ – und dem stalinistischen Terror andererseits. Stutschka starb bereits 1932, Paschukanis wurde im Rahmen der Schauprozesse der dreißiger Jahre hingerichtet. Für Wyschinski, wie die stalinistische Staats- und Rechtstheorie insgesamt, stand fortan der Staatsapparat selbst im Mittelpunkt – und zwar nicht in der Form eines alsbald absterbenden Atavismus, sondern als vitales Zentrum des „Staatsrechts, einer objektiven und umfassenden Zwangsordnung“.⁴⁷ Diese neuerliche Staatsapologetik wurde durch Stalin explizit mit der „kapitalistischen Einkreisung“ des Sowjetstaates gerechtfertigt – eine Situation, in der die Abschaffung des Staates einer Kapitulation vor den imperialistischen Mächten gleichkäme.⁴⁸

„Aufgrund der von Stalin vollzogenen Aufwertung des mit dem Attribut der Souveränität versehenen Staates wandelt sich das allgemeine Völkerrecht aus einem ‚Zwischenklassenrecht‘ in ein ‚Zwischenstaatenrecht‘.“⁴⁹

Die mit der Anerkennung der Sowjetunion implizierte Rechtsgleichheit wurde mit der weitgehenden Aufgabe des radikal-ikonoklastischen Erbes der marxistischen Rechtstheorie erkaufte – in einer, wie Mohammed Bedjaoui später nicht ohne Ironie anmerkte, „dialektischen Wende“ der sowjetischen Rechtslehre.⁵⁰ Damit war auch der Staats- und Souveränitätsbegriff

leuthner (Hrsg.), Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt a. M. 1975, S. 338–358, 339.

⁴⁴ Ibid.

⁴⁵ Boris Meissner, Das Wesen des Völkerrechts in Ost und West, in: ders., Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion. Ausgewählte Beiträge, Köln, 1987 (1967), S. 34–53, 39.

⁴⁶ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 48.

⁴⁷ Joachim Perels (Fn. 43), S. 341.

⁴⁸ Boris Meissner (Fn. 39), S. 19.

⁴⁹ Boris Meissner, (Fn. 43), S. 40.

⁵⁰ Mohammed Bedjaoui, Towards a new international economic order, New York 1979, S. 141.

in die sowjetische Völkerrechtswissenschaft „hinübergerettet“, und just in *dieser* weitgehend konservativen Fassung erst wurde diese später in China rezipiert.⁵¹ So zitierten im Jahr 1957 etwa Ho Wu-shuang und Ma Chün eine sowjetische Lehrbuchdefinition, wonach das Völkerrecht jenes Recht sei, welches „den Willen der herrschenden Klasse der [jeweiligen] Staaten ausdrückt und durch einseitigen oder kollektiven Zwang von Staaten durchgesetzt wird.“⁵² Völkerrecht sei *Staatenrecht*. Aber auch die stalinistische und post-stalinistische Völkerrechtslehre war keineswegs uniform. So wird bisweilen zwischen einer revolutionären Phase, in der auch das Völkerrecht als Instrument der Klassenherrschaft des es jeweils anwendenden Staates gesehen wird, und einer späteren Phase des Völkerrechts der friedlichen Koexistenz unterschieden.⁵³ Stellte sich doch schon bald nach der erfolgreichen Oktoberrevolution die Frage, wie Wang Tiewa es später ausdrückte, ob „Staaten, die so grundverschiedene Charakter aufweisen, überhaupt miteinander verkehren“ könnten.⁵⁴ Für Korovin war noch klar, dass entsprechend des Basis-Überbau-Schemas kein einheitliches Recht zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten bestehen könne; war doch schließlich das Recht bloß Folge und Ausdruck des zugrundeliegenden Wirtschafts- und Produktionsregimes. Man müsse demnach auch von verschiedenen Völkerrechtssystemen ausgehen. Erst später, nach Stalins Tod im Jahr 1953, wurde dieser ökonomische Determinismus relativiert und Grigori Tunkins Lehre vorherrschend, nach der es nur ein einziges Völkerrecht gebe, welches für die kapitalistischen und sozialistischen Staaten gleichermaßen gelte. Insgesamt ist für die Entwicklung der sowjetischen Völkerrechtstheorie also eine „wachsende Einsicht in die Notwendigkeit eines allgemein verbindlichen Völkerrechts“⁵⁵ erkennbar, wenngleich die implizite Spannung zwischen einer „revolutionär-avantgardistischen“ und einer „konservativ-traditionalistischen Grundhaltung“⁵⁶ fortbestand (dies wird auch für die chinesische Lehre zu diskutieren sein). Dass die sowjetischen Theoriebemühungen schon Ende der 1950er Jahre über die ursprüngliche Kontroverse getrennter Völkerrechtssysteme hinaus gegangen waren, hatte gleichwohl kaum Einfluss mehr auf die chinesische Position, die nach

dem Bruch mit dem sozialistischen Bruderstaat weitgehend isoliert war.⁵⁷ Fortan galt die sowjetische Position vielmehr wegen ihres Revisionismus, der in Kollusion mit den imperialistischen Staaten zum Schaden Chinas und des Rests der Dritten Welt agiere, als kompromittiert.

Die Frage nach der Einheit und Universalität des Völkerrechts wurde auch in China vor allem in den Jahren 1956/57 hitzig debattiert.⁵⁸ Dabei gab es im Wesentlichen, der sowjetischen Theoriebildung folgend, drei Positionen, die hier nur kurz erwähnt seien:

1. kapitalistische und sozialistische Länder hätten ihr jeweils eigenes, sich konfrontativ gegenüberstehendes Völkerrechtssystem;
2. zusätzlich zu diesen beiden existiere noch ein drittes, „allgemein anerkanntes Völkerrecht“, welches die Beziehungen zwischen den Blöcken regelt;
3. es existiere nur ein einziges Völkerrechtssystem, dessen Geltung universell und unabhängig von Klasseninteressen einzelner Staaten sei.

Laut Cohen und Chiu war die Mehrzahl der an der Kontroverse beteiligten Wissenschaftler der Ansicht, dass ein allgemeines, universelles Völkerrecht existiere.⁵⁹ Beinahe alle waren von der zusätzlichen Existenz eines speziellen Völkerrechts der sozialistischen Staaten überzeugt. Für diese Juristen war die strittige Frage lediglich, ob es zusätzlich ein bourgeoises Völkerrecht gebe, dass von den anderen beiden Systemen unabhängig sei. Auf der anderen, (völkerrechts-)kritischen Seite, standen Autoren, welche die Vorstellung eines freien Konsenses zwischen Staaten der verschiedenen Blöcke grundsätzlich ablehnten. Denn das Völkerrecht erlaube „keinen gleichen und freien Willensausdruck durch große und kleine Staaten. Das entscheidende Element ist der Wille der großen kapitalistischen Staaten.“⁶⁰ Der Instrumentalismus, der dabei schlichtweg allen Theorien der europäischen Neuzeit – vom Naturrecht, über den Positivismus und Normativismus – zugeschrieben wurde,⁶¹ müsse auch für die eigene Anwendung des Völkerrechts nutzbar gemacht werden.⁶² Eine detaillierte Darstellung dieser Kontroverse übersteigt den Rahmen dieses Beitrags.⁶³ Hier soll die spannungsgeladene Kontroverse um die Einheit des Völkerrechts

⁵¹ Sowohl frühere (Paschukanis) als auch spätere Entwicklungen der sowjetischen Rechtstheorie wurden dagegen nicht mehr rezipiert. Vgl. dazu etwa Robert Heuser, *Vertagte Aufklärung: Zur rechtstheoretischen Auseinandersetzung in China von 1979–1989*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, Vol. 78(3), 1992, S. 355–380, 368.

⁵² HO Wu-shuang / MA Chün (Fn. 35), S. 26.

⁵³ Vgl. *Andrea Bianchi*, *International Law Theories: An Inquiry into Different Ways of Thinking*, Oxford 2017, S. 74.

⁵⁴ WANG Tiewa, *Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Völkerrechts*, in: Gerd Kaminski (Hrsg.), *China und das Völkerrecht*, Hamburg 1982, S. 38–54, 38.

⁵⁵ Boris Meissner, *Die sowjetische Auffassung von der friedlichen Koexistenz*, in: ders., *Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion*. Ausgewählte Beiträge, Köln 1987 (1982), S. 63–82, 65.

⁵⁶ Boris Meissner, *Die Völkerrechtswissenschaft im zaristischen und bolschewistischen Russland*, in: ders., *Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion*. Ausgewählte Beiträge, Köln 1987 (1963), S. 54–62, 54.

⁵⁷ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 27, 47; Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 179.

⁵⁸ Vgl. allgemein Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 176 f.

⁵⁹ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 63.

⁶⁰ YING T'ao, *Recognize the True Face of Bourgeois International Law from a Few Basic Concepts*, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1960), S. 29–31, 36.

⁶¹ *Ibid.*, S. 39 f.

⁶² Vgl. SHIH Sung et al. *An Initial Investigation into the Old-Law Viewpoint in the Teaching of International Law*, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1958), S. 31–32, 32.

⁶³ Vgl. Etwa LIU Chia-chi, *Some Questions Concerning the Nature and Systems of International Law*, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1958), S. 53–54; CHIANG Yang, *The Reactionary*

eher illustrieren, wie ambivalent schon die theoretische Haltung der maoistischen Völkerrechtslehre gegenüber ihrem Forschungsobjekt war. Zwar war man in den 1960er Jahren zu dem fragilen Konsens gelangt, dass – unabhängig von etwaigen Sonderordnungen als *Leges speciales* – ein allgemeines, universelles Völkerrecht existiere. Die akademische und außenpolitische Durchsetzung der Einheitsthese war jedoch angesichts der politischen Radikalisierung der späten 1960er Jahre nicht von bleibender Relevanz – jedenfalls nicht bis zur Einleitung der Reformen unter Deng Xiaoping und der dadurch ermöglichten Neubegründung der chinesischen Disziplin in den späten 70er Jahren.

2.2 Chinas internationale Beziehungen unter Mao – Zwischen friedlicher Koexistenz und revolutionärer Radikalität

Es ist sinnvoll, die völkerrechtliche Einheits- bzw. Trennungskontroverse vor dem Hintergrund der sich ebenfalls stark wandelnden außenpolitischen Doktrinen des maoistischen Chinas zu betrachten. Dabei muss man zwei Konzepte in ihrer Relationalität analysieren: die so genannten Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz und den proletarischen Internationalismus. Die fünf Prinzipien werden in ihrem Normgehalt und ihrer Rechtsqualität, aber auch in ihrer praktischen Wirksamkeit, an späterer Stelle eingehend behandelt. Hier soll es zunächst allgemein um die wechselhafte Stellung der Prinzipien in der chinesischen Außenpolitik insgesamt gehen. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz war zur Zeit der Gründung der Volksrepublik bereits im Ansatz vorhanden.⁶⁴ Während die Prägung des Begriffs von der sowjetischen Lehre (zu Unrecht) Lenin zugeschrieben wurde, war es nach 1927 vor allem Stalin, der den Begriff gebrauchte.⁶⁵ Friedliche Koexistenz begriffen die frühen sowjetischen Theoretiker jedoch keineswegs als einen Dauerzustand des friedlichen Zusammenlebens – so wie ja auch das Völkerrecht zunächst nur als ein Recht der Übergangsphase charakterisiert wurde – sondern als eine Art Waffenstillstand auf dem Weg zur finalen Weltrevolution.⁶⁶ Unter Chruschtschow erfuhr der Begriff dann eine Wandlung hin zu einer „langfristigen“ Koexistenz, wenn auch die grundlegende Vorstellung bestehen blieb, dass im Falle eines globalen Aufwinds der sozialistischen Bewegung die Weltrevolution nur gewaltsam siegen könne. Neben dem Führungswechsel zu Chruschtschow war es

vor allem die Einsicht der sowjetischen Führung in die totale Zerstörungsmacht der Atomwaffe, die sie dazu veranlasste, eine militärische Entspannungspolitik zu bevorzugen und gleichzeitig den friedlichen Wettbewerb auf anderen Gebieten auszurufen. Damit einher ging auch erstmals die Feststellung Chruschtschows, dass Kriege keineswegs unvermeidlich seien – womit er sich sowohl von Lenin und Stalin, als auch von Mao absetzte.⁶⁷ Gleichwohl kamen die Sowjets den Chinesen in der Folge soweit entgegen, dass damit nur zwischenstaatliche Konflikte gemeint und folglich nationale Befreiungskriege und lokal beschränkte Kriege weiterhin möglich und ggf. von der UdSSR zu unterstützen seien.⁶⁸ Pikanterweise ging den Chinesen der Entspannungs- und Koexistenzbegriff damit anfangs zu weit, während sie später der Sowjetführung unter Breschnew vorwarfen, die fünf Prinzipien in den Beziehungen zu anderen Ländern des Ostblocks zu negieren.⁶⁹

Auf chinesischer Seite war es erstmals 1954 Zhou Enlai, der die forthin so genannten fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz in einem kurzen Abkommen mit Indien über die Handelsbeziehungen mit der Tibetregion installierte. Der genaue Normgehalt, der offensichtlich Überschneidungen zu den in Artikel 2 der UN-Charta⁷⁰ niedergelegten Grundprinzipien der Vereinten Nationen hat, wird an späterer Stelle besprochen. Entscheidend sei hier zunächst angemerkt, dass von beiden Vertragsparteien die Hoffnung auf die universelle Geltung der Prinzipien „in den Beziehungen mit anderen Ländern in Asien sowie mit anderen Teilen der Welt“ geäußert wurde. Dies könne gerade vor dem Hintergrund grundverschiedener sozialer und wirtschaftlicher Systeme in Asien zu einer Befriedung der Außenpolitik des kalten Krieges beitragen.⁷¹ In seiner ein Jahr später, im April 1955, auf der Konferenz der asiatischen und afrikanischen Staaten in Bandung gehaltenen Rede stelle Zhou Enlai gleichfalls heraus, dass man trotz der Unterschiede zwischen den anwesenden Staaten nicht die Divergenzen, sondern vielmehr das gemeinsame Interesse betonen müsse: dieses liege im Kampf aller unterdrückten Völker gegen den Kolonialismus. Die fast schon konfuzianisch anmutende Losung⁷² müsse es sein, die unterschiedlichen Ansichten in einzelnen Punkten zurückzustellen und zu einem Konsens im gemeinsamen Anliegen zu gelangen. Entscheidend ist vor allem Zhou's Versuch, die

⁶⁷ Boris Meissner (Fn. 55), S. 69.

⁶⁸ Ibid., S. 70.

⁶⁹ Siehe etwa WEI Min (魏敏), Die Bedeutung der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz im modernen Völkerrecht (和平共处五项原则在现代国际法上的意义), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1985, S. 237–252, 245; HUAN Xiang (宦乡), Frieden, Zusammenarbeit und Entwicklung – Eine Zivilisation für die Menschheit des 21. Jahrhunderts (和平、合作与发展 – 走向 21 世纪的人类文明), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1985, S. 323–333, 327.

⁷⁰ Charta der Vereinten Nationen, unterzeichnet am 26.06.1945 in San Francisco, in Kraft getreten am 24.10.1945, < treaties.un.org/doc/publication/ctc/uncharter.pdf >, eingesehen am 11.11.2018.

⁷¹ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 120.

⁷² Gemäß dem klassischen Ausspruch 求同存异.

Thought of 'Universalism' in American Jurisprudence, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1963), S. 42–46; CHU Ch'i-wu, Looking at the Class Character and Inheritable Character of Law from the Point of View of International Law, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1957), S. 48–52; CHOU Fu-lun, On the Nature of Modern International Law – A Discussion with Comrade Lin Hsin, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1958), S. 60–61.

⁶⁴ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 167. Vgl. auch Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 119.

⁶⁵ Boris Meissner (Fn. 55), S. 67.

⁶⁶ Boris Meissner (Fn. 45), S. 41.

anderen teilnehmenden Staaten davon zu überzeugen, dass China keinesfalls den gewaltsamen revolutionären Umsturz in anderen Staaten anstrebe; man sei „gegen externe Einmischung“.⁷³ Und in der Tat trat dann selbst Mao ab 1956 für die Prinzipien ein.⁷⁴ Auf die Prinzipien wurde in den unmittelbaren Folgejahren auch in einigen Freundschaftsabkommen Chinas mit afrikanischen und asiatischen Staaten Bezug genommen – anders als etwa die UN-Charta, auf die nicht referiert wurde.⁷⁵ Das ist, folgt man der Argumentation Kaminskis, auch nicht weiter verwunderlich, da die Prinzipien gleichsam als Ersatz für den jahrzehntelangen Ausschluss der Volksrepublik aus der UNO entwickelt worden seien.⁷⁶ Demnach boten sie „einen gangbaren dritten Weg heraus aus dem Paradigma des Kalten Krieges“.⁷⁷ Dabei ist ebenfalls zu erwägen, dass anti-kommunistische Haltungen in Bandung neben anti-kolonialen anzutreffen waren und bisweilen sogar zusammen vorgebracht wurden.⁷⁸ Zhou legte daher besonderen Wert darauf festzustellen, dass der Sozialismus für China lediglich die freie Wahl des *eigenen Entwicklungsweges* darstelle, ohne jede Implikation für seine Nachbarn.⁷⁹

Ebenfalls bezeichnend ist, dass sich in den fünfziger Jahren gerade keine Referenz auf die fünf Prinzipien in Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten findet, waren doch die Prinzipien zu dieser Zeit nicht mehr als der kleinste gemeinsame Nenner der postkolonialen Staaten. Damit kommen wir zur zweiten prägenden außenpolitischen Doktrin Chinas dieser Jahre, dem proletarischen Internationalismus. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Konzepten war lange Zeit unklar und ideologisch zwischen China und der Sowjetunion umkämpft, bis der sozialistische Internationalismus schließlich ab den späten sechziger und frühen siebziger Jahren vollends einer nunmehr universell verstandenen Deutung der friedlichen Koexistenz Platz machte. China hatte schon im Jahr 1956, nach der Unterdrückung des Aufstands in Ungarn, von der Sowjetunion die Klarstellung gefordert, dass die fünf Prinzipien auch und gerade für die Beziehungen unter den sozialistischen Staaten gelten müssten.⁸⁰ Zwar gab die chinesische Seite diese Argumentation

schon 1957 in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Sowjetunion wieder auf: Für die sozialistischen Staaten gelte der (über die bloße friedliche Koexistenz hinausgehende) proletarische Internationalismus als Kooperationsvölkerrecht und *Lex specialis*.⁸¹ Spätestens Ende der fünfziger Jahre jedoch, als sich die Spannungen zwischen den ehemaligen Bruderstaaten zuspitzten, traten auch diese ideologischen Konflikte wieder deutlicher hervor. Im Jahr 1964 warf ein gemeinsamer Artikel der parteinahen chinesischen Zeitungen *Renmin Ribao* und *Hongqi* der Sowjetunion vor, das Prinzip der Gleichheit zwischen den sozialistischen Staaten zu negieren und systematisch deren Abhängigkeit zu fördern.⁸² Die neuerdings von der Sowjetunion propagierte Deutung der friedlichen Koexistenz, die nun auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den USA und anderen Staaten des Westblocks einschließen sollte, wurde rundherum als Revisionismus abgelehnt.⁸³ Es zeigt sich also, dass die chinesische Position jener Jahre durchaus wechselhaft und widersprüchlich war, und zwischen stark universalistischen und offen partikularistischen Positionen changierte. Während wenige Jahre zuvor die Negierung der fünf Prinzipien in den Beziehungen der sozialistischen Staaten beklagt wurde, warf man nun Chruschtschow eine zu *undifferenzierte* Anwendung der Prinzipien vor. Vielmehr müsse man nach wie vor streng unterscheiden zwischen den Beziehungen zu sozialistischen Staaten, für die der proletarische Internationalismus gelte; zu postkolonialen Staaten, für die die fünf Prinzipien gelten; und zu imperialistischen Staaten, in denen man revolutionäre Bewegungen stets zu unterstützen habe.⁸⁴ Die entscheidende Wende kam aber wohl mit dem Einmarsch der Roten Armee in Prag. Die Ratio Brezhnevs, diese Form der bewaffneten Intervention sei dadurch gerechtfertigt, dass zwischen den Staaten des Warschauer Paktes nur eine „beschränkte Souveränität“ gelte, wurde nun als Imperialismus gebrandmarkt:

„What exactly does the theory of ‘limited sovereignty’ mean? It means that the sovereignty exercised by the Soviet revisionist social-imperialists is ‘unlimited’.“⁸⁵

Angesichts der Tatsache, dass das sozialistische Völkerrecht von sowjetischen Juristen als *Interventionsrecht* begriffen wurde, verwundert es daher nicht weiter, dass mit dem endgültigen ideologischen und politischen Bruch zwischen China und der Sowjetunion

⁷³ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 122.

⁷⁴ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 171.

⁷⁵ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 125.

⁷⁶ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 175, S. 200. Für Kaminski ist dabei sogar nicht nur die Ausrichtung an den Entwicklungsländern mit dem erzwungenen Ausschluss von den Vereinten Nationen zu erklären; auch der „chinesische Drang nach Sicherung des Anspruchs auf Unabhängigkeit“ mit dem korrespondierenden Souveränitätsparadigma entspränge dieser mangelhaften Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft. *Ibid.*,

⁷⁷ CHEN Yifeng, Bandung, China, and the Making of World Order in East Asia, in: Louis Eslava et al. (Hrsg.), Bandung, Global History, and International Law: Critical Pasts and Pending Futures, Cambridge 2017, S. 177–195, 188.

⁷⁸ Antony Anghie, Bandung and the Origins of Third World Sovereignty, in: Louis Eslava et al. (Hrsg.), Bandung, Global History, and International Law: Critical Pasts and Pending Futures, Cambridge 2017, S. 535–551, 542.

⁷⁹ CHEN Yifeng (Fn. 77), S. 186.

⁸⁰ In Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 136.

⁸¹ *Ibid.*, S. 138. Vgl. dazu auch Tunkin: „Da der proletarische Internationalismus das grundlegende Prinzip darstellt, findet die Interpretation und Anwendung der Grundsätze und Normen des allgemeinen Völkerrechts in den Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Weltsystems unter Berücksichtigung dieses Leitprinzips statt [...]“ Zitiert nach Boris Meissner (Fn. 45), S. 47.

⁸² Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 140 f.

⁸³ *Ibid.*, S. 143.

⁸⁴ *Ibid.*, S. 150.

⁸⁵ CHI Hsiang-yang, Smash the New Tsar’s Theory of Limited Sovereignty, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), People’s China and International Law. A Documentary Study, Princeton 1974 (1969), S. 153–155, 155.

auch langfristig die theoretische Wende zum unitären Völkerrecht ermöglicht wurde.⁸⁶

Neben den eher abstrakt-theoretischen Diskussionen über die Einheit und Universalität des Völkerrechts offenbarte sich die ambivalente chinesische Position zum allgemeinen Völkerrecht auch in der Haltung gegenüber der UN in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens, insbesondere gegenüber ihrer Kompetenz in Fragen der Friedenssicherung.⁸⁷ Mao erklärte bereits 1945, die Kommunistische Partei sei vollauf einverstanden mit den Dokumenten von Dumbarton Oaks.⁸⁸ Trotz der Nichtrepräsentanz der Volksrepublik nach 1949 war China also grundsätzlich den Prinzipien der Charta gegenüber positiv eingestellt.⁸⁹ Dies ist, angesichts der politischen Umstände der Nachkriegsjahrzehnte, alles andere als selbstverständlich. So stand China als Hauptunterstützungsmacht der nordkoreanischen Seite im Koreakrieg von 1950 bis 1953 einer US-geführten Mandatstruppe der Vereinten Nationen gegenüber. Zuvor hatte der Sicherheitsrat, aufgrund der Abwesenheit der sowjetischen Delegation – die damit pikanterweise gerade gegen die Vertretung Chinas durch die Chiang Kai-shek-Regierung protestieren wollte – in seiner Resolution 82 der nordkoreanischen Seite einen Friedensbruch nach Artikel 39 der UN-Charta vorgeworfen.⁹⁰ Mit der Resolution 498 der Generalversammlung aus dem Februar 1951 wurde schließlich die Volksrepublik China als Hauptaggressor neben Nordkorea gebrandmarkt.⁹¹ Die chinesische Regierung gab jedoch, trotz ihrer Empörung über den Beschluss, auch in den Folgejahren nicht ihre formelle Unterstützung für die Grundsätze der UN auf, wenn auch stets zur Skepsis gemahnt wurde, nicht blind alles anzuerkennen, was diese tue.⁹² Zhou Gengsheng stellte sogar, trotz der Erfahrung im Koreakrieg, noch im Jahr 1955 den Artikel 39 der UN-Charta als „bisherigen Höhepunkt der Weltgemeinschaft“ dar.⁹³ Besonders harsch war schließlich die Kritik chinesischer Völkerrechtler an der UN im Zusammenhang mit den Vorgängen in Tibet und der Taiwanstraße in den fünfziger und sechziger Jahren.⁹⁴ Man sollte dennoch nicht eilfertig

von der teils harschen Kritik an der Politik der UN auf die Ablehnung deren Grundsätze selbst schließen. Beklagt wurde in den Aufsätzen jener Jahre durchweg die einseitige Politisierung der UN, nicht deren Struktur und Ziele schlechthin. Auch wenn Kaminski argumentiert, die fünf Prinzipien seien als Ersatz zur Mitgliedschaft in der UN entwickelt worden, wurde doch stets die weitgehende Identität jener Prinzipien mit der UN-Charta betont.⁹⁵ Schließlich hätte die chinesische Regierung, angesichts der rechtlich und politisch fragwürdigen Praxis ihres Ausschlusses von der UN, wie der sozialistischen Staaten insgesamt,⁹⁶ auch schlechterdings deren Legitimität in Zweifel ziehen können. Stattdessen war sie, mit sehr wenigen Ausnahmen, durchweg bemüht, ihr eigenes Agieren als chartakonform darzustellen. All dies spricht für ein durchaus universalistisches Bild von den Vereinten Nationen. Zu einer grundlegenden Kritik an der Organisation selbst kam es nur für einen kurzen Zeitraum in den späten sechziger Jahren. So unterstützte China ab 1965 Sukarnos Vorpreschen in Richtung einer Gegenorganisation, um „sich Alternativen zum demütigen Antichambrieren bei den Vereinten Nationen zu suchen“.⁹⁷ Dies war schnell vergessen, als sich die außenpolitischen Ereignisse nach 1971 überschlugen.

Wie bereits oben angerissen, lag der Grund für die Wende zur völkerrechtstheoretischen Einheitstheorie und zur politischen Wiederannäherung an die UN seinerzeit wohl weniger im universalistischen Geist der chinesischen Völkerrechtswissenschaft, als im außenpolitischen Versagen des sozialistischen Internationalismus. Der entscheidende Wendepunkt muss demnach im Jahr 1972 angesiedelt werden: nachdem die größten Exzesse der Kulturrevolution selbst von Mao zugegeben wurden, der international durch radikale Rhetorik aufgefallene Verteidigungsminister und designierte Nachfolger Maos, Lin Biao, unter ungeklärten Umständen aus Peking geflohen und bei einem Flugzeugabsturz verstorben war, und es wenig später außenpolitisch zu einer von allen Seiten als überraschend wahrgenommenen Annäherung an die Vereinigten Staaten kam. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution 2758 die Repräsentanz der Republik China zugunsten der Volksrepublik aufgehoben.⁹⁸ Damit war auch die institutionelle Grundlage für die

ber 1961, <documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/167/76/IMG/NR016776.pdf?OpenElement>, eingesehen am 02.07.2018.

⁹⁵ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 135. Siehe auch WANG Tieya (Fn. 54), S. 41.

⁹⁶ CHEN Tiqiang (陈体强), Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen sollte universell sein (联合国的会员应当具有普遍性), in: ders., Aufsatzsammlung zum Völkerrecht (国际法论文集), Beijing 1985 (1955), S. 133–136, 133. Andererseits operierte China wenige Jahre später mit den gleichen Argumenten als es darum ging, über den Antrag Bangladeschs auf Beitritt zur UN zu entscheiden. Siehe Gerd Kaminski, China und die Vereinten Nationen, in: ders. (Hrsg.), China und das Völkerrecht, Hamburg 1982, S. 64–118, 75.

⁹⁷ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 315.

⁹⁸ Siehe Restoration of the Lawful Rights of the People's Republic of China in the United Nations, Resolution 2758 (XXVI) der UN Generalversammlung vom 25. Oktober 1971,

⁸⁶ Vgl. auch Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 182.

⁸⁷ Vgl. dazu auch Robert Heuser, Die Volksrepublik China in internationalen staatlichen Organisationen, in: Gerd Kaminski (Hrsg.), China und das Völkerrecht, Hamburg 1982, S. 55–63, 55.

⁸⁸ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 311.

⁸⁹ Ibid., S. 312.

⁹⁰ Resolution 82 (1951) des UN Sicherheitsrats vom 5. Juni 1950, <undocs.org/S/RES/82(1950)>, eingesehen am 02.07.2018.

⁹¹ Resolution 498 (V) der UN Generalversammlung vom 1. Februar 1951, <documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/744/45/IMG/NR074445.pdf?OpenElement>, eingesehen am 02.07.2018.

⁹² Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 62.

⁹³ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 174.

⁹⁴ Mit zwei Resolutionen der Generalversammlung aus den Jahren 1959 und 196 wurde der Volksrepublik wegen der Niederschlagung des Aufstands in Tibet im März 1959 ein Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte der tibetischen Bevölkerung, einschließlich des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, vorgeworfen. Siehe Resolution 1353 (XIV) der UN Generalversammlung vom 21. Oktober 1959, <documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/141/76/IMG/NR014176.pdf?OpenElement>, eingesehen am 02.07.2018; Resolution 1723 (XVI) der UN Generalversammlung vom 20. Dezem-

chinesische Teilhabe an den zusehends innerhalb der Vereinten Nationen ablaufenden Reformbestrebungen der Dritten Welt gelegt. Im Februar 1972 besuchte Richard Nixon einen zusehends greisen Mao Zedong in Peking – so sehr hatten sich die sozialistischen Staaten voneinander entfremdet, dass der vorsichtige Schulterchluss mit den Amerikanern den chinesischen Strategen als sicherheitspolitisch vernünftiger galt. Damit waren endgültig auch die Vorstellungen einer Trennung des Völkerrechts in verschiedene Systeme diskreditiert.⁹⁹ Schon im Jahr 1972 zog daher Kaminski das Fazit, Chinas Position müsse weitgehend auf Linie der Staaten der Dritten Welt gesehen werden, wie die „verblüffende Identität von Anliegen“ bezeuge:¹⁰⁰

„Das heißt, daß die Chinesen auf die Herausforderung der Sowjetunion durch eine Allianz mit den Staaten der Dritten Welt reagiert haben, mit denen sie gemeinsame Erinnerungen an eine Vergangenheit der Unterdrückung und Ungleichheit verbinden. Es ist in diesem Zusammenhang zu sehen, daß sich China seit der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren als Angehöriger der Dritten Welt bezeichnet.“¹⁰¹

Paradoxerweise wurde damit bereits unter Mao, wenn auch mitnichten durch ihn oder seine Statthalter, die Grundlage für die außenpolitische Überwindung des radikalen maoistischen Erbes gelegt. Dieser außenpolitische Erfolg korrespondierte jedoch keineswegs mit einer Blüte der chinesischen Völkerrechtslehre im Innern. Auch wenn sich akademisch wie politisch schlussendlich der „Geist von Bandung“ gegen den maoistischen Radikalismus durchsetzen konnte, hatte dies vorerst nur eine geringe akademische Relevanz. Mit zunehmender politischer Radikalisierung war an eine unabhängige chinesische Völkerrechtswissenschaft nicht mehr zu denken:

„Die mit dem Herannahen der Kulturrevolution verknüpften inneren und äußeren Entwicklungen Chinas verurteilten schließlich die Völkerrechtslehre vorderhand zur völligen Bedeutungslosigkeit.“¹⁰²

Auf dem Höhepunkt der maoistischen Radikalisierung übernahm die extreme Linke gar im Jahr 1967 für kurze Zeit die Kontrolle über das Außenministerium.¹⁰³ Die Propagierung der Lehre Maos wurde das primäre Ziel der Außenpolitik und die diplomatischen Beziehungen zu einigen Staaten spitzten sich zusehends zu. Das chinesische Botschaftspersonal wurde

weltweit zurückbeordert und erst zur Jahreswende 1969/70 wurden die Auslandsvertretungen wiederbesetzt.¹⁰⁴ Nachdem einige der wichtigsten chinesischen Völkerrechtler bereits im Zuge der Rechtsabweichlerkampagne des Jahres 1957/58 diskreditiert wurden waren, war auch die Disziplin selbst akademisch abgeschafft und durch das Fach „Auswärtige Politik“ (对外政策) ersetzt worden.¹⁰⁵ Damit lag die chinesische Völkerrechtswissenschaft Ende der siebziger Jahre, am Vorabend der Reformära unter Deng Xiaoping, in Trümmern.

Die chinesische Völkerrechtslehre war mithin unter Mao durch zwei konfligierende Kulturen gekennzeichnet: einen völkerrechtskritischen Exzeptionalismus, der schließlich auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution zur beinahe vollständigen Zerstörung der Völkerrechtswissenschaft in China und der außenpolitischen Entfremdung von der internationalen Gemeinschaft führte; und einen postkolonialen Internationalismus, verkörpert im vielbeschworenen „Geist von Bandung“. Es existierte also bereits ein affirmatives Erbe, an das die chinesische Disziplin nach den desaströsen Auswüchsen des revolutionären Maoismus anknüpfen konnten. Der postkoloniale Internationalismus konnte damit für die folgende Dekade einmal mehr zum zentralen Bezugspunkt und zur professionellen Identität der chinesischen Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen werden. Die nicht zuletzt durch die verweigerte Anerkennung provozierte skeptische Haltung der chinesischen Juristen und Juristinnen gegenüber dem Völkerrecht konnte einer affirmativen Sicht weichen.

3. Die Neubegründung der chinesischen Völkerrechtswissenschaft: 1979–1989

Nach einer langen Phase der gezwungenen wissenschaftlichen Enthaltensamkeit in der Mao-Ära, muss das Jahr 1979 als Wendepunkt der modernen chinesischen Völkerrechtslehre gelten. In jenem Jahr wurden erstmal seit 1965 wieder völkerrechtswissenschaftliche Texte veröffentlicht. In den folgenden fünf Jahren waren es dann bereits etwa 700 an der Zahl.¹⁰⁶ Zwar wurden rechtswissenschaftliche Kurse bereits ab 1974 graduell wieder eingeführt,¹⁰⁷ zu Beginn der achtziger Jahre herrschte aber noch ein stark maoistisch gefärbtes Bild vor.¹⁰⁸ Trotz der politischen Entspannung ab 1978 bedurfte es dennoch zunächst eines Impulses: 1979 erschien in der Volkzeitung (人民日报)

¹⁰⁴ Ibid.

¹⁰⁵ Robert Heuser, Völkerrechtswissenschaft und Völkerrechtstheorie in der Volksrepublik China, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 49, 1989, S. 301–334, 308.

¹⁰⁶ Hungdah Chiu, Chinese Attitudes Toward International Law in the Post-Mao Era, 1978–1987, in: The International Lawyer, Vol. 21(4), 1987, S. 1127–1166, 1160.

¹⁰⁷ Ibid., S. 1159.

¹⁰⁸ Paul Yuan, China's Challenge to Traditional International Law: An Exposition and Analysis of Chinese Views and Behavior in International Law and Politics, in: Dalhousie Law Journal, Vol. 10, 1987, S. 9–42, 18. Yuans Bewertung muss gleichwohl als insgesamt viel zu negativ gelten.

<documents-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/327/74/IMG/NR032774.pdf?OpenElement>, eingesehen am 02.07.2018.

⁹⁹ Gerd Kaminski (Fn. 13), S. 197.

¹⁰⁰ Ibid., S. 193.

¹⁰¹ Ibid., S. 209.

¹⁰² Ibid., S. 182.

¹⁰³ Ibid., S. 186.

ein Artikel Wang Tieyas und Wei Mins, in dem die „Stärkung der völkerrechtlichen Forschung“ gefordert und mit der neu eingeleiteten Modernisierungspolitik in Verbindung gebracht wurde. Im Jahr zuvor hatte Deng Xiaoping bereits seinen Segen diesbezüglich gegeben.¹⁰⁹ Bereits im Jahr 1980 – ein Meilenstein der jüngeren Entwicklung – wurde die chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (中国国际法学会) gegründet.¹¹⁰ Ab 1982 gab diese zusätzlich ein Jahrbuch (中国国际法年刊) heraus, das gerade in den Anfangsjahren einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Referenzpunkt für die akademische Entwicklung der chinesischen Lehre darstellte und als deren „wichtigstes Publikationsorgan“ angesehen werden darf.¹¹¹ Im September 1979 schrieben sich die ersten 29 Studierenden an der Universität Peking im Fach Völkerrecht ein.¹¹² 1982 wurde an derselben Hochschule das erste Institut für Völkerrecht gegründet. Die Universitäten Jilin und Wuhan folgten wenig später. Im Jahr 1983 gab es bereits 22 völkerrechtliche Lehreinrichtungen chinaweit.¹¹³ Nicht zuletzt wurden einige der wichtigsten Völkerrechtler politisch rehabilitiert. Daneben setzte beinahe unmittelbar eine rege Übersetzungstätigkeit ein.¹¹⁴ Im Jahr 1981 konnten schließlich gleich zwei Lehrbücher veröffentlicht werden, die für die 1980er Jahre als weitgehend autoritativ gelten dürfen. Einerseits das (posthum) veröffentlichte zweibändige Lehrbuch Zhou Gengshengs, das ursprünglich 1969 geschrieben, 1976 in geringer Auflage zirkuliert und schließlich 1981 offiziell aufgelegt wurde. Während es für die weitere Entwicklung der chinesischen Wissenschaft als Pionierleistung gelten darf, fand es nur geringe praktische Anwendung, nicht zuletzt weil es zum Zeitpunkt seines Erscheinens bereits in manchen Teilen veraltet war.¹¹⁵ Andererseits das kollektiv erarbeitete, von Wang Tieya und Wei Min gemeinsam herausgegebene Lehrbuch, das als „Standardlehrbuch“ dieser Jahre gilt.¹¹⁶ Eine Reihe von Lehrbüchern folgte im Laufe des Jahrzehnts.¹¹⁷

Dieser Umbruch der Jahreswende 1979/80 kann neben den offenkundigen innenpolitischen Weichen-

stellungen durchaus globalhistorisch gedeutet werden, wobei dies stets bedeuten muss, lokale und globale, interne wie externe Bedingungen und Faktoren gleichermaßen zu würdigen. Die achtziger Jahre waren sowohl die Ära der post-maoistischen Reformperiode und der von der chinesischen Parteiführung selbst eingeleiteten kritischen Revision des maoistischen Erbes, als auch intrinsischer Teil der Kulturgeschichte des späten Kalten Krieges,¹¹⁸ sowie die Zeit der wohl weitgehendsten gesellschaftlichen und intellektuellen Öffnung Chinas seit der Republikära. Dieser Beitrag ist gleichwohl nicht der geeignete Ort für eingehende geistesgeschichtliche Kontextualisierungen.¹¹⁹ Es sollen uns dagegen primär die institutionellen Bedingungen der Neubegründung der chinesischen Völkerrechtswissenschaft interessieren. Diese Neubegründung muss sowohl im Rahmen der innen-, als auch der außenpolitischen Weichenstellungen der neuen Regierung unter Deng Xiaopings informeller Führung gesehen werden. Die wichtigste innenpolitische Bedingung war sicherlich der Sturz der nachträglich so genannten „Viererbande“ (四人帮) um Maos Witwe Jiang Qing.¹²⁰ Mit dem Jahr 1978 kam es dann zu einer endgültigen Wende hin zu einer Reformalisierung und Verrechtlichung nicht nur der Innenpolitik. Die, wie Robert Heuser es nannte, „Aufklärung“ in der Rechtstheorie und -kultur kann durchaus als parallel verlaufende Vorbedingung auch der entstehenden Völkerrechtswissenschaft gelten.¹²¹ Die 1980er Jahre waren dabei auch im juristischen Sinne – nicht nur im wirtschaftspolitischen – eine Reformdekade.¹²² Die affirmative Haltung gegenüber einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wäre undenkbar gewesen ohne die gleichzeitig verlaufenden Debatten um Themen wie „Herrschaft durch Menschen“ (人治) versus „Herrschaft des Rechts“ (法治); oder um den Klassencharakter des Rechts und dessen Instrumentalität für die Politik.¹²³ In völliger Umkehrung der maoistischen Lehre konnten schließlich im Jahr 1989 einige führende chinesische Rechtswissenschaftler verlautbaren:

„Wir haben uns von der Vorstellung zu trennen, daß das Recht ‚Ausdruck des Willens der herrschenden Klasse‘, ‚Instrument des Klassenkampfes‘ ist. Denn diese Vorstellung [...] beeinflusst weiterhin in verheerender Weise den Aufbau des Rechtssystems.“¹²⁴

Neben diesen internen Bedingungen ist aber auch die veränderte internationale Lage zu beachten. Laut

¹⁰⁹ Hungdah Chiu (Fn. 106), S. 1127; Robert Heuser (Fn. 105), S. 308.

¹¹⁰ Zu deren Aktivitäten siehe XU Hegao, The Founding of the Chinese Society of International Law and its Activities, in: Chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (Hrsg.), Selected Articles from Chinese Yearbook of International Law, Beijing 1983, S. 254–265, 254 ff.

¹¹¹ Robert Heuser (Fn. 105), S. 309.

¹¹² SONG Ying, Wang Tieya and His Students, in: Journal of the History of International Law, Vol. 4, 2002, S. 223–229, 223.

¹¹³ WANG Tieya, Teaching and Research of International Law in Present Day China, in: Columbia Journal of Transnational Law, Vol. 22, 1983, S. 77–82, 77.

¹¹⁴ Hungdah Chiu (Fn. 106), S. 1163.

¹¹⁵ Eine englische Rezension und Würdigung des Zhou Lehrbuchs findet sich bei CHEN Tiquang, Zhou Gengsheng's International Law (1981), in: Chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (Hrsg.), Selected Articles from Chinese Yearbook of International Law, Beijing 1983, S. 240–253.

¹¹⁶ So jedenfalls Hungdah Chiu (Fn. 106), S. 1130.

¹¹⁷ WEI Min et al. (Fn. 21); BAI Guimei (白桂梅) et al. (Hrsg.), Völkerrecht (国际法), Beijing 1988; HAN Chengdong (韩成栋), FAN Baocun (潘抱存) (Hrsg.), Kursbuch zum Völkerrecht (国际法教程), Nanjing 1988, um nur einige der hier zitierten zu nennen.

¹¹⁸ Rana Mitter, A Bitter Revolution. China's Struggle with the Modern World, Oxford 2004, S. 246.

¹¹⁹ Vgl. dafür etwa Ibid.; sowie Merle Goldman, A New relationship between the Intellectuals and the Party in the Post-Mao Period, in: Merle Goldman et al. (Hrsg.), An Intellectual History of Modern China, Cambridge 2002, S. 499–538; XU Jinlin The Fate of an Enlightenment – Twenty Years in the Chinese Intellectual Sphere (1978–98), in: East Asian History, No. 20, 2000, S. 169–186.

¹²⁰ Gerd Kaminski (Fn. 96), S. 70.

¹²¹ Robert Heuser (Fn. 51), S. 356.

¹²² Ibid., S. 358.

¹²³ Ibid., S. 359 f., insbesondere S. 369 f.

¹²⁴ Ibid., S. 375.

Chiu besteht einer der entscheidenden – wenn nicht der entscheidende – Umstand für die affirmative Aneignung des Völkerrechts durch chinesische Juristen in den 1980er Jahren schlichtweg darin, dass die internationale Lage äußerst günstig dafür war. China war, wie oben dargestellt, bereits ab 1972 in den Vereinten Nationen vertreten, jedoch konnte diese internationale Einbindung angesichts der fortwirkenden innenpolitischen Feindseligkeit gegenüber der Idee des Rechts als Ordnungskonzept vorerst keine integrative Wirkung entfalten. Chinas mangelnde völkerrechtliche Expertise – die chinesische Lehre war im Wesentlichen auf dem Niveau der sowjetischen Völkerrechtswissenschaft der frühen 1950er Jahre eingefroren – tat ihr Übriges.¹²⁵ Anders als in den siebziger Jahren konnte die chinesische Teilhabe an den Debatten innerhalb der UN nun auch einen integrativen Effekt zeitigen.¹²⁶ Insbesondere jedoch der Aufstieg der Welt in den 1970er Jahren hatte eine Anerkennung der positiven Gehalte des Völkerrechts erst politisch opportun werden lassen.¹²⁷ Zusätzlich trat die Volksrepublik nun in rascher Abfolge einer großen Zahl internationaler Organisationen und multilateraler Vertragswerke bei, die sowohl auf technische als auch politische Regelungsgehalte abzielten.¹²⁸ Man kann davon ausgehen, dass sich hier innenpolitische und außenpolitische Faktoren gegenseitig verstärkten. So konnten in einem Aufsatz aus dem Jahr 2010, mehr als dreißig Jahre nach Einleitung der epochemachenden Reformen unter Deng Xiaoping, die Autoren zurecht behaupten, dass China in der Reformära nicht nur ein immer zentralerer Akteur für das Völkerrechtssystem wurde, sondern auch im Gegenzug durch die internationale Rechtsordnung geprägt wurde – ja, dass diese den Erfolg der Reformära entscheidend mitermöglichte.¹²⁹

3.1 Die postmaoistische Völkerrechtslehre zwischen Kritik und Affirmation

Die nachmaoistische Lehre nahm eine grundsätzlich völkerrechtsfreundliche Haltung ein, die jedoch zwischen einem kolonialen und post-kolonialen Völkerrecht strikt unterschied und ersteres fundamental kritisierte. Die Kritik gegenüber dem alten Recht war also nie absolut, sondern stets differenziert. Wie der große indische Völkerrechtler Anand schrieb, war die Ablehnung der neuen Staaten gegenüber dem überkommenen Recht eine nur selektive Zurückweisung all jener Inhalte, die koloniale Machtstrukturen

und Ungleichheit zementierten.¹³⁰ Neben dem völkerrechtshistorischen Interesse, das diesen Schriften gelten sollte, wird aus ihrer Lektüre insbesondere ersichtlich, dass von einem rein passiven, konservativen Völkerrechtsverständnis keine Rede sein kann. Den Neuerungen des Völkerrechts der siebziger Jahre stand die chinesische Lehre vielmehr affirmativ und rezeptiv gegenüber. Am deutlichsten wird diese Sicht auf die Neuartigkeit des postkolonialen Völkerrechts wohl in dem berühmten Vortrag Wang Tieyas auf der Inauguralversammlung der chinesischen Gesellschaft für Völkerrecht des Jahres 1980. Die derzeitige Entwicklungstendenz des Völkerrechts, so Wang, sei geprägt von einem Übergang vom klassischen (europazentrischen) zum modernen (postkolonialen) Völkerrecht. Die Krise des klassischen Völkerrechts impliziere dabei keineswegs eine Krise des Rechts insgesamt, sondern bloß dessen Übergangscharakter.¹³¹ Dennoch gelte: „Alle [alten] völkerrechtlichen Prinzipien, Regeln und Ordnungen müssen überprüft werden.“¹³² Es sei nicht anzuzweifeln,

„[...] daß die jungen Staaten dahin tendieren, das alte Kolonialisierungs-Völkerrecht in ein neues Völkerrecht der Selbstbestimmung der Völker überzuleiten, um es so in den Dienst der neuen Unabhängigkeit zu stellen.“¹³³

Dabei müsse insbesondere der UN eine besondere Rolle zukommen, die sich „von einem Werkzeug westlicher Großmächte zur internationalen Bühne gewandelt [haben], auf der die Länder der Dritten Welt ihre Wirkung entfalten können“.¹³⁴ Wichtig ist hier zu erkennen, welche weitreichenden Konsequenzen sich für die Selbstpositionierung der chinesischen Lehre daraus ergaben. Der Grundcharakter des modernen Völkerrechts, so Wang im Jahr 1988, sei nicht der Sozialismus, sondern der Postkolonialismus.¹³⁵ Der entscheidende Wendepunkt zu diesem modernen Völkerrecht wurde, neben der Oktoberrevolution, nun vor allem in der Dekolonialisierung gesehen.¹³⁶ Dazu passt, dass der proletarische Internationalismus als Forschungsobjekt ausgedient hatte, die chinesische Gesellschaft für Völkerrecht aber gleich zu Beginn ihrer Arbeit den „Aufstieg der Dritten Welt“ als einen von vier Schwerpunktforchungsbereichen bestimmte.¹³⁷ Das moderne

¹²⁵ Wim Muller, *Beyond History and Sovereignty. China and the Future of International Law*, unveröffentlichte Dissertation, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz 2013, S. 63.

¹²⁶ Gerd Kaminski (Fn. 96), S. 118.

¹²⁷ Hungdah Chiu, *Chinese Views on the Sources of International Law*, in: *Harvard International Law Journal*, Vol. 28(2), 1987, S. 289–307. Hungdah Chiu (Fn. 106), S. 1165.

¹²⁸ *Ibid.*, S. 1165 f.

¹²⁹ WANG Zonglai/HU Bin, *China's Reform and Opening Up and International Law*, in: *Chinese Journal of International Law*, Vol. 9, 2010, S. 193–203.

¹³⁰ R. P. Anand, *Role of the 'New' Asian-African Countries in the Present International Legal Order*, in: *The American Journal of International Law*, Vol. 56(2), 1962, S. 383–406, 62; ebenso Georges Abi-Saab, *The Newly Independent States and the Rules of International Law: An Outline*, in: *Howard Law Journal*, Vol. 8, 1962, S. 95–121, 99.

¹³¹ WANG Tieya (Fn. 54), S. 39. Siehe ebenso WANG Tieya, *The Third World and International Law*, in: *Chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (Hrsg.), Selected Articles from Chinese Yearbook of International Law*, Beijing 1983, S. 6–40, S. 15, 16.

¹³² WANG Tieya (Fn. 54), S. 40. So auch CHEN Tiquang (Fn. 20), S. 19.

¹³³ WANG Tieya (Fn. 54), S. 41.

¹³⁴ *Ibid.*, S. 40.

¹³⁵ WANG Tieya (王铁崖), *Das Völkerrecht im Übergang (国际法在过渡中)* in: Deng Zhenglai (Hrsg.), *Ausgewählte Schriften Wang Tieyas (王铁崖文选)*, Beijing 2013 (1988), S. 19–22, 19.

¹³⁶ WANG Tieya (Fn. 131), S. 6.

¹³⁷ WANG Tieya (Fn. 113), S. 82.

Völkerrecht zeichne sich nicht länger durch eine Trennung in verschiedene Sphären aus – es sei kein Sonderrecht, sondern universelles Recht; kein europazentrisches, sondern ein *transkulturelles* Recht.¹³⁸ Um dieser notwendigen Universalisierung des Völkerrechts Geltung zu verschaffen, müsste auch der Einfluss der Dritten Welt hörbar gemacht werden.¹³⁹

„[...] international law is no longer the law of European states; it now applies worldwide. Universality has become one of its major characteristics, as is fully affirmed by Asian and African international lawyers.“¹⁴⁰

Auch für Zhao Lihai bestand eine konzeptionelle und historische Trennung zwischen dem alten, europazentrischen, und dem neuen, postkolonialen Völkerrecht. Zwar würden Teile des alten Systems fortbestehen – allerdings nur nach sorgfältiger Selektion und entsprechend der Prerogative der neuen Staaten.¹⁴¹ Das „moderne“ Völkerrecht, welches „von nahezu allen Staaten anerkannt“ sei, zeige dabei „einen präzedenzlosen Grad an Universalität und Demokratie“.¹⁴² Den Beginn des neuen, modernen Völkerrechtssystems, setzt er dabei wie Wang Tieya mit der Oktoberrevolution fest.¹⁴³ Der entscheidende Wendepunkt zum modernen Völkerrecht sei damit, so Li Jinrong, die Dekolonialisierung – der entscheidende Entwicklungsprozess sei nicht mehr die weltweite Ausbreitung des Sozialismus, sondern der Aufstieg der Dritten Welt.¹⁴⁴ In dieser Feststellung folgten ihm die meisten Autoren.¹⁴⁵ Laut Li Jinrong sei mit dem modernen Völkerrecht zudem eine Wende vom Kriegs- zum Entwicklungsrecht verbunden¹⁴⁶ – eine Ansicht, die auch Li Ming teilt.¹⁴⁷

Das neue Völkerrecht sei ferner, so Zhou Xiaolin, durch größere Partizipation vormals unterdrückter Subjekte und die Ausweitung seines Regelungsbereichs auf wirtschaftliche Fragenkomplexe geprägt. Bündiger formuliert: es verlaute die Wende zu einem Wohlfahrtsrecht.¹⁴⁸ Die größten Gefahren des Zeitalters gingen konsequenterweise, so der Diplomat und Völkerrechtler Huan Xiang, von der Zerstörung durch

den nuklearen Konflikt der Supermächte und der dauerhaften Unterentwicklung des globalen Südens durch die überkommene Weltwirtschaftsordnung aus.¹⁴⁹ China müsse sich also sowohl gegen die Konfrontation der Supermächte, als auch gegen die überkommenen Strukturen alten Unrechts stellen. In seinem bemerkenswerten, weil erstaunlich ideologiebefreiten und verständigen, Aufsatz aus dem Jahre 1985 wird der größte hemmende Faktor der progressiven Entwicklung des Völkerrechts im gegenseitigen Misstrauen der Supermächte gesehen – was impliziert, dass sich China nicht mehr selbst als Hauptprotagonisten der Blockkonfrontation sah, sondern mit den Belangen der Dritten Welt und der Blockfreien identifizierte. Statt eines übermäßigen Nationalismus und Blockdenkens sei Kompromissbereitschaft und verständige Annäherung gefordert;¹⁵⁰ überhaupt sei zivilisatorischer Fortschritt nur durch Austausch und gegenseitige Bereicherung denkbar.¹⁵¹

„Heutzutage ist eine Logik besonders weit verbreitet, nach der, wenn sozialistische und kapitalistische Staaten in einen stärkeren Austausch treten, dies die Gefahr des Verlustes der Errungenschaften des Sozialismus trage; [umgekehrt] trage der stärkere Austausch für die kapitalistischen Staaten die Gefahr der Stärkung der sozialistischen Staaten und der Gefährdung der ‚freien Welt‘. Diese Ansicht ist sowohl aus theoretischer Sicht als auch aus praktischer Sicht grotesk und schädlich, und sie bringt einen Mangel an Zuversicht an die eigene Zukunft, die Zukunft der Menschheit und der Welt zum Ausdruck.“¹⁵²

Größer könnte die Kluft zum maoistischen Erbe kaum sein. Vor allem aber ist entscheidend, dass Huan und seine Kollegen das Nord-Süd-Gefälle als ebenso bedeutsam wie die West-Ost Konfrontation ansahen – ja, die Problematik sei nur in ihrer Interdependenz zu begreifen.¹⁵³ Schon aus terminologischer Sicht wird hier die Wende der Reformpolitik offenkundig – der „Hauptwiderspruch“ bestehe nicht mehr gegenüber dem Kapitalismus und Imperialismus, sondern gegenüber der Unterentwicklung selbst, womit der Wandel hin zum postkolonialen Wohlfahrtsrecht angezeigt ist. Diese Themenkomplexe werden in den folgenden Abschnitten noch *en détail* zu diskutieren sein.

Im Folgenden soll die Grundeinstellung der nach-maoistischen Völkerrechtslehre *vis-à-vis* dem Völkerrecht anhand von vier Fragen untersucht werden. Erstens: Wie wurde das Völkerrecht – auch im Gegensatz zur Mao-Ära – definiert? Zweitens: Wie wurde seine Universalität und sein Klassencharakter bewertet? Drittens: Was galt als der Geltungsgrund des Völkerrechts? Viertens: Gibt es neben den Staaten noch andere

¹³⁸ Wang Tieya (Fn. 131), S. 21.

¹³⁹ Ibid.

¹⁴⁰ Ibid., S. 16.

¹⁴¹ ZHAO Lihai (赵理海), Über das Wesen des Völkerrechts (论国际法的性质), in: Faxue Pinglun (法学评论), No. 3, 1987, S. 25–30, 29.

¹⁴² ZHAO Lihai (赵理海), Über das Vetorecht der ständigen Mitglieder des UN Sicherheitsrats (论联合国安全理事会常任理事国否决权), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1982, S. 145–168, 30.

¹⁴³ Ibid., S. 27.

¹⁴⁴ LI Jinrong (李金荣), Die Entwicklung und der Grund des modernen Völkerrechts (现代国际法的发展及其原因), in: Xiandai Faxue (现代法学), No. 3, 1987, S. 48–51, 48.

¹⁴⁵ Siehe LI Ming (Fn. 32), S. 13; sowie WANG Tieya (Fn. 131), S. 10.

¹⁴⁶ LI Jinrong (Fn. 144), S. 48.

¹⁴⁷ LI Ming (Fn. 32), S. 8.

¹⁴⁸ ZHOU Xiaolin (周晓林), Die neue Weltwirtschaftsordnung und das Völkerrecht (国际经济新秩序与国际法), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1983, S. 70–92, 79. Vgl. dazu auch R. P. Anand, New States and International Law, Neu Delhi, 2008 (1972), S. 62.

¹⁴⁹ HUAN Xiang (Fn. 69), S. 325.

¹⁵⁰ Ibid., S. 329.

¹⁵¹ Ibid., S. 330.

¹⁵² Ibid., S. 330–331.

¹⁵³ Ibid., S. 326.

Völkerrechtssubjekte? Dabei werden neben den wichtigsten Lehrbüchern ausgewählte Aufsätze aus jenen Jahren untersucht. Zunächst fällt bei einer Sichtung der Literatur sofort ins Auge, dass die ehemals vorherrschende Einheits- und Trennungsdebatte weitgehend eingestellt wurde. Die Autoren, die dieser Frage überhaupt noch eine Behandlung widmeten, kamen ohne Umwege zum Schluss, dass die Einheit des Völkerrechts nicht angezweifelt werden könne.¹⁵⁴ Darin ist nicht nur eine Wende von theoretischen zu praktisch-rechtstechnischen Fragen zu sehen, wie Heuser dargestellt hat,¹⁵⁵ sondern vor allem eine Absage an den völkerrechtlichen Partikularismus der Mao-Ära.

i) Definitionen und Charakterisierungen des Völkerrechts

Zhous Lehrbuch stellte zunächst fest, dass sowohl westliche (i. e. Oppenheim) Definitionen als auch sowjetische mangelbehaftet seien. Erstere vernebelten den Klassencharakter des Rechts, letztere übertrieben die Bedeutung friedlicher Koexistenz.¹⁵⁶ Seine Definition ist dabei, wie alle ihr Folgenden,¹⁵⁷ ausgesprochen *staatszentriert*, aber auch deutlich neutraler als die ihr Vorhergehenden. Er wendet sich gegen die Möglichkeit eines supranationalen Rechts oder Weltrechts, da damit der Staatscharakter des Völkerrechts negiert werde.¹⁵⁸ Die vier grundlegenden Merkmale des Völkerrechts seien: a) seine Interstaatlichkeit; b) seine Rechtsqualität; c) seine Allgemeinheit; d) sein Klassencharakter. Damit ist der Klassencharakter der letzte Atavismus aus der Mao-Ära, der sich in (einen Teil) der nachmaoistischen Definitionsbemühungen gerettet hat.

Wangs Einleitungskapitel zum 1981er Lehrbuch beginnt mit der weitreichenden und vor dem Hintergrund der Autarkiebestrebungen der Mao-Zeit geradezu fulminanten Feststellung, dass „Staaten nicht isoliert existieren [können], jeder Staat muss Beziehungen mit anderen Staaten eingehen“.¹⁵⁹ Die in einem Enzyklopädie-Eintrag aus dem Jahr 1984 gewählte, denkbar konzise Definition Wangs des Völkerrechts, spricht für eine Formalisierung der Forschungsmethode: Demnach sei das Völkerrecht „in erster Linie zwischenstaatliches Recht, d. h. ein Gesamtbegriff für die rechtsverbindlichen Prinzipien, Normen und Regime (制度), welche auf die zwischenstaatlichen Beziehungen als ihrem hauptsächlichen Regelungsobjekt

zielen“.¹⁶⁰ Abgesehen vom Element des Klassencharakters, das bei Zhou Gengshengs (älterem) Lehrbuch noch in der Definition auftaucht, ähneln sich die beiden Definitionen stark, wie auch alle Nachfolgenden. Selbst heutige Lehrbuchdefinitionen orientieren sich an dieser Definition, gleichwohl selbstredend ohne jeden Verweis auf den Klassencharakter und mit einer geringeren Staatszentriertheit.¹⁶¹ Das Völkerrecht ist für Wang sowohl ein spezielles Rechtsgebiet, als auch ein Teilgebiet der internationalen Beziehungen (die sich keineswegs im Völkerrecht erschöpfen).¹⁶² Die Unterentwicklung der chinesischen Theorie der internationalen Beziehungen wird interessanterweise von Wang als noch gravierender als die Unterentwicklung der chinesischen Völkerrechtswissenschaft angesehen.¹⁶³ Dennoch wird die Vermischung außenpolitischer Doktrinen und völkerrechtlicher Konzepte kritisch betrachtet.¹⁶⁴ Trotz gewisser Schwächen des Völkerrechts in puncto Durchsetzbarkeit seien Versuche einer Konstitutionalisierung – durch Ausweitung der Subjekte auf Individuen, verbindliche Gerichtsbarkeit und so fort – abzulehnen und werden als Zerstörung der souveränen Nationalstaaten kritisiert,¹⁶⁵ wenngleich sich Wangs Position dazu wenige Jahre später schon abgemildert hatte.¹⁶⁶ Die Funktion des Völkerrechts als interstaatliches Recht sei es, die „normalen Beziehungen“ zwischen den Staaten verschiedener Systeme aufrechtzuerhalten und zu fördern.¹⁶⁷ Zwar könne das Recht selbst keinen Frieden garantieren, es leiste aber zumindest einen positiven Beitrag in diese Richtung.

Das von Wei Min herausgegebene Lehrbuch aus dem Jahr 1986 beginnt ebenfalls mit der Feststellung, dass man sich in einem neuen Zeitalter der internationalen Beziehungen befinde, in welchem Staaten in immer engerem und vielseitigerem Austausch stünden und Isolationismus unmöglich sei.¹⁶⁸ Gleichzeitig sei dies ein neues Zeitalter für China, welches unter dem Zeichen der „vier Modernisierungen“ und der Öffnung nach außen stehe.¹⁶⁹ Für Wei Min ist die Völkerrechtslehre eines jeden Staates untrennbar mit dessen Außenpolitik und Ideologie verbunden; Chinas Völkerrechtswissenschaft sei dabei in den letzten 30 Jahren einen besonders „windungsreichen Pfad“ (曲折的道路) gegangen.¹⁷⁰ Andererseits müsse es gerade eine Lek-

¹⁵⁴ ZHOU Gengsheng (周鯁生), *Völkerrecht (国际法)*, Beijing 1981, S. 6.

¹⁵⁵ Siehe Robert Heuser (Fn. 105), S. 318.

¹⁵⁶ ZHOU Gengsheng (Fn. 154), S. 3.

¹⁵⁷ Für Li Ming konnte es ebenfalls, darin dem Vorbild Zhou Gengshengs folgend, kein suprastaatliches Recht geben, ohne das Völkerrecht zu zerstören – schließlich sei dieses *Staatenrecht* im eminenten Sinne.

¹⁵⁸ *Ibid.*, S. 4.

¹⁵⁹ WANG Tiewa / WEI Min (王铁崖/魏敏) (Hrsg.): *Völkerrecht (国际法)*, Beijing 1981; zitiert nach Deng Zhenglai (Hrsg.), *Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选)*, Beijing 2013, S. 131–165, 131.

¹⁶⁰ Wang Tiewa (王铁崖), *Völkerrecht (国际法)* in: Deng Zhenglai (Hrsg.), *Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选)*, Beijing 2013 (1984), S. 119–127, 119.

¹⁶¹ Siehe etwa SHAO Jin (邵津) et al. (Hrsg.): *Völkerrecht (国际法)*, Beijing 2014, S. 1.

¹⁶² WANG Tiewa / WEI Min (Fn. 159), S. 132.

¹⁶³ WANG Tiewa (王铁崖), *Einige Probleme im Lehrbuch ‚Völkerrecht‘ (‘国际法’教材中的几个问题)* in: Deng Zhenglai (Hrsg.), *Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选)*, Beijing 2013 (1983), S. 184–190, 185.

¹⁶⁴ *Ibid.* Ein Beispiel ist die Frage nach der Rechtsqualität der Doktrin des „Anti-Hegemonismus“, die ablehnend beantwortet wird.

¹⁶⁵ WANG Tiewa / WEI Min (Fn. 159), S. 135.

¹⁶⁶ WANG Tiewa (Fn. 163), S. 189.

¹⁶⁷ WANG Tiewa / WEI Min (Fn. 159), S. 138.

¹⁶⁸ WEI Min (Fn. 21), S. 1.

¹⁶⁹ *Ibid.*, S. 2.

¹⁷⁰ *Ibid.*, S. 8–9.

tion der republikzeitlichen Völkerrechtslehre sein, das Recht nicht idealistisch zu überhöhen und damit zu überschätzen.¹⁷¹ Das andere Extrem – ein Rechtsnihilismus – sei aber ebenfalls abzulehnen, denn: „Als die extrem linke Linie in unserem Land Aufwind hatte, war diese Ansicht sehr verbreitet und hat der völkerrechtlichen Forschung großen Schaden zugefügt [...]“.¹⁷² Für Wei sind die angeblichen Schwächen des Völkerrechts (mangelnde Durchsetzungskraft, Dezentralität, Abhängigkeit vom Staatswillen zur Fortentwicklung) in Wahrheit seine Stärken. Denn dies verhindere, dass Recht gegen den Willen der Staaten entstehen könne und trage damit zu seiner Akzeptanz bei.¹⁷³ Hier zeigt sich zwar noch ganz der Voluntarismus, den die chinesische Lehre von der Mao-Ära geerbt hatte. Dennoch sei, so Wei, das Völkerrecht kein Machtinstrument, keine rein rhetorische Waffe in den Händen der Starken, sondern vielmehr der maßgebliche Standard zur Unterscheidung von Recht und Unrecht in den internationalen Beziehungen.¹⁷⁴

Han Chengdongs Lehrbuch aus dem Jahr 1988 leitet ebenfalls mit der Aussage ein, dass, da die Interessen der verschiedenen Staaten interdependent seien, internationale Kooperation durch das Völkerrecht ebenfalls im Interesse aller sei.¹⁷⁵ Hans Lehrbuchdefinition ist insofern einzigartig unter den hier untersuchten, als sie besonderes Gewicht auf die Bedeutung von *ius cogens* Normen legt – und, so ließe sich ergänzen, auf die Hierarchisierung und Konstitutionalisierung des internationalen Rechtssystems. *Ius-cogens*-Charakter hätten etwa solche Normen, so Han, die „zum Wohle und im Interesse der gesamten Menschheit entstanden“, wie etwa Normen des humanitären Völkerrechts, das Gewaltverbot der UN-Charta, aber auch „fundamentale Menschenrechte“.¹⁷⁶ Das Han die *ius-cogens*-Qualität von fundamentalen Menschenrechten anerkannte – wenn auch nur von solchen, hinter die sich auch die offizielle chinesische Position seit jeher stellte, wie das Sklaverei- und Rassismusverbot – kann als bahnbrechend gelten. Dass mit diesen Normen konfligierende Verträge nichtig seien, stellte laut Han einen allgemeinen Rechtsgrundsatz dar, der zudem aus dem innerstaatlichen Recht abgeleitet werden könne – denn „wie jeder weiß, sind völkerrechtliche und innerstaatliche [privatrechtliche] Verträge ihrem Wesen nach identische Konzepte“.¹⁷⁷ Dies bedeutet selbstredend auch eine Absage an allzu staatszentrierte Positionen in der Rechtsquellenlehre. Auch damit steht Han, wie an späterer Stelle zu zeigen ist, mehr oder weniger allein unter seinen Kollegen.

ii) Universalität und Klassencharakter des Völkerrechts

Wie oben angemerkt, spielte die aus der Sowjetunion importierte Debatte um die Einheit des Völkerrechts in der nachmaoistischen Zeit keine Rolle mehr. Anders verhielt es sich auf den ersten Blick mit der Debatte um den Klassencharakter des Völkerrechts. Hier bestand offensichtlich kein Konsens, auch wenn die meisten Autoren das Thema wohl für theoretisch überholt erachteten. Manche Autoren, wie Bai Guimei oder Wei Min, diskutierten den Klassencharakter des Völkerrechts gar nicht mehr in ihren Lehrbüchern aus den späten achtziger Jahren. Keiner der untersuchten Autoren vertrat noch, dass das Völkerrecht „Klassenrecht“ im gleichen Sinne wie das innerstaatliche Recht sei. Die Standarddarstellung, welche versuchte, die überkommene sowjetische Orthodoxie mit der neuen außenpolitischen Offenheit zu vereinbaren, fand sich schon bei Zhou Gengsheng: Der Klassencharakter des Völkerrechts drücke sich – anders als in innerstaatlichem Recht – dadurch aus, dass jenes Resultat des Konsensus zwischen verschiedenen Staaten sei, diese dabei aber ihren jeweils eigenen Klassenwillen repräsentierten.¹⁷⁸ Damit habe das Völkerrecht nur *mittelbaren* Klassencharakter. Wang Tieyas Sicht ist nahezu identisch. Auch Zhao Lihai wendete sich gegen eine „mechanische“ Anwendung des Basis-Überbau-Schemas auf das Völkerrecht.¹⁷⁹ Dieses sei nicht Ausdruck des Klassenwillens der verschiedenen Staaten, sondern vielmehr Abbild der internationalen Wirtschaftsstruktur.¹⁸⁰ Selbst dort wo verschiedene, sich widerstrebende Willen existieren, sei ein Kompromiss und Konsens möglich und notwendig. Chen Tiqiang dagegen verwarf dieses Raisonement mit der lapidaren Feststellung, dass es Meinungsunterschiede hinsichtlich des Völkerrechts eben auch zwischen Staaten der gleichen Klassenzugehörigkeit gebe – das Völkerrecht habe konsequenterweise keinerlei (unmittelbar feststellbaren) Klassencharakter.¹⁸¹

iii) Geltungsgrund/substantielle Quellen des Völkerrechts

Die staatszentrierte Definition des Völkerrechts fand sich auch in den Darstellungen der meisten chinesischen Lehrbücher zu dessen „Geltungsgrund“ (根据) wieder. Diese Diskussion findet bei manchen Autoren auch unter dem Begriff der „substantiellen Rechtsquellen“ (实质渊源) statt, die damit von den „formellen Rechtsquellen“ (形式渊源) abgegrenzt werden. Viele Autoren hielten, wie etwa Chen Tiqiang, an einer grundsätzlich marxistischen Sichtweise auf das Völkerrecht fest, wenn diese auch häufig durch eine Einbindung in den Internationalismus der Dritten Welt

¹⁷¹ Ibid., S. 17.

¹⁷² Ibid., S. 15.

¹⁷³ Ibid., S. 13–14.

¹⁷⁴ Ibid., S. 16.

¹⁷⁵ HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 3.

¹⁷⁶ Ibid., S. 5.

¹⁷⁷ Ibid., S. 6.

¹⁷⁸ ZHOU Gengsheng (Fn. 154), S. 8.

¹⁷⁹ ZHAO Lihai (Fn. 141), S. 29.

¹⁸⁰ Ibid., S. 20.

¹⁸¹ CHEN Tiqiang (Fn. 115), S. 247.

moderiert wurde.¹⁸² Alle chinesischen Autoren lehnten selbstredend den naturrechtlichen Begründungsweg ab. Der Normativismus Kelsens andererseits wurde ebenfalls als eine „Rückkehr zum Naturrecht“ durch die Hintertür verworfen. Zwar sei dieser logisch kohärent, aber der „Realität der internationalen Beziehungen nicht angemessen“.¹⁸³ Zhou (und ihm folgend Wang) gingen sogar so weit, Kelsens souveränitätskritischem Monismus eine Mitschuld am Imperialismus zu geben, da dieser gleichsam die zentrale politische Kontrolle durch mächtige Staaten mithilfe des Völkerrechts ermögliche – solch ein Universalismus habe immer auch eine expansive, schlimmstenfalls imperialistische Kehrseite.¹⁸⁴ Interessanterweise wird aber auch der Positivismus, in seiner klassischen Form als Staatswillenspositivismus, kritisch betrachtet. So stellt Wang dar, dass die positivistische Sicht auf den Geltungsgrund im Sinne eines „gemeinsamen Willens“ der Staaten zwischen Ländern mit grundverschiedenen sozialen und politischen Systemen gar nicht anwendbar sei. Möglich sei nur ein Kompromiss zwischen Staaten, welche jeweils unterschiedliche Klasseninteressen verträten.¹⁸⁵ Auch sei kein geteiltes Rechtsbewusstsein der internationalen Gemeinschaft erkennbar, auf der ein solcher gemeinsame Wille fußen könne.¹⁸⁶ Es kann nur spekuliert werden, wie stark Wang zu dieser Zeit von noch von überkommenen Lehransichten beeinflusst war. Deutlich optimistischer zeigt sich dagegen wiederum Han Chengdong. Er kritisiert ebenfalls den Positivismus, allerdings eher aus Sicht des Solidarismus:

„Die Positivisten lassen nur den Staatswillen oder -konsens als alleinige Grundlage des Völkerrechts gelten, und nur Vertrag und Gewohnheit als die zwei einzigen formellen Rechtsquellen. Das entspricht nicht der Realität und den Bedürfnissen der internationalen Gemeinschaft. Man muss wissen, dass die Existenz des Völkerrechts letztendlich auf die objektiven Bedürfnisse der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen ist. Es spiegelt nicht bloß die Interessen der souveränen Staaten wieder, sondern auch die gemeinsamen Interessen der gesamten Menschheit.“¹⁸⁷

Dennoch beruhen die von Han beschworenen „objektiven Bedürfnisse der internationalen Gemeinschaft“ mitnichten auf naturrechtlichen Konzepten, sondern auf dem weltwirtschaftlichen System. Ein gewisser wirtschaftlicher Determinismus hat sich also, mit wenigen Ausnahmen,¹⁸⁸ bei den meisten Autoren auch in der Post-Mao-Ära bewahrt. Nichtsdestotrotz: die angesprochenen Probleme könnten,

so Han, nur durch zwischenstaatliche Kooperation gelöst werden. Den politischen Beziehungen komme in dieser Hinsicht eine Hebelwirkung (杠杆作用) zu.¹⁸⁹ Entsprechend seien laut Han nicht angedrohte Sanktionen oder staatliche Selbsthilfe der Hauptgrund für die Einhaltung des Völkerrechts, sondern die Sorge um einen Reputationsverlust gegenüber der internationalen Gemeinschaft.¹⁹⁰

iv) Völkerrechtssubjekte

Es wurde bereits an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, wie staatszentriert die chinesische Doktrin in den frühen Jahren ihrer Neubegründung war. Dies zeigte sich selbstverständlich auch in der Sicht auf die Völkerrechtssubjekte. Dennoch kam in den 1980er Jahren etwas Bewegung in diese ehemals nur auf Staaten beschränkte Sichtweise. Die überkommene Ablehnung der Rechtspersönlichkeit internationaler Organisationen etwa wurde nach 1979 aufgegeben.¹⁹¹ Manche Autoren gingen noch deutlich weiter. So stellte etwa Bai Guimei in seinem Lehrbuch aus dem Jahr 1988 fest:

„[...] aus völkerrechtspraktischer Sicht betrachtet ist die klassische Sicht, die den Anwendungsbereich des Völkerrechts auf Staaten beschränken will, offensichtlich aus der Zeit gefallen.“¹⁹²

Dies betreffe neben internationalen Organisationen etwa auch nach Unabhängigkeit strebende Völker im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts. In einem Punkt aber waren sich alle untersuchten Autoren einig: das Individuum *per se* könne kein Völkerrechtssubjekt sein. Es sei hier noch ergänzend angemerkt, dass dies auch im Jahr 1995, als Wang Tiewa ein weiteres einflussreiches Lehrbuch herausgab, als Konsens der chinesischen Lehre galt.¹⁹³ Die heutige Position ist dagegen deutlich offener gegenüber der Rechtssubjektivität von Individuen und erkennt an, dass dazu bereits ein nahezu weltweiter Konsens bestehe.¹⁹⁴

Nach 1979 wurde mithin – anders als in der Mao-Ära – die Universalität des Völkerrechts von keinem Autor in China mehr ernsthaft in Zweifel gezogen. Es wurde eine klare Trennlinie zwischen dem alten, europazentrischen und dem neuen, postkolonialen Völkerrecht gezogen. Während eine kritische Haltung gegenüber Ersterem fortwirkte, wurde Letzteres gleichzeitig affirmativ beschrieben und rezipiert. Die Aneignung der Position der Länder der Dritten Welt durch chinesische Juristen und Juristinnen ging dabei aber, wie

¹⁸² Siehe CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 16.

¹⁸³ WANG Tiewa/WEI Min (Fn. 159), S. 136.

¹⁸⁴ ZHOU Gengsheng (Fn. 154), S. 26; WANG Tiewa/WEI Min (Fn. 159), S. 136.

¹⁸⁵ WANG Tiewa/WEI Min (Fn. 159), S. 137.

¹⁸⁶ Ibid., S. 153.

¹⁸⁷ HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 7.

¹⁸⁸ Siehe etwa BAI Guimei (Fn. 117), S. 5.

¹⁸⁹ HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 25.

¹⁹⁰ Ibid., 3, S. 4.

¹⁹¹ Vgl. etwa WANG Tiewa (王铁崖), Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht, in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1985), S. 45–60, 47.

¹⁹² BAI Guimei (Fn. 117), S. 4.

¹⁹³ WANG Tiewa (王铁崖) (Hrsg.): Völkerrecht (国际法), Beijing 1995, S. 55 f.

¹⁹⁴ Siehe SHAO Jin (Fn. 161), S. 10.

im Folgenden gezeigt wird, über einen bloßen Pragmatismus und Formalismus hinaus. Das sollte uns davor bewahren, allzu eifertig die chinesische Position zum Völkerrecht, wie sie in jenen konstitutiven Jahren entstand, als bloß reserviert und skeptisch zu bezeichnen.¹⁹⁵

3.2 Die Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz als chinesischer Beitrag zum Völkerrecht?

Bezüglich der Frage, welche – wenn überhaupt – dogmatischen Beiträge die Volksrepublik zur Fortentwicklung des Völkerrechts gemacht hat, wurden von chinesischen Juristen und Juristinnen der achtziger Jahre für gewöhnlich drei Schlagworte genannt: die Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz, die zehn Prinzipien von Bandung, sowie die acht Prinzipien der Entwicklungshilfe.¹⁹⁶ Da die Letzteren im Wesentlichen auf Erstere zurückzuführen sind, sollen hier primär die fünf Prinzipien behandelt werden. Dabei zeigt sich, dass die Prinzipien mit ihrem *substantiierten* Gleichheitsbegriff durchaus von der ursprünglichen, rein *formalen*, Gleichheitskonzeption der UN-Charta abweichen, sich aber weitgehend mit den Bemühungen anderer Länder der Dritten Welt um eine Substantiierung des Gleichheitsgrundsatzes in jenen Jahren decken. Damit legten die Prinzipien auch die Grundlage für den von chinesischen Völkerrechtlern und Völkerrechtlerinnen mitgetragenen „materiellen Verfassungswandel“ (Kaminski) der UN-Charta im Kontext der Vision einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

i) Rechtsquellen der fünf Prinzipien

Der Begriff der „Fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz“ tauchte, wie bereits erwähnt, erstmals in einem bilateralen Vertrag Chinas mit Indien über die Tibetregion auf. Die Prinzipien lauten im Wortlaut:

1. Mutual respect for each other's territorial integrity and sovereignty,
2. Mutual nonaggression,
3. Mutual noninterference in each other's internal affairs,
4. Equality and mutual benefit, and
5. Peaceful coexistence.¹⁹⁷

In den Folgejahren wurden die Prinzipien nicht nur in unzählige bilaterale Freundschaftsabkommen der Volksrepublik mit anderen Staaten der Dritten Welt inkorporiert,¹⁹⁸ sondern im Jahr 1978 sogar in einen Vertrag mit Japan. Das Abschlussdokument der Konferenz von Bandung führte neben anderen Grundsätzen

ebenfalls die fünf Prinzipien auf. Darüber hinaus fanden die Prinzipien Eingang in zahlreiche Erklärungen und Dokumente auf UN-Ebene:¹⁹⁹ die 1974 durch die UN-Generalversammlung als Resolution erlassene „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ etwa listete die Prinzipien in fast identischem Wortlaut unter der Überschrift „Fundamentals of International Economic Relations“ auf.²⁰⁰ Auf diese Verknüpfung von Koexistenz und Weltwirtschaftsordnung wird noch zurückzukommen sein. Darüber hinaus fanden die fünf Prinzipien auch Eingang in die Verfassung der chinesischen Reformära des Jahres 1982, wo sie seitdem als Leitprinzip der chinesischen Außenpolitik eine Art Staatszielbestimmung darstellten.²⁰¹

Da die Prinzipien mithin nur selten direkten Niederschlag in universellen bzw. multilateralen Vertragswerken fanden (die schwierige Frage der Rechtsqualität von Resolutionen der UN-Generalversammlung wird noch zu diskutieren sein), stellt sich die Frage, wie die chinesische Lehre zu dem Schluss kam, dass die fünf Prinzipien nicht bloß ein Leitprinzip der chinesischen Außenpolitik, sondern des Völkerrechts *schlechthin* darstellten. Denn den Prinzipien wurde von chinesischer Seite nicht nur ein „enormer Einfluss auf die internationalen Beziehungen“ bescheinigt,²⁰² ihnen wird auch *ius-cogens*-Charakter zugesprochen.²⁰³ Für Wang Tiewa konnte nur die Identität der Prinzipien mit den Grundsätzen der UN-Charta ihren *ius-cogens*-Charakter begründen.²⁰⁴ Andere dagegen, wie der Pekinger Kollege Wangs, Wei Min, stellten zutreffend fest, dass auch Normen bilateraler Verträge durch den häufigen und universellen Rekurs auf sie in der Staatenpraxis zu allgemeinem Völkergewohnheitsrecht erstarken können.²⁰⁵ Dies führt zugleich auf die tieferliegende Frage nach der juristischen Originalität und Innovativität der Prinzipien sowie ihrer Relevanz vor dem Hintergrund der UN-Charta.

ii) Die Originalität und Relevanz der Prinzipien und der chinesische Beitrag

Wie eingangs beschrieben, wird den Versuchen der chinesischen Völkerrechtslehre, dogmatische Neue-

¹⁹⁹ Vgl. ZHU Qiwu (朱奇武), Über die fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz (论和平共处五项原则), in: Zhengfa Luntan (政法论坛), No. 3, 1985, S. 7–15, 13 f.; sowie CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 24.

²⁰⁰ Resolution 3281 (XXIX) der UN Generalversammlung vom 12. Dezember, <www.un-documents.net/a29r3281.htm>, eingesehen am 02.07.2018.

²⁰¹ WANG Tiewa (王铁崖), Die neue Verfassung aus Sicht des Völkerrechts (从国际法看新宪法) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1983), S. 361–370, 362; vgl. ferner WEI Min/LUO Xiangwen (魏敏/罗祥文), Die neue chinesische Verfassung und die Prinzipien des Völkerrechts (我国新宪法与国际法原则), in: Faxue Zazhi (法学杂志), No. 5, 1983, S. 16–20.

²⁰² WEI Min/LUO Xiangwen (Fn. 201), S. 17.

²⁰³ WANG Tiewa (Fn. 201), S. 362. Auf die möglichen völkervertragsrechtlichen Konsequenzen dieser Behauptung, inklusive der Nichtigkeit substantiell ungleicher Verträge, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. Robert Heuser (Fn. 105), S. 331.

²⁰⁴ WANG Tiewa (Fn. 201), S. 362.

²⁰⁵ WEI Min (Fn. 69), S. 249–250.

¹⁹⁵ So etwa Robert Heuser (Fn. 105), S. 307.

¹⁹⁶ CHEN Tiqiang (Fn. 20); ZHAO Lihai (Fn. 141), S. 28.

¹⁹⁷ Siehe für den vollständigen Vertragstext Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 119.

¹⁹⁸ Vgl. WEI Min (Fn. 69), S. 246 f.

rungen zum Völkerrecht beizutragen, regelmäßig der Wert abgesprochen. Für manche stellt dabei die Behauptung, die fünf Prinzipien seien ein chinesischer Beitrag zum Völkerrecht, schlicht ein verzweifelter Versuch dar, die Bedeutungslosigkeit der chinesischen Völkerrechtswissenschaft nach 1949 zu kaschieren.²⁰⁶ Eine eingehendere Analyse zeigt jedoch, dass die chinesische Lehre keineswegs pauschal behauptet, die Prinzipien seien rechtlich neu; ihr Wert wird von den meisten Autoren vielmehr darin gesehen, sich dem im Zuge des kalten Krieges fraglos einsetzenden Erosionstrend der Grundsätze der UN-Charta entgegenzustellen. Schon Zhou Gengsheng stellte in seinem 1955 erschienen Aufsatz dar, dass, außer dem (politischen) fünften Prinzip der friedlichen Koexistenz, alle anderen Prinzipien (i. e. Nummer 1 bis 4) schon vor der Zusammenführung unter dem Schlagwort der fünf Prinzipien geltendes Völkerrecht gewesen seien.²⁰⁷ Wie oben erwähnt, fand der Begriff der friedlichen Koexistenz schon in der Sowjetunion Gebrauch. Während auch manche chinesische Autoren das sowjetische Erbe der chinesischen Koexistenz-Konzeption betonten,²⁰⁸ halten andere China für den alleinigen Urheber und Initiator der Prinzipien.²⁰⁹ Jedenfalls in der Universalisierung der Anwendung der Prinzipien auf die Beziehungen aller Staaten kann eine maßgebliche Innovation gegenüber der beschränkten sowjetischen Konzeption gesehen werden. Wieder andere betonen, dass die fünf Prinzipien aus einem kollektiven Bemühen der Länder der Dritten Welt im Kampf gegen den Imperialismus entstanden seien.²¹⁰ Sie stellten damit gleichsam ein Gegenkonzept (对立物)²¹¹ zur überkommenen europazentrischen Ordnung dar und markierten den Übergang von dieser zu einer neuen, postkolonialen Völkerrechtsordnung.²¹² Sie nahmen dabei, wie der seinerzeitige Leiter der Abteilung Verträge und Recht des Außenministeriums und spätere Botschafter in einigen europäischen Staaten, Shao Tianren, darstellte, zugleich „demokratische“ Prinzipien des überkommenen Völkerrechts auf, strebten aber gleichzeitig die Bildung neuer, progressiver Prinzipien an.²¹³ Für den Völkerrechtler Zhu Qiwu wiederum stellten sie schlicht die „grundlegendsten, wichtigsten und weitgehend anerkanntesten Prinzipien der völkerrechtlichen Ordnung“ dar.²¹⁴

Wichtiger als diese Pauschalcharakterisierungen ist freilich die Frage, inwiefern sich die Prinzipien mit

den Grundsätzen der UN-Charta überschneiden. Im Falle einer weitgehenden Identität ist die Behauptung des *ius-cogens*-Charakters der Prinzipien wohl zutreffend, aber weit weniger originell, als die chinesische Völkerrechtslehre jener Jahre den Eindruck zu erwecken suchte. Hier ist eine nuancierte Analyse nötig, die gegebenenfalls einzelne Prinzipien differenziert betrachtet. Auch die chinesischen Lehrmeinungen sind hier keinesfalls einheitlich. Die meisten chinesischen Völkerrechtler sind sich zwar einig, dass sich die fünf Prinzipien in ihrer Zielsetzung und ihrem groben Normgehalt mit den Grundsätzen der UN-Charta decken.²¹⁵ So decken sich etwa die Prinzipien 1 und 2 („mutual respect for each other’s territorial integrity and sovereignty“ und „mutual nonaggression“) auf den ersten Blick weitgehend mit Artikel 2 Nr. 2 und 4 der UN-Charta; ebenso Prinzip 3 („mutual noninterference in each other’s internal affairs“) mit Artikel 2 Nr. 7 der UN-Charta. Dennoch zeigt die konkrete Auslegung etwa des Interventionsverbots durch chinesische Juristen, dass durchaus Unterschiede jedenfalls zur Rechtsansicht der meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen bestanden. Der Beitrag der chinesischen Völkerrechtskonzeption sollte darüber hinaus im Wesentlichen in der Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Prinzipien einerseits, sowie in ihrer Konkretisierung innerhalb der Staatenpraxis andererseits gesehen werden.

So stellte etwa Wang Tieya (darin Zhou Gengsheng folgend) fest, dass die eigentliche Innovationskraft der Prinzipien in der Zusammenfassung schon vorher bestehender Normen zu einer kohärenten Gesamtheit liege.²¹⁶ Auch Zhu Qiwu und Chen Tiqiang sahen den Wert der Prinzipien in ihrer Konstitution einer „organischen Einheit“.²¹⁷ Gleichzeitig stellte Zhu jedoch fest, dass, anders als die UN-Charta, die fünf Prinzipien kein abstraktes Dokument seien; ihre Relevanz liege dagegen in der praktischen Konkretisierung im Zuge der jeweiligen Staatenpraxis, insbesondere der asiatisch-afrikanischen Länder der Dritten Welt.²¹⁸ Ähnlich argumentiert auch Wei Min, der die Verstärkung der Charta-Grundsätze durch die Prinzipien in den Vordergrund rückt.²¹⁹ Laut Li Jinrong habe die weite Anerkennung der Prinzipien durch die Dritte Welt und die korrespondierende Staatenpraxis erst zum Erstarken der im Wesentlichen identischen UN-Charta-Normen von gewöhnlichem Vertragsrecht zu *ius cogens* beigetragen.²²⁰ Shao Tianren argumentierte in leicht anderer Wendung, aber mit den gleichen Implikationen, dass die Entwicklung der Prinzipien in Reaktion auf schwere Verstöße der Charta überhaupt erst nötig geworden sei.²²¹ Womöglich muss die Rele-

²⁰⁶ Diesen Eindruck erweckt etwa Jacques deLisle (Fn. 2).

²⁰⁷ ZHOU Gengsheng (Chou Keng-sheng), The Principle of Peaceful Coexistence from the Viewpoint of International Law, in: Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Hrsg.), People’s China and International Law. A Documentary Study, Princeton 1974 (1955), S. 126–132, 128.

²⁰⁸ HE Qinhua (Fn. 36), S. 91.

²⁰⁹ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 7.

²¹⁰ WEI Min (Fn. 69), S. 237.

²¹¹ Ibid., S. 240.

²¹² SHAO Tianren (邵天任), Die fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz – Die Basis des modernen Völkerrechts (和平共处五项原则—现代国际法的基础), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1985, S. 334–345, 335.

²¹³ Ibid., S. 337.

²¹⁴ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 14.

²¹⁵ Ibid., S. 13; Siehe ferner WEI Min (Fn. 69), S. 250 f.; WANG Tieya (Fn. 201), S. 362.

²¹⁶ WANG Tieya (Fn. 131), S. 29; WANG Tieya (Fn. 201), S. 363.

²¹⁷ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 12; CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 24.

²¹⁸ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 14.

²¹⁹ WEI Min (Fn. 69), S. 252.

²²⁰ LI Jinrong (Fn. 144), S. 49.

²²¹ SHAO Tianren (Fn. 212), S. 339, 340.

vanz der Prinzipien daher vor allem in der praktischen Aufrechterhaltung des Kooperationsprinzips im Lichte der kriegerischen Auseinandersetzungen des kalten Krieges (auf beiden Lagerseiten) gesehen werden. Diese Ansichten der chinesischen Lehre decken sich mit der jüngeren englischsprachigen Forschung. So stellt etwa Anghie fest, dass die Prinzipien ursprünglich nicht auf Innovation ausgelegt waren, sondern auf Beachtung.²²² Dennoch gingen die Prinzipien über eine bloß konservative Forderung nach Rechtstreue hinaus und sind nur im Kontext der Bildung der Blockfreien-Bewegung und einer vorsichtig sich herausbildenden pan-asiatisch-afrikanischen Diplomatie zu verstehen:

„[...] these ‘standard norms’ – which are found in the UN Charter [...] – acquire a different significance in the particular context of the concerns of the Bandung states, which were concerned about Western economic and political pressures, the instruments of neocolonialism, and communist infiltration. It is notable that the Final Communiqué calls for ‘abstention by any country from exerting pressures on other countries,’ a principle on which few comment but that is radical in its implications, given that the exertion of pressure is an essential tool of classic diplomacy.“²²³

Für andere repräsentierten die fünf Prinzipien gleichsam “eine endogene Vision einer neuen Weltordnung und eines alternativen asiatischen Diplomatienstils”.²²⁴ Die Bandung-Prinzipien wurden damit zur „de-facto Verfassung der afrikanisch-asiatischen Einheit“²²⁵ – ihre praktische Bedeutung ging damit weit über die bloße Identität mit der UN-Charta hinaus, da diese vor der Unabhängigkeit der kolonialen Gebiete erarbeitet wurde, jene aber aus dem Geist der *Postkolonialität* heraus entstanden.²²⁶

iii) Die Frage nach der intellektuellen Redlichkeit der chinesischen Lehre

Skeptische Autoren bescheinigten der sowjetischen Konzeption der friedlichen Koexistenz lediglich den Wert einer verlängerten Waffenpause auf dem Weg zur unvermeidlichen Weltrevolution – was gleichzeitig die Unredlichkeit des Friedenspostulats selbst miteinschließt. In gleicher Weise stellt sich die Frage nach der intellektuellen Redlichkeit der chinesischen Lehre: Ist in der fast schon gebetsmühlenartigen Iteration der fünf Prinzipien ein echtes Bemühen um die friedliche Zusammenarbeit der Völker zu sehen – oder vielmehr blanke Ideologie?²²⁷ Manche Autoren, wie

Posner und Yoo, stellen lapidar (und ohne allzu viel argumentativen Aufwand) fest, dass die Geschichte zeige, dass China nicht vor der Gewaltanwendung zurückschrecke, auch wenn dies im Verstoß gegen das geltende Völkerrecht geschehe.²²⁸ Sieht man einmal von der Fragwürdigkeit dieses historischen Determinismus selbst ab, zeigt diese Argumentation doch auch ein generelles Unwissen über die internen Debatten in China. So ist mit der pauschalen Annahme der Nähe der chinesischen Literaturmeinungen zur Staatsideologie nicht viel gewonnen.²²⁹ Schon die Heterogenität der Lehrmeinungen selbst relativiert die Annahme einer bloßen „Linientreue“ der chinesischen Völkerrechtswissenschaft, auch wenn diese hier natürlich nur schwerlich widerlegt werden kann und auch nicht grundsätzlich geleugnet werden soll. Hier soll es auch nicht darum gehen, die praktische Wirksamkeit der Prinzipien vor dem Hintergrund der chinesischen Politik im Koreakrieg, der (Wieder-)eingliederung Tibets, der Grenzkonflikte mit der UdSSR und Indien, oder dem von China ausgehenden Grenzkrieg mit Vietnam zu hinterfragen. Die normative Spannung dieser Politik unter Mao (und auch unter Deng) wurde vorstehend bereits beschrieben, ihre Kritik ist aber weder originell noch eigentliches Thema dieses Beitrags, welches der chinesischen Völkerrechtswissenschaft gilt.

Vielversprechender scheint es, die *normative Kohärenz* der Prinzipien selbst zu untersuchen. Dabei ist zunächst einmal festzustellen, dass es ein historisches Verdienst der chinesischen Position ist, die Prinzipien – in Abgrenzung zur hegemonialen Auslegung der sowjetischen Völkerrechtler – als universell und nicht systemgebunden anzuerkennen. Der sowjetischen Lehre galten die Prinzipien als ein notwendiger Bestandteil des zeitlich beschränkten „Völkerrechts der Übergangszeit“. Unter den untersuchten chinesischen Autoren vertrat lediglich Zhu Qiwu (noch) die Ansicht, wonach es die Ratio der fünf Prinzipien sei, eine notwendige temporäre Koexistenz aufgrund des Ausbleibens der erhofften Weltrevolution zu ermöglichen.²³⁰ Bei anderen Autoren finden sich keine solchen Relativierungen mehr. So stellten etwa Wei Min und Shao Tianren (gegen Tunkin und andere) fest, dass die Prinzipien einheitlich und interdependent seien und auch so ausgelegt werden müssten. Sie seien auch und gerade Grundlage für die Beziehungen unter den sozialistischen Staaten.²³¹ Huan Xiang wiederum, seinerzeit Vorsitzende der chinesischen Gesellschaft für Völkerrecht, zeichnete ein ausgesprochen pluralistisches Bild der Prinzipien, das sich eindeutig vom Erbe des sozialistischen Internationalismus absetzte:

„[Die Prinzipien] fordern von keinem Land, seine ihm eigenen politischen Überzeugun-

²²² Antony Anghie (Fn. 78), S. 539.

²²³ Ibid., S. 541.

²²⁴ CHEN Yifeng (Fn. 77), S. 180.

²²⁵ Ibid., S. 189.

²²⁶ Ibid., S. 190.

²²⁷ Vgl. Wim Muller (Fn. 125), S. 60.

²²⁸ John Yoo, Eric Posner (Fn. 3), S. 7.

²²⁹ Für ein aktuelles Beispiel vgl. Julian Ku, China’s Legal Scholars are Less Credible After South China Sea Ruling, in: Foreign Policy, 14.07.2016, <foreignpolicy.com/2016/07/14/south-china-sea-lawyers-unclos-beijing-legal-tribunal/>, eingesehen am 03.07.2018.

²³⁰ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 9.

²³¹ WEI Min (Fn. 69), S. 245; SHAO Tianren (Fn. 212), S. 342 f.

gen, Werte oder religiösen Glaubensinhalte aufzugeben; im Gegenteil anerkennen und respektieren sie die gegenwärtigen Unterschiede und die daraus sich ergebenden Divergenzen; sie anerkennen und respektieren die Wahl des politischen und wirtschaftlichen Systems und des Lebensstils eines jeden Landes, und verwirklichen auf dieser Basis die Koexistenz und streben nach einem gemeinsamen Wohlstand.“²³²

Diese Konzeption ist selbstredend grundlegend verschieden von der ursprünglichen sowjetischen – sie ist pluralistisch und multipolar orientiert. Ihr zentraler Inhalt ist, dass kein Land einem anderen seinen Willen aufzwingen dürfe.²³³ Damit wurde die ursprüngliche Ambivalenz der Doktrin der friedlichen Koexistenz nicht mehr theoretisch und praktisch relativiert, sondern *expressis verbis* universalisiert. Neben der Universalisierung ist es ferner vor allem die Substantialisierung des Friedensbegriffs, hin zum Einschluss materieller Gleichheit und wirtschaftlicher Kooperationsfragen, die den chinesischen Beitrag kennzeichnet.

iv) Vorschläge zu einer Reform der UN-Sicherheitsarchitektur

Das allgemeine Gewaltverbot in Gestalt des Artikel 2 Nr. 4 UN-Charta formt einen konzeptionellen Nexus mit dem institutionellen Rahmen der UN-Sicherheitsarchitektur, allen voran dem Sicherheitsrat. Während die Kritik an dessen offensichtlicher Selektivität und Politisierung in Fragen der Friedenssicherung zur Routineaufgabe einer kritisch gesinnten Völkerrechtswissenschaft avanciert ist, gilt es doch als ausgemacht, dass jedenfalls die nicht-europäischen ständigen Mitglieder einer Reform, geschweige denn einer Abschaffung der Vetorechte, feindselig gegenüberstünden. Umso überraschender mag es scheinen, dass die chinesische Völkerrechtswissenschaft – nach einer Gutheißung des Vetorechts in der Frühphase²³⁴ – in der nachmaoistischen Zeit einer Reform der Ratszusammensetzung und sogar einer gänzlichen Abschaffung der Vetorechte grundsätzlich offen gegenüberstand – wiederum nur etwa ein Jahrzehnt, nachdem die Volksrepublik nach jahrzehntelanger Isolation ihren Sitz in der UN (und damit ihren ständigen Sitz im Sicherheitsrat) errang.²³⁵ Dies ging einher mit einer grundlegend affirmativen Haltung gegenüber den Vereinten Nationen – eine Haltung, die, wie Kaminski hinreichend klargemacht hat, nur durch den politischen Radikalismus der sechziger Jahre zeitweise unterbrochen war²³⁶ und bis in die Völkerbundzeit zurückreicht.²³⁷

Eine sehr differenzierte Position des chinesischen Schrifttums findet sich etwa in dem umfänglichen und bemerkenswerten Aufsatz des in Harvard promovierten Völkerrechtlers Zhao Lihai aus dem Jahre 1982. Laut Zhao mache der Aufstieg der Dritten Welt innerhalb der UN die Chartarevision zur drängenden Frage²³⁸ – ein Punkt, den Chen Tiqiang im Jahr 1955 noch *expressis verbis* abgelehnt hatte.²³⁹ Zhao machte keinen Hehl daraus, dass die Vetorechte der fünf ständigen Mitglieder den Grundsätzen der souveränen Staatengleichheit und damit den nominellen Prinzipien der UN *und* der chinesischen Außenpolitik zuwiderliefen.²⁴⁰ Sie sollten daher grundsätzlich abgeschafft oder praktisch relativiert werden.²⁴¹ Zwar versuchte Zhao, die Wertung der Vetorechte anhand konkreter historischer Umstände zu relativieren: Anfangs etwa sei ihr Gebrauch durch die Sowjetunion noch eine notwendige und „wirksame Waffe“ gegen den Missbrauch der UN durch die Vereinigten Staaten gewesen. Erst nachdem die Sowjetunion ebenfalls einer „Hegemonialpolitik“ verfallen sei, sei auch das Vetorecht missbraucht worden – wobei sich seither beide Supermächte des Missbrauchs schuldig gemacht hätten.²⁴² Entscheidend sei also historisch gesehen, „in wessen Hand das Vetorecht liege“; es gebe gute und schlechte Arten, von ihm Gebrauch zu machen. Es ist recht offensichtlich, dass sich Zhao in dieser Darstellung von der politischen Erfahrung Chinas leiten ließ, kam der Volksrepublik das sowjetische Veto doch in den ersten Jahrzehnten des Bestehens der UN des Öfteren zugute. Auch Wang Tiewa folgte ihm – in einem Aufsatz aus den frühen siebziger Jahren, der erst Jahrzehnte später veröffentlicht wurde – in dieser relativierenden Kritik des Vetorechts. Erst mit der Forderung der neuen Staaten nach einer Satzungsrevision habe diese moralische Dringlichkeit erlangt. Denn das frühere amerikanische Drängen auf eine Satzungsänderung sei zu einer Zeit erfolgt, als diesen noch keine Gefahr einer Überstimmung durch die Länder der Dritten Welt drohte.²⁴³ Der entscheidende Umstand, der nun eine Reform rechtfertige, sei neben dem Missbrauch der Supermächte vor allem der schon besagte Aufstieg der Dritten Welt, welcher die überkommenen Repräsentationsverhältnisse innerhalb der UN über den Haufen geworfen habe. Natürlich machte sich Zhao keine Illusionen über die praktische Umsetzbarkeit der Abschaffung der Vetorechte – aufgrund der Möglichkeit der ständigen Mitglieder in Artikel 108 UN-Charta, auch eine Satzungsänderung durch ihr Veto zu blockieren, sei eine vollständige Abschaffung unrealistisch, wenn

²³⁸ ZHAO Lihai (Fn. 142), S. 145.

²³⁹ CHEN Tiqiang (陈体强), Die Charta der Vereinten Nationen schützen (维护联合国宪章), in: ders., Aufsatzsammlung zum Völkerrecht (国际法论文集), Beijing 1985 (1955), S. 137–140, 137.

²⁴⁰ ZHAO Lihai (Fn. 142), S. 167.

²⁴¹ Ibid., S. 150.

²⁴² Ibid., S. 151 f. So auch WANG Tiewa (王铁崖), Das Vetorecht – 25 Jahre (1945–1970) (否决权 – 二十五年 (1945–1970)) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013, S. 354–360, 358.

²⁴³ WANG Tiewa (Fn. 242), S. 359.

²³² Vgl. HUAN Xiang (Fn. 69), S. 327.

²³³ Ibid., S. 338.

²³⁴ Robert Heuser (Fn. 107), S. 60.

²³⁵ Vgl. allgemein Gerd Kaminski (Fn. 96), S. 77.

²³⁶ Ibid., S. 66.

²³⁷ Robert Heuser (Fn. 107), S. 57.

auch prinzipiell erstrebenswert.²⁴⁴ Jedenfalls auf eine Änderung der Abstimmungsmodalitäten und Zusammensetzung des Sicherheitsrates sei dagegen hinzuwirken.²⁴⁵ Dies sei einzubetten in eine umfassendere Reform, die der Generalversammlung größere Kompetenzen gegenüber dem Sicherheitsrat einräumen müsse, erst recht wenn dieser blockiert sei. Nicht zuletzt sei eine stärkere Repräsentation der Dritten Welt durch nichtständige Mitglieder zu gewährleisten.²⁴⁶ Selbst Chen Tiqiang, der 1955 eine Satzungsänderung noch rundherum ablehnte, stand ihr 1982 positiv gegenüber: wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten eine Änderung gutheiße, sei diese auch umzusetzen.²⁴⁷

v) Die Prinzipien als Basis einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Während die Frage nach den Vetorechten der ständigen Mitglieder noch die hergebrachte Frage nach der „westfälischen“ Staatengleichheit betraf, führten die fünf Prinzipien aber auch einen neuen, progressiv-gewandelten Gleichheitsbegriffs in die völkerrechtliche Debatte ein – ein Umstand, der viel zu selten diskutiert wird. Die fünf Prinzipien schlicht als Fundament einer auf Nichteinmischung und Staatensouveränität beruhenden „neo-westfälischen“ Ordnung zu begreifen, hieße, eines ihrer grundlegendsten, kontroversesten und progressivsten Elemente außer Acht zu lassen: die Forderung nicht nur nach Gleichheit, sondern auch nach „gegenseitigem Nutzen“ in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Schon Zhou Gengsheng hatte in seinen Aufsatz aus dem Jahr 1955 klargemacht, dass gegenseitiger Nutzen mehr heiße als formelle Rechtsgleichheit; auch formell auf Rechtsgleichheit gegründete Verträge seien nicht prinzipienkonform, wenn sie ungleiche Austauschverhältnisse zementierten.²⁴⁸ Die fünf Prinzipien müssten daher letztendlich auf eine Demokratisierung des Völkerrechts zielen.²⁴⁹

Auch die Autoren der nachmaoistischen Zeit argumentierten explizit, dass mit dem Gleichheitsbegriff anders als in Artikel 2 Nr. 1 der UN-Charta in letzter Instanz materielle und substantielle Gleichheit gemeint sei.²⁵⁰ Nicht nur die acht Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit Zhou Enlais, sondern auch die Vision einer neuen Weltwirtschaftsordnung basierten mithin auf dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens.²⁵¹ Zum konzeptionellen Verhältnis von Gleichheit und gegenseitigem Nutzen stellte etwa Zhu Qiwu im Jahr 1989 dar:

„[Die Konzepte der] Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens sind eng verknüpft.

²⁴⁴ ZHAO Lihai (Fn. 142), S. 155.

²⁴⁵ Ibid., S. 159 f.

²⁴⁶ Ibid., S. 164.

²⁴⁷ CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 26.

²⁴⁸ Jerome Cohen / Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 131.

²⁴⁹ Ibid., S. 132.

²⁵⁰ CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 25; SHAO Tianren (Fn. 212), S. 341.

²⁵¹ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 12; WEI Min (Fn. 69), S. 249; SHAO Tianren (Fn. 212), S. 345.

Gleichheit ist die Bedingung von gegenseitigem Nutzen, gegenseitiger Nutzen ist das Resultat von Gleichheit. Nur auf Grundlage von Gleichheit kann man Beziehungen von gegenseitigem Nutzen errichten, und nur die Etablierung von Beziehungen zu gegenseitigem Nutzen stellen eine echte Verwirklichung von Gleichheit dar.“²⁵²

Noch konkreter wurde Shao Tianren in einem Aufsatz aus dem Jahr 1985:

„[Das 4. Prinzip] impliziert nicht einfach, dass alle Staaten – gleich ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm – gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sind; es impliziert ebenfalls, dass alle Staaten in wirtschaftlicher Hinsicht gleichberechtigte Kooperationsbeziehungen auf Basis gegenseitigen Nutzens entwickeln sollten. [Dies] führt erst zur Erreichung wirklicher Gleichheit.“²⁵³

Hier, wie an keinem anderen Konzept, zeigt sich die Interdependenz des „globalsolidarischen Projekts“ (Krueger) der Dritten Welt. Eine neue Weltwirtschaftsordnung war ohne die „Rechtssetzung“ auf Ebene der UN-Generalversammlung nicht denkbar (dazu sogleich); dass diese überhaupt als Rechtssetzung begriffen wurde, basierte wiederum auf einer bestimmten Auslegungspraxis der UN-Charta, die im Ergebnis zu einem „materiellen Verfassungswandel“ (Kaminski) der UN führen sollte – eine Vision, die wiederum ohne die Forderung nach „echter Gleichheit“ im Rahmen der fünf Prinzipien schwer vorstellbar war. Diese Interdependenz wird besonders augenscheinlich in einem Zitat Wang Tieyas aus dem Jahr 1982, welches uns gleichzeitig den Vorwurf eines chinesischen „Formalismus“ als uninformativ zurückweisen lässt:

„[...] doch fordert die neue internationale Wirtschaftsordnung eine *materielle und echte, nicht aber eine abstrakte und formale Gleichberechtigung* – und zwar auf Grundlage des *gegenseitigen Nutzens*. [Dies impliziert] das Postulat, daß Entwicklungshilfe, Auslandsinvestitionen, technologischer Transfer und Außenhandel im Interesse der Entwicklungsländer keine ‚Gnade‘ und keine ‚Almosen‘, sondern eine Forderung der ‚Gerechtigkeit‘ sind.“²⁵⁴

Die Bedeutung der fünf Prinzipien lässt sich mithin am besten dahingehend verstehen, sie als den kleinsten gemeinsamen Nenner der postkolonialen Staaten zu begreifen; als Basis für respektvolle Beziehungen und damit als Antwort auf die unmittelbar drängende Gefahr des nuklearen Konflikts zwischen West

²⁵² ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 11.

²⁵³ SHAO Tianren (Fn. 212), S. 338.

²⁵⁴ WANG Tieya (Fn. 54), S. 47. Hervorhebung durch den Autor.

und Ost; gleichzeitig dienten sie dabei als Grundlage für eine tiefeschürfende Reform des Weltwirtschaftssystems in den Nord-Süd-Beziehungen²⁵⁵ – auch wenn diese nie vollends erfolgreich umgesetzt werden sollte. Die fünf Prinzipien sind damit die konzeptionelle und begriffliche Prämisse für alle anderen Debatten, die das postkoloniale Erbe der chinesischen Völkerrechtswissenschaft in den 1980er Jahren prägten: sei es die nach der Rechtssetzungskompetenz der UN-Generalversammlung oder einer neuen Weltwirtschaftsordnung.²⁵⁶ Gleichzeitig bescheinigen sie das Fortwirken einer Debatte um substantielle, nicht bloß formelle Rechtsgleichheit, welche die chinesische Lehre seit der Ära der Ungleichen Verträge begleitet hat und die von allen postkolonialen Staaten geführt wurde.²⁵⁷ Erst in der konzeptionellen Verknüpfung dieser diversen Thematiken offenbart sich Chinas postkoloniale Selbstverortung in der Reformdekade der Jahre 1979–1989.

3.3 Primat des Konsensprinzips in der Rechtsquellenlehre?

In der Mao-Zeit wurde, wenn nicht die Frage nach den „formellen“ Rechtsquellen schlechthin als nachrangig abgetan wurde,²⁵⁸ weitgehend der sowjetischen Position einer staats- und konsenszentrierten Rechtsquellenlehre gefolgt. Daraus folgte eine besondere Betonung des völkerrechtlichen Vertrags als primärer Rechtsquelle, auch wenn die chinesische Lehre, anders als die sowjetische, nicht in der gleichen Weise skeptisch gegenüber dem Gewohnheitsrecht war.²⁵⁹ Auch gegenüber der Frage, ob innerstaatliche Rechtsprinzipien als allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts gelten könnten, schien die chinesische Lehre grundsätzlich offener als die sowjetische zu sein.²⁶⁰ Resolutionen der UN-Generalversammlung galten dagegen nicht als rechtsverbindlich, konnten aber nach Ansicht chinesischer Völkerrechtler als Rechtserkenntnisquelle herangezogen werden.²⁶¹ Am ehesten sieht man die überkommene, tendenziell skeptische Position noch im Zhou-Lehrbuch, das, wie oben dargestellt, schon in den sechziger Jahren fertiggestellt, aber erst 1981 formell veröffentlicht wurde. Da der Geltungsgrund des Völkerrechts der koordinierte Wille der jeweils herrschenden Klasse der verschiedenen Staaten sei, könne es, so Zhou, auch nur zwei Quellen geben, die diesen Klassenwillen unmittelbar auszudrücken vermögen:

²⁵⁵ Vgl. HUAN Xiang (Fn. 69), S. 329.

²⁵⁶ Dazu passt, dass die Prinzipien fast wortgetreu in die so genannte Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten integriert wurden. Siehe Resolution 3281 (XXIX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 12. Dezember 1974, <www.un-documents.net/a29r3281.htm>, eingesehen am 02.07.2018.

²⁵⁷ Vgl. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 116.

²⁵⁸ Vgl. YING T'ao (1960) in Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 70 f.

²⁵⁹ Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 77.

²⁶⁰ Ibid., S. 80. Hungdah Chiu (Fn. 150), S. 292.

²⁶¹ Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 82.

Vertrag und Staatenpraxis (Gewohnheitsrecht).²⁶² Davon rückte die nachmaoistische Lehre ab.

i) Verträge und Gewohnheitsrecht

Es mag nicht sonderlich wundern, dass sich die chinesische Lehre der Reformära von einigen überkommenen Einschränkungen löste und sich der unter westlichen Völkerrechtlern und Völkerrechtlerinnen verbreiteten Rechtsquellenlehre zu öffnen begann.²⁶³ Manche Lehrbuchautoren verwiesen in der Frage der Rechtsquellen etwa schlicht auf Artikel 38 des IGH-Statuts, ohne dessen Enumeration weiter zu hinterfragen.²⁶⁴ Ein von der sowjetischen Lehre ererbtes Merkmal war die gelegentlich in den Lehrbüchern der 1980er Jahre noch anzutreffende Unterscheidung zwischen formellen und substantiellen Rechtsquellen.²⁶⁵ Zwar war die Rechtsquellenlehre der chinesischen Völkerrechtswissenschaft der achtziger Jahre weiterhin staatszentriert – so wird in der Regel die Rechtsentstehung auf Staatshandeln zurückgeführt – sie war aber keineswegs formalistisch oder entwicklungsfeindlich. So wurde etwa von manchen Autoren eine mitunter sehr kurze Zeitspanne für das Erstarken einer neuen Norm zu Völkergewohnheitsrecht anerkannt – eine Feststellung, welche die Abwehr neu entstehenden Gewohnheitsrechts für einzelne Staaten schwerer macht.²⁶⁶ Von der sowjetischen Skepsis (und der ursprünglichen Skepsis der neu entstandenen postkolonialen Staaten)²⁶⁷ gegenüber dem schwer zu steuernden Gewohnheitsrecht ist in der chinesischen Lehre jener Zeit nicht viel zu spüren.²⁶⁸ Vielmehr wurde selbiges etwa bei Wei Min als Entwicklungstreiber des postkolonialen Völkerrechts gesehen (zum Beispiel in der Frage der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Kontinentalschelfs im Seerecht).²⁶⁹ Auch wurde von einem Autor die breite Anwendbarkeit des Gewohnheitsrechts als ein positiver Faktor hervorgehoben.²⁷⁰ Andere Autoren hoben dagegen nach wie vor den Primat des Vertragsrechts hervor – unter Verweis auf die Tatsache, dass die neu entstandenen und entstehenden Staaten der Dritten Welt auf die Entwicklung des aus der Kolonialzeit ererbten Gewohnheitsrechts nur geringen Einfluss ausüben konnten, und das Vertragsrecht als Vehikel zur Transformation der Völkerrechtsordnung daher vorzuziehen sei.²⁷¹ Auch dieser Autor will den Primat des

²⁶² ZHOU Gengsheng (Fn. 154), S. 11.

²⁶³ Vgl. allgemein Hungdah Chiu (Fn. 150).

²⁶⁴ Siehe etwa WANG Tiewa (Fn. 160), S. 120; HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 18–19.

²⁶⁵ WANG Tiewa/王铁崖, Die Quellen des Völkerrechts (国际法的渊源) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1984), S. 128–130, S. 128; HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 18 f.

²⁶⁶ WANG Tiewa/WEI Min (Fn. 159), S. 152.

²⁶⁷ Vgl. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 106.

²⁶⁸ Siehe etwa WANG Tiewa (Fn. 265), S. 129.

²⁶⁹ WEI Min et al. (Fn. 21), S. 20.

²⁷⁰ BAI Guimei (Fn. 117), S. 16.

²⁷¹ ZHOU Xiaolin (周晓林), Die Vereinten Nationen und die internationale Rechtssetzung (联合国与国际立法), in: Guoji Wenti Yanjiu (国际问题研究), No. 3, 1985, S. 27–33, 28.

Vertragsrechts jedoch nicht im Sinne einer formalistischen Einengung der Rechtsquellen verstanden wissen und betont etwa die Einführung des Artikels 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, welcher die Existenz und Wirkung von *ius-cogens*-Normen kodifizierte, als bedeutende Entwicklung des Vertragsrechts. Eine pauschal kritische Bewertung des Gewohnheitsrechts als „seiner Natur nach stets anti-demokratisch“²⁷² war der chinesischen Lehre mithin eher fremd.

Insbesondere die chinesische Doktrin der Ungleichen Verträge, die hier nicht im Detail abgehandelt werden kann, zeigte eine Substantiierung der formellen Rechtsquellen an.²⁷³ Während westliche Völkerrechtlerinnen für gewöhnlich die Doktrin als unhaltbar abgewiesen haben, da materielle Ungleichheit *per se* kein Nichtigkeitsgrund sei,²⁷⁴ haben chinesische Autoren seit der Republikzeit genau dies behauptet – wenn sich auch die dogmatischen Argumente bisweilen unterschieden.²⁷⁵ Der häufige Rekurs auf etwa die *clausula rebus sic stantibus*, die seit der Republikära die chinesische Völkerrechtspraxis prägte, hatte auch ihren Einfluss auf andere Staaten, wie etwa Indien.²⁷⁶ Während manche englischsprachige Autoren monieren, dass das Thema seither von der Agenda der Völkerrechtswissenschaft verschwunden sei,²⁷⁷ betonen andere das Fortwirken dieses Gleichheitsdiskurses, etwa in der Doktrin der „geteilten, aber differenzierten Verantwortlichkeit“ im Klimarechtsregime.²⁷⁸ Inwiefern die Forderung nach substantieller Gleichheit, die sich in der Doktrin der Ungleichen Verträge und in den fünf Prinzipien zeigt, Einfluss auf das chinesische (und internationale) Verständnis dieser neueren Doktrinen ausgeübt hat, muss zukünftige Forschung zeigen – hier ist nicht der Ort, diese Frage eingehend abzuhandeln. Da sich die Doktrin der Ungleichen Verträge aber in erster Linie auf non-reziproke bilaterale Austauschverträge bezog, ist zwischen einer Skepsis der neuen Staaten gegenüber diesen einerseits, und einer affirmativen Haltung gegenüber multilateralen rechtssetzenden Verträgen andererseits, insbesondere im Rahmen der postkolonialen UN, strikt zu unterscheiden.²⁷⁹ Ungleiche Verträge galt es zu revidieren,

multilaterale Verträge waren dagegen selbst Medium der Revision des allgemeinen Völkerrechts.²⁸⁰

ii) Allgemeine Rechtsgrundsätze und Gerichtsurteile

Für die maoistische Völkerrechtslehre wurde noch eine Skepsis gegenüber der Rechtsquellenqualität allgemeiner Rechtsgrundsätze beobachtet.²⁸¹ Wang Tieya, darin Zhou Gengsheng folgend,²⁸² erkannte zwar die Rechtsquellenqualität derselben grundsätzlich an; allerdings nur insoweit, als diese die Staatenpraxis zu reflektieren vermochten. Sie seien daher keine eigenständige Rechtsquelle, sondern spiegelten sich im gewohnheits- oder vertragsrechtlichen Gebrauch der Staaten wider.²⁸³ Andere wiesen schlicht auf die Existenz der Kontroverse hin und entschieden sich nicht explizit für eine Seite.²⁸⁴ Wieder andere erkannten allgemeine Rechtsgrundsätze nicht nur als unabhängige Rechtsquelle an, sondern bezogen diese explizit auch auf innerstaatliche Rechtsgrundsätze, auch des Zivilrechts. So argumentierte Han Chengdongs Lehrbuch des Jahres 1988, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtssystemen nicht derart gravierend seien, dass eine induktive Findung gemeinsamer Prinzipien unmöglich wäre. Gleichzeitig lobte er den innovativen und entwicklungs offenen Effekt allgemeiner Rechtsgrundsätze.²⁸⁵ Noch weiter ging Zhou Xiaolin, der in seinem Aufsatz über die neue Weltwirtschaftsordnung aus dem Jahr 1983 argumentierte, dass das innerstaatliche Sozialstaatsprinzip, welches nach dem zweiten Weltkrieg in beinahe allen (entwickelten) Staaten Verbreitung gefunden habe, bereits zu einem allgemeinen Rechtsgrundsatz erstarkt sei.²⁸⁶ Das Universalisierungspotential, das in der Transposition juridischer Prinzipien aus *außereuropäischen* Rechtstraditionen ins Völkerrecht liegt, wurde jedoch von der chinesischen Lehre nur bedingt erkannt.²⁸⁷

Auch gegenüber der Qualität von internationalen Gerichtsurteilen als Rechtserkenntnisquelle zeigte sich die nachmaoistische Völkerrechtslehre offen,²⁸⁸ wenn auch stets betont wurde, dass das *stare-decisus*-Prinzip für den IGH explizit ausgeschlossen wurde.²⁸⁹ Ein Autor gestand der Rechtsprechung des IGH etwa eine autoritative Auslegung der in Rede stehenden Rechtsprobleme zu, auch wenn diese strenggenommen nur für die jeweiligen Streitparteien bindend sei.²⁹⁰ Innerstaatliche Gerichtsurteile als Rechtserkenntnisquel-

²⁷² Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 135.

²⁷³ Phil Chan (Fn. 9), S. 879. Vgl. zur Notwendigkeit einer Substantialisierung des Völkervertragsrechts im Angesicht ungleicher Verträge auch Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 139.

²⁷⁴ Siehe etwa Anne Peters, Treaties, Unequal, in: Max Planck Encyclopedia of International Law, 2018, <opil.oup.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e1495>, eingesehen am 03.07.2018.

²⁷⁵ Für kurze Darstellungen aus den achtziger Jahren siehe etwa WANG Tieya (Fn. 131), S. 36; WEI Min et al. (Fn. 21), S. 19–20. Für eine Darstellung des historischen Gebrauchs der *clausula rebus sic stantibus* zur Abrogation der Ungleichen Verträge der Qing- und Republikzeit, siehe TANG Qihua (Fn. 10).

²⁷⁶ Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 108.

²⁷⁷ Matthew Craven, What Happened to Unequal Treaties? The Continuities of Informal Empire, in: Nordic Journal of International Law, Vol. 74, 2005, S. 335–382.

²⁷⁸ Alice De Jonge, From Unequal Treaties to Differential Treatment: Is There a Role for Equality in Treaty Relations?, in: Asian Journal of International Law, No. 4, 2014, S. 125–151.

²⁷⁹ Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 107–108.

²⁸⁰ Ibid., S. 119.

²⁸¹ Gerd Kamniski (Fn. 12), S. 176; Phil Chan (Fn. 9), S. 883.

²⁸² ZHOU Gengsheng (Fn. 154), S. 13.

²⁸³ WANG Tieya (Fn. 265), 130; WANG Tieya/WEI Min (Fn. 159), S. 154.

²⁸⁴ BAI Guimei (Fn. 117), S. 13.

²⁸⁵ HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 21.

²⁸⁶ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 79.

²⁸⁷ Vgl. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 97.

²⁸⁸ Siehe etwa WANG Tieya (Fn. 131), S. 20; WANG Tieya (Fn. 265), S. 130; WEI Min et al. (Fn. 21), S. 21.

²⁸⁹ WANG Tieya/WEI Min (Fn. 159), S. 155.

²⁹⁰ ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 29.

le wurden von der chinesischen Lehre jener Jahre nahezu nicht behandelt. Urteile wurden zudem als generell rangniedriger in ihrer Rechtserkenntnisqualität als Resolutionen der UN-Generalversammlung eingeschätzt. Aber auch den Entwürfen der UN-Völkerrechtskommission (ILC) käme, so etwa Wang Tieya, noch eine höhere Bedeutung für die Rechtserkenntnis zu, als den Schriften völkerrechtlicher Gelehrter.²⁹¹ Dies zeigt die Bedeutung, die der Rechtssetzung innerhalb der UN vonseiten chinesischer Völkerrechtler zugeschrieben wurde. Diese komplexe Diskussion soll im Folgenden näher behandelt werden.

iii) Resolutionen der UN-Generalversammlung als Rechtsquelle *sui generis*?

Allzu eilfertig werden bisweilen die möglichen Quellen des Völkerrechts mit einem Verweis auf Artikel 38 des IGH-Statuts erklärt – eine Praxis, die eher von pragmatischem Habitus als von analytischem Tief-sinn zeugt.²⁹² Die Debatte über die Rechtsnatur von Resolutionen der UN-Generalversammlung ist von entscheidender Bedeutung für die vorliegende Analyse, drückten sich doch die aus Sicht der Länder der Dritten Welt progressivsten und weitreichendsten Neuerungen des postkolonialen Völkerrechts vorzugsweise in solchen deklarativen Resolutionen aus. Die Frage nach der Rechtsqualität dieser Resolutionen wird damit zum Dreh- und Angelpunkt der Argumente aller TWAIL-Autoren – eine wahrhaft progressive Umgestaltung des Völkerrechts konnte nur im Wege einer legislativ-ermächtigten Generalversammlung als Forum der Dritten Welt vorgestellt werden.²⁹³ In einem Aufsatz Zhou Xiaolins über die Rechtssetzung innerhalb der UN aus dem Jahre 1984 wurde die der UN zugedachte Rolle deutlich. Diese sei der angemessene Ort für die Normsetzung der internationalen Gemeinschaft, denn anders als das überkommene europazentrische Völkerrecht, das durch den Ausschluss eines Großteils der Staaten von der Rechtsentstehung geprägt war, sei die UN universell angelegt.²⁹⁴ Die Rechtssetzung innerhalb der UN sei damit „demokratisch“ und „progressiv“.²⁹⁵ Der algerische Diplomat und spätere Präsident des IGH, Mohammed Bedjaoui, räsionierte gar, dass damit das Recht erstmals nicht auf reiner Macht fuße, sondern auf der demokratischen Mehrheit der Staatengemeinschaft:

„[...] for the first time in human history, international law is not on the side of force or power. The novelty of our time resides in this signal divorce between law and force.“²⁹⁶

Entscheidend aber für die chinesische Konzeption – und die der Völkerrechtler der Dritten Welt insgesamt – war die gleichzeitige Einschränkung, dass die UN keine Weltregierung sei (und auch nicht sein solle). Die Initiative ginge nach wie vor von den souveränen Nationalstaaten aus.²⁹⁷ Diese Dialektik aus unabhängigem Nationalstaat und solidarischem Internationalismus ist für den postkolonialen Internationalismus der ersten Generation kennzeichnend. Damit wurde die Debatte um die Rechtsquellenqualität von Resolutionen der Generalversammlung eingebettet in den Kampf über die „Legislativmacht“ im Völkerrecht: Der Dritten Welt als Reformlager stünden, so ein zeitgenössischer amerikanischer Autor, die Supermächte als konservative Gegenkräfte gegenüber.²⁹⁸ Das Ziel müsse es sein, so der mexikanische Völkerrechtler Padillo Nervo, „den kalten und nackten Positivismus, der die Formulierung der überkommenen Regeln bestimmte, durch imaginative Innovation zu ersetzen, die auf den neuen Werten und Bedürfnissen der heutigen Welt basieren“.²⁹⁹ Dies gelänge nur dadurch, so Bedjaoui, „die Bedeutung der Resolution als lebendige Rechtsquelle zu entwickeln“ und „den sterilen Formalismus“ der Großmächte zu überwinden.³⁰⁰ Die Resolution wird damit zum Katalysator eines neuen Völkerrechts und kann in ihrer Bedeutung für die postkolonialen Völkerrechtler kaum überschätzt werden, wie auch Anand betont: „It is through this procedure that a universal law of nations is emerging.“³⁰¹ Während die chinesische Lehre unter Mao noch eine ablehnende Position gegenüber der Rechtssetzungskompetenz der Generalversammlung eingenommen hatte,³⁰² wurde fortan die Satzungsrevision als „Kampfinstrument der Dritten Welt“ angesehen.³⁰³ Der Geisteswandel der UN im Zuge der Dekolonisation erfordere konsequenterweise auch einen „materiellen Verfassungswandel“.³⁰⁴ Die davon betroffenen Themenfelder reichten von der Dekolonialisierung, Menschenrechten, einer neuen Weltwirtschaftsordnung, bis hin zum Seerecht.

Artikel 10 der UN-Charta macht klar, dass die Generalversammlung prinzipiell alle Charta-relevanten Themen diskutieren kann; dennoch werden die von ihr gefassten Resolutionen als „Empfehlungen“ bezeichnet, und anders als für die Resolutionen des Sicherheitsrats (Artikel 25) existiert keine Norm, die eine explizite Bindungswirkung derselben bestimmt. Sowohl in der Auslegung nach dem Wortlaut, als auch in der systematischen Interpretation des Artikel 25, kann daher keine generelle Bindungswirkung von Resolutionen der Generalversammlung hergeleitet werden. Mehr noch: Die historische Auslegung macht klar, dass die Frage nach der Legislativkompetenz der General-

²⁹¹ WANG Tieya (Fn. 191), S. 51.

²⁹² Vgl. Richard Falk, On the Quasi-Legislative Competence of the General Assembly, in: The American Journal of International Law, Vol. 60, 1966, S. 782–791, 782.

²⁹³ Vgl. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 99; Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 131.

²⁹⁴ Vgl. auch R. P. Anand (Fn. 130), S. 384.

²⁹⁵ ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 29.

²⁹⁶ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 141.

²⁹⁷ ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 32.

²⁹⁸ Paul Yuan (Fn. 108), S. 25.

²⁹⁹ Zitiert nach R. P. Anand (Fn. 130), S. 388.

³⁰⁰ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 133, 138.

³⁰¹ R. P. Anand (Fn. 148), 83.

³⁰² Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), 44; Gerd Kaminski (Fn. 12), 325; Robert Heuser (Fn. 85), 59 f.; Hungdah Chiu (Fn. 104), 1142 f.

³⁰³ Gerd Kaminski (Fn. 96), 78.

³⁰⁴ Ibid., 79.

versammlung, die ursprünglich durch die Philippinen eingebracht wurde, explizit auf der Gründungskonferenz der UN ausgeschlossen wurde.³⁰⁵ Auch eine teleologische Auslegung im Sinne der *implied powers*-Lehre greift daher nicht. Eine anspruchsvolle Analyse kann jedoch nicht bei diesen scheinbar erschöpfenden Auslegungsmaximen stehen bleiben, sondern muss die Praxis der UN und ihrer Mitglieder miteinbeziehen. Neben der *gewohnheitsrechtlichen Geltung einzelner Resolutionen* ist insbesondere die Frage nach der *gewohnheitsrechtlichen Kompetenz der Generalversammlung zur Verabschiedung bestimmter normativer Dokumente* zu ergründen.³⁰⁶ Denn die Charta ist selbstredend kein totes Dokument – sie wird durch die sukzessive Rechtspraxis der mit ihr verwobenen Organe und der Staatengemeinschaft insgesamt geprägt. Die Postkolonialisierung konnte daher auch die Charta nicht unberührt lassen, wenn auch ihr Wortlaut aufgrund des sich auf Chartarevisionen erstreckenden Vetorechts (Artikel 108) der ständigen Sicherheitsratsmitglieder erhalten blieb. Dies wurde sowohl von chinesischen,³⁰⁷ als auch von anderen postkolonialen Autoren betont, und ist ein Ausdruck des Einflusses strukturalistischer respektive marxistischer Rechtstheorie auf die postkoloniale Völkerrechtswissenschaft: Ein Völkerrecht, so die Ratio, welches sich den faktischen Gegebenheiten der internationalen Beziehungen auf Dauer widersetze, werde obsolet und alsbald historisch überholt.³⁰⁸ Eine ausgewogene Darstellung sollte daher zwischen einem engstirnigen Wortlaut-Formalismus³⁰⁹ und einer allzu weitreichenden Vision der Transformation der Generalversammlung in ein „Weltparlament“ vermitteln, dabei aber eine – durch bestimmte Modalitäten begrenzte – „quasi-legislative Kompetenz“ der Generalversammlung anerkennen.³¹⁰ Es ist hierbei klar, dass die Rechtswirkung und -qualität der Resolutionen neben der sprachlichen Formulierung in erster Linie von externen Faktoren abhängt, wie dem Abstimmungsverhalten und der sukzessiven Praxis der Staaten, die mitnichten immer konsistent agieren.³¹¹ Entsprechend stellt Falk fest, dass es vielmehr politische denn rechtliche Gründe seien, die einer wohlwollenden Bestimmung der Rechtsqualität von Resolutionen im Wege stünden:

„[...] the limits upon quasi-legislative competence of the Assembly are less a reflection of the absence of the *formal competence* to legislate than they are a consequence of certain *political constraints* arising from the general re-

quirement of mobilizing effective community power in support of legislative claims.“³¹²

Ironischerweise zeigte die häufig pauschale Ablehnung der Rechtsqualität solcher Resolutionen in Teilen der westlichen Völkerrechtslehre – sieht man einmal von „genehmen“ Resolutionen, wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ab – dass eine exzessive Betonung des Konsensprinzips ebenso sehr auf die westliche Lehre zutrifft (und zutrifft), wie auf die chinesische. In unzweifelhafter Analogie zu demokratiekritischen Argumenten wurde die Idee einer Rechtssetzung durch die Mehrheit der Staaten im Rahmen der Generalversammlung *just* in dem Moment verworfen, da die Mehrheit begann, für die nun sich in der Minderheit befindende westliche Staatengemeinschaft unangenehme Themen zu behandeln.³¹³ Im entscheidenden Moment waren es mithin gerade die Großmächte (und ihre europäischen Verbündeten), die einer geradezu revolutionären Umgestaltung des Völkerrechts durch progressive Vertreter der Dritten Welt die Gefolgschaft verweigerten; natürlich unter Berufung auf konsensuale Argumente und die klassische Vorstellung staatlicher Selbstbindung – Ideen, von denen angeblich gerade die Volksrepublik exzessiven Gebrauch mache.

Die überwältigende Mehrheit der nachmaoistischen chinesischen Völkerrechtler ließ keinen Zweifel mehr daran, dass den Resolutionen der Generalversammlung zumindest eine vage bestimmte Rechtswirkung zukomme, wenn auch nur wenige Autoren das Thema in Tiefe behandelten. So stellte Zhou Xiaolin bündig fest, dass es außer Frage stehe, dass manche Resolutionen Bindungswirkung entfalteten, etwa wenn sie Normen der Charta auslegten oder den Willen der internationalen Gemeinschaft ausdrückten, wie es für die Dekolonisation-Resolution 1514 von 1960 gelte.³¹⁴ Für die Resolutionen im Zusammenhang mit der Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO) stellte er fest, dass diese „zu einem hohen Grade den gegenwärtigen Stand und die Entwicklungstendenz des Völker-gewohnheitsrechts repräsentieren“.³¹⁵ Wieder andere bezeichneten die Resolutionen der Generalversammlung beiläufig als „rechtssetzende Verträge“ (造法性条约), ohne diese Kennzeichnung näher zu erläutern.³¹⁶ Gleichwohl ist die Argumentationsweise der chinesischen Völkerrechtslehre bezüglich der Rechtsquellenqualität der Resolutionen durchaus differenziert. Es findet bei den meisten hier untersuchten Autoren keine Auslegung der Charta *contra legem* statt; das maßgebliche Argument wird vielmehr in der derogierenden Staatenpraxis der Mitgliedsstaaten gefunden, vor der eine enge Wortloutauslegung der Charta nicht haltmachen dürfe. Unter den Autoren, welche die Frage eingehender behandelten, nahm Wang Tiewa eine

³⁰⁵ Richard Falk (Fn. 292), 783.

³⁰⁶ Georges Abi-Saab (Fn. 130), 109, merkt sogar an, dass die Resolutionen der Generalversammlung die Funktion des Gewohnheitsrechts im alten Völkerrecht übernehmen könnten.

³⁰⁷ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 83.

³⁰⁸ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 192; R. P. Anand (Fn. 148), S. 111.

³⁰⁹ Abi-Saab spricht in dieser Hinsicht von einem „exzessiven Positivismus“ der europäischen Völkerrechtslehre des neunzehnten Jahrhunderts, den es zu überwinden gelte. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 100.

³¹⁰ Richard Falk (Fn. 292), S. 782.

³¹¹ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 178.

³¹² Richard Falk (Fn. 292), S. 788. Hervorhebungen des Autors.

³¹³ Vgl. Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 132, 143.

³¹⁴ ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 28.

³¹⁵ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 83.

³¹⁶ LI Jinrong (Fn. 144), S. 51. Ähnlich äußerten sich wohl auch andere Völkerrechtler, vgl. Paul Yuan (Fn. 108), S. 38.

eher konservative Position ein, wenn sich auch seine Sicht über die Jahre hinweg zu einer wohlwollenderen Auslegung der Frage wandelte. Das Völkerrecht, so urteilte Wang 1984, „[habe] kein und sollte auch kein über den Staaten stehendes Legislativorgan haben, das so genannte ‚internationale Rechtssetzung‘ gleich welcher Art mit Bindungswirkung für die Staaten erlassen“ könne.³¹⁷ Diese Position wurde auch von anderen eminenten Völkerrechtlern dieser Jahre geteilt.³¹⁸ Resolutionen der Generalversammlung könnten daher laut Wang und anderen nicht als eigene Kategorie von Rechtsquellen behandelt werden, sondern müssten neben Urteilen und Lehrmeinungen als Rechtserkenntnisquelle gezählt werden, wenn auch in höherem Rang als jene.³¹⁹ Von dieser im 1981er Lehrbuch erstmals ausformulierten Position rückte Wang kurze Zeit später nur insofern ab, als dass er nun auch die spezifizierende und systematisierende Funktion von Resolutionen würdigte – diese könnten auch entstehende Rechtsnormen und die *opinio iuris* der Staaten reflektieren.³²⁰ Im Jahr 1984 schließlich erkannte Wang an, dass die Resolutionen entstehende Normen des Völkerrechts „reflektieren“ und „verkörpern“ könnten, was ihnen jedoch wiederum nur eine Rechtserkenntnisfunktion zugestand.³²¹ Wiederum ein Jahr später benutzte er dann erstmals den Begriff der „rechtssetzenden Resolutionen“ (造法性决议),³²² auch wenn er nach wie vor festhielt, dass Resolutionen der Generalversammlung „streng genommen keine Verbindlichkeit zukomme“.³²³ Während diese unter Umständen eine autoritative Auslegung der Charta liefern könnten,³²⁴ komme lediglich gewissen Resolutionen eine „vertragsähnliche Stellung“ (类似条约的地位) zu, ohne das Wang eindeutig darlegt, was er damit meint. Insgesamt sei aber – dem Staatswillensparadigma entsprechend – die Art der Stimmabgabe (Bindungswille) und das Stimmgewicht entscheidend. So könne man bei einstimmig angenommenen Resolutionen „nicht davon ausgehen, diese hätten keinerlei rechtliche Wirkung“. Jedenfalls komme ihnen die Funktion zu, die *opinio iuris* der Staaten auszudrücken. Während Wang der Idee einer „instant custom“ also skeptisch gegenüberstand, erkannte er doch ohne Weiteres an, dass es mit der Rechtssetzungspraxis der Generalversammlung zu einer Beschleunigung der Entstehung von Gewohnheitsrecht gekommen sei, ebenso wie zu einer Befriedigung des legitimen Interesses der Dritten Welt an der Teilhabe am Rechtssetzungsprozess.³²⁵ Man sieht also, dass sich Wangs Sicht (womöglich unter dem Einfluss des Aufsatzes seiner Schülerin Qin Ya) durchaus wandelte. Insgesamt war sie aber noch geprägt vom Ge-

gensatz zwischen Rechtsform und -funktion³²⁶ – nur letztere erkannte er den Resolutionen zu.

Deutlich weiter als ihr Lehrer ging Qin Ya, die zur Zeit der Veröffentlichung ihres bemerkenswerten Aufsatzes über „Die Rechtswirkung von Resolutionen der UN-Generalversammlung“ im Jahr 1984 eine Studentin Wangs war und nunmehr Professorin für Völkerrecht an der Qinghua-Universität Peking ist. In der Frage der Rechtswirkung müsse, so Qin, zunächst zwischen Verbindlichkeit *strictu sensu* (拘束力) und anderen Formen rechtlicher Wirkung (法律效力) unterschieden werden.³²⁷ Qin erkannte richtig, dass die Frage nach dieser Rechtswirkung nur durch Analyse der Praxis der Generalversammlung entschieden werden kann – eine kontext-indifferente Lektüre der Charta genüge nicht, könne doch der in Rede stehende Verfassungswandel neben der Eigernmächtigung der Generalversammlung nur durch eine stillschweigende oder ausdrückliche Duldung der Mitgliedstaaten erfolgen.³²⁸ Entscheidendes Kriterium sei insofern, und hierin folgte sie ihrem Lehrer, der Staatswille in Form einer in der Resolution zum Ausdruck kommenden Rechtsüberzeugung (法律确信) der Mitgliedsstaaten. Warum sollte, fragte Qin zurecht, der Wille der Staaten sich nicht neben den in Artikel 38 IGH-Statut aufgelisteten Formen auch unmittelbar in gemeinsamen Resolutionen ausdrücken können? Wenn Staaten, wie es die althergebrachte Lotus-Doktrin des IGH will, frei sind, sich zu bestimmten Verhalten zu verpflichten, warum sollten sie nicht auch frei sein, über die Art der Bindungsform zu entscheiden? Dies ähnelt der Argumentation Abi-Saabs, wonach, wenn im traditionellen Völkerrecht sogar die Staatenpraxis einiger weniger Staaten im Wege der Gewohnheit für die ganze Rechtsgemeinschaft verbindlichen werden konnte, dies *a fortiori* für Resolutionen der Generalversammlung gelten müsse.³²⁹ Eine Bindung sei natürlich, so Qin, auch nachträglich durch die Akzeptanz einer bestimmten Resolution möglich;³³⁰ ebenso wie eine Resolution, die keine eindeutige *opinio iuris* erkenntlich macht, retrospektiv durch affirmative Staatenpraxis Verbindlichkeit erlangen könne. Gleichwohl ging Qin noch weiter, als es diese leicht zu akzeptierende erste Argumentationslinie zeigt. Denn die weit schwerwiegendere Frage, wie mit *nicht-einstimmig* angenommenen Resolutionen zu verfahren sei, beantwortete sie klar: diese seien nicht *per se* „weniger wirksam“ als jene.³³¹ In anderen Worten: Auch eine Bindung gegen den ausdrücklichen Willen einzelner Staaten erschien ihr prinzipiell möglich, wenn auch diese Bindung eher indirekt erfolge.³³²

³¹⁷ WANG Tieya (Fn. 160), S. 120.

³¹⁸ Vgl. WEI Min et al. (Fn. 21), S. 12; HAN Chengdong et al. (Fn. 117), S. 24.

³¹⁹ WANG Tieya / WEI Min (Fn. 159), S. 156.

³²⁰ WANG Tieya (Fn. 131), S. 23.

³²¹ WANG Tieya (Fn. 265), S. 129.

³²² WANG Tieya (Fn. 191), S. 54.

³²³ Ibid., S. 56.

³²⁴ Ibid., S. 58.

³²⁵ Ibid., S. 60.

³²⁶ Vgl. etwa R. P. Anand (Fn. 148), S. 79.

³²⁷ QIN Ya (秦娅), Die Rechtswirkung von Resolutionen der UN Generalversammlung (联合国大会决议的法律效力), in: Chinesisches Jahrbuch für Völkerrecht (中国国际法年刊), 1984, S. 164–194, 166.

³²⁸ Ibid., S. 167. Vgl. auch Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 178.

³²⁹ Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 110.

³³⁰ QIN Ya (Fn. 327), S. 168.

³³¹ Ibid., S. 169.

³³² Ibid., S. 170. Die meisten Autoren diskutieren diese schwierige Frage gar nicht erst, vgl. Hungdah Chiu (Fn. 150), S. 305.

Konsensus heiße nicht Einstimmigkeit.³³³ Während eine nachträglich abweichende Staatenpraxis bei eher technischen Resolutionen ein Argument gegen deren Wirksamkeit sei, könne dies nicht für Resolutionen gelten, die grundlegende Prinzipien statuieren (Nicht-einmischung, Anti-Rassismus, Folterverbot etc.).³³⁴

Dieser ersten kursorischen Annäherung folgte eine differenziertere Betrachtung verschiedener Arten von Resolutionen und verschiedener Formen, wie diese Verbindlichkeit erlangen oder sonstige Wirkung entfalten können. So unterschied Qin zwischen Resolutionen, welche UN-interne Verwaltungsfragen regelten; solchen, die sich an einzelne Mitgliedstaaten richteten; und solchen, die völkerrechtliche Grundprinzipien festlegten.³³⁵ Neben den durch die Charta explizit vorgesehenen Möglichkeiten könnten damit laut Qin Resolutionen dann rechtsverbindlich werden, wenn:

- i) sie die UN-Charta autoritativ auslegten (z. B. Resolution 1514 zur Dekolonisierung, welche eine Auslegung der Chartabestimmungen zum Selbstbestimmungsrecht darstelle);³³⁶
- ii) andere verbindliche Verträge auf sie verwiesen;³³⁷
- iii) die Resolution selbst eine völkerrechtliche Übereinkunft darstelle, solange der Rechtsbindungswille erkennbar sei;
- iv) die Resolution grundlegende Prinzipien des Völkerrechts vorschreibe; denn diese Praxis, obwohl ursprünglich nicht in der Charta vorgesehen, habe breite Akzeptanz der Mitgliedstaaten gefunden, und sei zu keinem Zeitpunkt als *ultra vires*-Handeln der Generalversammlung kritisiert worden;³³⁸ Beispiele seien: die Nürnberger Prinzipien des Völkerstrafrecht, sowie die Resolutionen zum Weltraumrecht und Seerecht (Tiefseeboden);³³⁹
- v) der Normgehalt der Resolution graduelle Akzeptanz in Staatenpraxis gefunden habe und als verbindlich angesehen werde; auch hier sei das maßgebliche Beispiel die Anti-Kolonialismus-Resolution;³⁴⁰ die Resolutionen zur neuen Weltwirtschaftsordnung seien ferner gerade in diesem Prozess des Erstarkens zu Völkergewohnheitsrecht begriffen.³⁴¹

Unter diesen oben aufgezählten Möglichkeiten haben selbstredend Nummer iii) und iv) die weitreichendsten Implikationen für das Völkerrecht insgesamt, da hier die quasi-legislative Kompetenz der UN-Generalversammlung in Fragen der Grundnormen der

Völkerrechtsordnung anerkannt wird. Neben der formellen Verbindlichkeit seien aber auch andere Formen der Rechtswirkung erkennbar, u. a.:

- i) Resolutionen als Rechtsgrundlage für die Nichterfüllung eines Vertrages (hier nennt sie das Beispiel der Nichterfüllung von Verträgen mit Südafrika, die auf Resolutionen gegen den Apartheidsstaat gestützt wurden);³⁴²
- ii) Resolutionen als Grundlage für Urteile internationaler und nationaler Gerichte;³⁴³
- iii) Resolutionen als Grundlage für die Gesetzgebung einzelner Staaten;³⁴⁴
- iv) Resolutionen als Grundlage für spätere zwischenstaatliche Verträge (wie im Weltraumrecht und Seerecht).³⁴⁵

Neben der Anerkennung von Resolutionen der Generalversammlung als ranghöchste Rechtserkenntnisquelle, erkannte Qin diese somit auch als *originäre Quelle der Rechtserzeugung in der internationalen Gemeinschaft* an. Diese Position leitete sie gleichwohl nicht aus der Vision der Generalversammlung als eines Weltparlaments her, sondern vielmehr aus einem solidarisch verstandenen Etatismus, wie er für die postkolonialen Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen der ersten Generation so typisch war. Die Ambivalenz dieses postkolonialen Internationalismus, der eben immer auch ein Nationalismus war, war dennoch bereits absehbar, da die unhintergehbare Scharnierfunktion des Staatswillens nicht überwunden wurde – und auch nicht überwunden werden sollte.

3.4 Jenseits von Bretton-Woods: Debatten um eine neue Weltwirtschaftsordnung

Neben dem fraglosen Trend zur Dekolonisation und politischen Blockbildung im Kontext des kalten Krieges wird die Zeit nach 1945 konventionell als Beginn einer (weiteren) Phase der wirtschaftlichen Globalisierung betrachtet. Die Gründung der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds als Bretton-Woods-Institutionen, sowie des korrespondierenden Währungssystems mit Dollar-Anbindung, bezeugen diesen Trend aber nur scheinbar. Das amerikazentrische Währungssystem brach schließlich 1973 nach dem rapiden Abschmelzen der amerikanischen Goldreserven zusammen und die Bemühungen zur Etablierung einer Welthandelsorganisation sollten erst nach 1990 Früchte tragen, sodass das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zunächst ohne die institutionelle Überstülpung der erst 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) bestand. Insgesamt ist also im Gegenteil zu konstatieren, dass die wirtschaftliche

³³³ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 186.

³³⁴ QIN Ya (Fn. 327), S. 171.

³³⁵ Ibid., S. 172.

³³⁶ Ibid., S. 175.

³³⁷ Ibid., S. 176.

³³⁸ Ibid., S. 178.

³³⁹ Ibid., S. 179.

³⁴⁰ Ibid., S. 181.

³⁴¹ Ibid., S. 182.

³⁴² Ibid., S. 184.

³⁴³ Ibid., S. 185.

³⁴⁴ Ibid., S. 186.

³⁴⁵ Ibid., S. 187.

Globalisierung, wie sie für die Zeit nach 1990 so charakteristisch wurde, durch die Blockkonfrontation eher gehemmt denn vorangetrieben wurde.³⁴⁶ So machten etwa die Vereinigten Staaten ihren Widerstand gegen den Beitritt einiger Ostblockstaaten ins GATT geltend (die Volksrepublik bewarb sich 1986 um den Beitritt) und setzten sich für wirtschaftliche Embargos gegen den Ostblock ein.³⁴⁷ Der Kalte Krieg war mithin eine Zeit der extremen Politisierung von Fragen des Handels und der wirtschaftlichen Kooperation und führte zu einer ökonomischen Regionalisierung politischer Blöcke, anstelle einer blockübergreifenden Integration.

Dies hatte weitreichende Konsequenzen für die Stellung der Dritten Welt in der Weltwirtschaft. Einerseits wurde trotz des Erfolges der politischen Befreiungsbewegungen zunehmend eine fortdauernde Form des wirtschaftlichen Imperialismus und der Abhängigkeit der postkolonialen Staaten als Rohstofflieferanten in den globalen Produktionsketten beklagt, ebenso wie die protektionistische Marktabschottung der ersten Welt und die monopolistische Marktstellung multinationaler Konzerne.³⁴⁸ Andererseits wussten die Länder der Dritten Welt ihre neue Dominanz innerhalb der UN und den Wettbewerb der Blöcke so zu nutzen, dass sie von den Supermächten weitreichende Konzessionen erringen konnten:

„[...] issues of international security as dictated by the terms of the Cold War took precedence over all other matters on the international agenda. As a consequence, developing countries had some flexibility in determining the content and direction of their economic policies.“³⁴⁹

Das neue Konzept der „Entwicklungshilfe“ wurde etwa maßgeblich durch den kalten Krieg angetrieben – so gab die Sowjetunion am Vorabend des sino-sowjetischen Bruchs im Jahr 1960 ganze sieben Prozent ihres Nationaleinkommens für die Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik aus.³⁵⁰ Das Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung der Industriestaaten für die Entwicklungshilfe aufzuwenden, wurde gleichwohl nie erreicht.³⁵¹ Auf UN-Ebene mündete diese gestärkte strategische Stellung der Entwicklungsländer in den 1970er Jahren in die tiefgreifende Vision einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO), die gleichwohl niemals vollends verwirklicht werden sollte. Auch das China der Reformperiode, das sich unter Deng Xiaoping in großen Schritten vom maoistischen Paradigma der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Subsistenz³⁵²

verabschiedete, nahm fortan an diesen Debatten teil,³⁵³ die auch die chinesische Völkerrechtslehre jener Jahre entscheidend prägten.

Der Nexus zwischen wirtschaftlicher und politischer Souveränität, der schon von den Bandung-Staaten betont wurde³⁵⁴ und letztlich zu einer Anreicherung des Souveränitätsbegriffs der postkolonialen Völkerrechtslehre führte,³⁵⁵ lässt sich eindrücklich an einer Reihe von Beispielen illustrieren, welche die aus heutiger Sicht heftigen Forderungen der Dritten Welt nach wirtschaftlicher Souveränität zu rationalisieren helfen. Ein fortdauernder wirtschaftlich motivierter Imperialismus zeigte sich etwa im Bereich des Erdöls. Schon 1949 unterstützte der amerikanische Auslandsnachrichtendienst CIA einen Militärputsch gegen den syrischen Nationalisten al-Quwatli, der den Bau einer Ölpipeline durch sein Land verweigerte. Vier Jahre später wurde ein weiterer Staatsstreich gegen den iranischen Premierminister Mossadegh zur Wiedereinsetzung der Herrschaft des Schahs eingefädelt, da Mossadegh die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie vorangetrieben hatte.³⁵⁶ Ähnlich lagen die Dinge im Chile Salvador Allendes, der 1971 die zum Großteil in amerikanischem Eigentum stehende Kupferindustrie verstaatlichte.³⁵⁷ Der Fall Algeriens wiederum zeigte, dass, selbst wenn die neuen Staaten schlussendlich ihre politische Unabhängigkeit errungen hatten, diese häufig mit wirtschaftlichen Konzessionen – in diesem Fall für die französische Erdölindustrie – erkaufte wurde.³⁵⁸ Auch offenbarte der Fluss internationaler Investitionsströme das Fortwirken kolonialer Beziehungen.³⁵⁹ Die Verquickung von großen, multinationalen Konzernen mit staatsgetriebener militärischer Interventionspolitik zeigte sich noch offensichtlicher in Mittelamerika, wo die großen amerikanischen Obstkonzerne wie die United Fruit Company mit Hilfe der CIA und einheimischer konservativer Kräfte einen Militärputsch in Guatemala initiierten, um eine Landreform zu verhindern.³⁶⁰ Neben diesen verdeckten Operationen war es aber vor allem die Suezkrise des Jahres 1956, welche die unheilige Verquickung von wirtschaftlichen

stellt, dass dagegen das Entwicklungsmodell der Bandung-Staaten nicht auf Subsistenz zielte, sondern auf internationale Kooperation.

³⁵³ Deng stellte sich, entgegen der späteren wirtschaftsliberalen Entwicklungen innerhalb Chinas, schon 1974 in der UN-Generalversammlung ausdrücklich hinter die Idee einer NIEO. Vgl. Paul Yuan (Fn. 108), S. 30.

³⁵⁴ Vgl. das Zitat Zhou Enlais (zitiert nach CHEN Yifeng (Fn. 77), S. 185): „[...] the trade relations and economic cooperation between us should have for its purpose the promotion of the independent economic development in each country, and not to convert any country into a sole producer of raw materials or a market for consumer goods.“

³⁵⁵ Vgl. ZHAO Lihai (Fn. 141), S. 29; WANG Tiewa (Fn. 131), S. 31; WANG Xuan, The Permanent Sovereignty of States over their Natural Resources (国家对自然资源的永久主权) in: Chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (中国国际法年刊) (Hrsg.), Selected Articles from Chinese Yearbook of International Law, Beijing 1983, S. 99–114, 125. Siehe auch Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 152.

³⁵⁶ Vgl. die Darstellung bei Thomas Zeiler (Fn. 35), S. 226 f.

³⁵⁷ WANG Xuan (Fn. 355), S. 136.

³⁵⁸ Ibid., S. 127.

³⁵⁹ Ibid., S. 135.

³⁶⁰ Thomas Zeiler (Fn. 35), S. 232.

³⁴⁶ Vgl. Thomas Zeiler, Offene Türen in der Weltwirtschaft, in: Akira Iriye (Hrsg.), Geschichte der Welt. 1945 bis heute – Die globalisierte Welt, Bonn 2014 (erste Auflage München 2013), S. 183–356, 199.

³⁴⁷ Ibid., S. 209.

³⁴⁸ Vgl. ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 71 f.

³⁴⁹ Julio Faundez (Fn. 15), S. 499.

³⁵⁰ Thomas Zeiler (Fn. 346), S. 230.

³⁵¹ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 74.

³⁵² Gerd Kaminski (Fn. 96), S. 70, 114, 215; Jerome Cohen/Hungdah Chiu (Fn. 35), S. 116. Vgl. auch Antony Anghie (Fn. 78), S. 548, der dar-

Interessen der alten Kolonialmächte und deren militärischer Einmischung offenbarte: Nachdem es im Zuge des durch die Weltbank mitfinanzierten Baus des ägyptischen Assuan-Staudamms zu politischen Verstimmungen zwischen der Nasser-Regierung und den Westmächten kam, ließ Nasser den strategisch wichtigen Suezkanal verstaatlichen – genug für Großbritannien, Frankreich und Israel, militärisch in Ägypten zu intervenieren. Auch wenn sich die Interventionsmächte auf Druck der USA und der weltweiten Empörung über die Aktion schnell wieder zurückzogen und Nasser als Sieger hervorging, offenbarte die Krise doch für die gerade erst in die Unabhängigkeit entlassenen jungen Staaten den bedrohlichen Nexus aus wirtschaftlichen Interessen, finanziellem Druck und militärischer Intervention.³⁶¹ Ein chinesischer Autor sah dabei die wirtschaftliche Unterentwicklung explizit als Nährboden für die anhaltende Interventionspolitik der ersten Welt in der Dritten.³⁶² Entsprechend wurde konstatiert:

„There will be no economic independence without political independence, and political independence will be an empty phrase without economic independence.“³⁶³

Die strenge Kreditvergabe der durch die westlichen Staaten dominierten Bretton-Woods-Institutionen,³⁶⁴ die nur unter Auflage liberalisierender Strukturreformen Darlehen an Entwicklungsländer vergaben, welche dennoch (oder gerade deswegen) häufig in die Überschuldung getrieben wurden,³⁶⁵ und die protektionistische Abschottung der Industriestaaten gegenüber den Produkten der Dritten Welt,³⁶⁶ taten ihr Übriges, um zum Überdruß der Dritten Welt mit dem bestehenden Wirtschaftssystem beizutragen. Die globale Konjunkturkrise der frühen 1970er Jahre gab dann nur den letzten Anstoß zum Vorpreschen der Entwicklungsländer innerhalb der UN.³⁶⁷

In den frühen siebziger Jahren gipfelte dieser allgemeine Unmut mit der anhaltenden Unterentwicklung der Dritten Welt in die Annahme einer Reihe von Resolutionen der UN-Generalversammlung, unter denen die Resolution 3201 (S-VI) vom 1. Mai 1974 über die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Resolution 3281 (XXIX) vom 12. Dezember desselben Jahres – die so genannte Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten – die bedeutendsten sind.³⁶⁸ Welche Rolle die UN im Allgemeinen

und die Generalversammlung im Besonderen für die Vorstellungen internationaler Rechtssetzung der Entwicklungsländer in jenen Jahren spielte, wurde oben eingehend behandelt. Nirgendwo aber zeigte sich das Primat der UN derart stark wie hier. Die NIEO war neben dem konzeptionellen Erbe der Bandung-Konferenz vor allem institutionell mit der UN Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verknüpft, welche als Gegenpol zu den Bretton-Woods-Organisationen konzipiert war und ein ständiges Forum für die Belange der Länder der Dritten Welt bot.³⁶⁹ Damit war die NIEO ein genuines Produkt des Multilateralismus der neuen Staaten.³⁷⁰ Während einige Normen, wie die wirtschaftliche Selbstbestimmung, schon naszierend im Abschlussdokument von Bandung enthalten waren – oder in einer Reihe von Resolutionen der fünfziger und sechziger Jahre, wie die Idee der permanenten Souveränität über natürliche Ressourcen – stellten die zwei oben genannten Resolutionen des Jahres 1974 doch einen Auf- und Umbruch dar. Insbesondere die Annahme der kontroversen Charta-Resolution vom Dezember 1974 gelang nur gegen den Widerstand der westlichen Industriestaaten, denen die Normen zur Enteignung von ausländischen Investoren zu weit gingen.³⁷¹

i) Rechtsgrundlagen

Auch wenn die Rolle von Resolutionen der Generalversammlung für die NIEO offensichtlich war, wurde sie doch als logische Weiterentwicklung und Verwirklichung der Prinzipien der UN-Charta begriffen.³⁷² Neben der Präambel normierte Artikel 55 Ziffer a) und c) der Charta als operative Bestimmung, dass die UN sich auch Fragen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit widmen solle. Die darauf aufbauenden Resolutionen der Generalversammlung wurden konsequenterweise häufig als autoritative Auslegung und konzeptionelle Konkretisierung der (juristisch dünnen) Chartagrundlage gesehen.³⁷³ Diese wiederum wurde schließlich von manchen in den Rang eines völkerrechtlichen Prinzips erhoben. Zhou Xiaolin ging so weit, die weltweite Ausbreitung der (nationalen) Wohlfahrtsstaaten als Bescheinigung für die Erstarkung der Sozialstaatlichkeit zu einem völkerrechtlichen allgemeinen Rechtsgrundsatz heranzuziehen, womit er nicht alleine war.³⁷⁴ Auch die Kompensationspflicht der alten Kolonialstaaten für die (laut Dependenztheoretikern) von diesen verursachte Unterentwicklung der Dritten Welt wurde aus allgemeinen Rechtsprinzipien hergeleitet, wenn auch die Schaffung einer NIEO insgesamt

³⁶¹ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 151.

³⁶² ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 78.

³⁶³ WANG Xuan (Fn. 355), S. 125.

³⁶⁴ Die Stimmrechte im wichtigsten Organ des IWF, dem Gouverneursrat, werden anhand der finanziellen Beiträge der Mitgliedsstaaten gewichtet, wodurch den Vereinigten Staaten eine Sperrminorität zukommt. Für die aktuellen Quoten siehe: <www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>. Vgl. auch ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 74.

³⁶⁵ Thomas Zeiler (Fn. 35), S. 252, 282.

³⁶⁶ R. P. Anand (Fn. 148), S. 92.

³⁶⁷ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 70.

³⁶⁸ <www.un-documents.net/s6r3201.htm>; <www.un-documents.net/a29r3281.htm>, beide eingesehen am 02.07.2018.

³⁶⁹ Siehe Giorgio Sacerdoti, New International Economic Order, in: Max Planck Encyclopedia of International Law, 2015, <opil.ouplaw.com/view/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e1542?prd=EPIL>, eingesehen am 03.07.2018, Rn. 8.

³⁷⁰ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 89.

³⁷¹ Giorgio Sacerdoti (Fn. 369), Rn. 17.

³⁷² ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 79.

³⁷³ R. P. Anand (Fn. 148), S. 98; Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 180–181; ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 82.

³⁷⁴ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 79; R. P. Anand (Fn. 148), S. 101.

als Pflicht der gesamten Staatengemeinschaft begriffen wurde.³⁷⁵

ii) Geist der Bewegung

Der Geist der beiden Deklarationen von 1974 ist der *Dekolonisation*, der *Interdependenz* und dem entwicklungsstaatlichen *Etatismus* verschrieben. Sie waren gleichzeitig *strukturalistisch* in ihrer Analyse und *utopistisch* in ihrer Forderung. Das Kernargument der Verfechter der NIEO war es, dass die politische Dekolonisation nur unvollständig erfolgt sei. Wie Anghie darstellt:

„[...] even as the United Nations was promoting the cause of decolonization, real power was shifting to the Security Council – and, more broadly, in the sphere of economic relations that were so crucial to the Third World – to the World Bank and the International Monetary Fund. The newly independent states were hardly represented in these organizations. The United Nations preserved and created its own inequalities.“³⁷⁶

Wie Punkt 1 der Deklaration über die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und die Schriften der postkolonialen Völkerrechtler³⁷⁷ klarmachten, wurde die NIEO als notwendiges *Zu-Ende-Führen* der politischen Dekolonisation der fünfziger und sechziger Jahre begriffen:

„[...] the remaining vestiges of alien and colonial domination, foreign occupation, racial discrimination, apartheid and neo-colonialism in all its forms continue to be among the greatest obstacles to the full emancipation and progress of the developing countries and all the peoples involved.“³⁷⁸

Für Mohammed Bedjaoui ist die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten daher in ihrer Bedeutung für die *ökonomische* Dekolonisation nur mit der Resolution 1514 (XV) von 1960 vergleichbar, welche erstmals die bedingungslose *politische* Dekolonisation einforderte.³⁷⁹ Während also die Tilgung kolonialer Schuld im Sinne einer „kompensatorischen Ungleichheit“ ein wesentliches Moment der Bewegung war,³⁸⁰ gab sie sich doch insgesamt interdependistisch und argumentierte, dass es letztlich im Interesse *aller* Staaten sei, die NIEO zu verwirklichen.³⁸¹

Man mag hierin einen Ausdruck des strukturalistischen Grundkonsens der postkolonialen Völkerrechtswissenschaft (bzw. der ersten Generation von TWAIL) sehen, welche das Recht im Sinne des Marxismus als untrennbar von der zugrundeliegenden Wirtschaftsordnung beschrieb.³⁸² Der „Positivismus“ (verstanden im Sinne eines Formalismus) galt als Methodik der *Status-quo*-Mächte: als steril und lebensfremd.³⁸³ Dem Vorwurf der Politisierung des Rechts begegneten die postkolonialen Völkerrechtler mit der dialektischen Wendung, dass der *Status quo* selbst politisch sei. Gleichzeitig war die Vision der NIEO in hohem Maße idealistisch, rückblickend womöglich gar naiv utopistisch.³⁸⁴ Dieser Eklektizismus war charakteristisch für die postkoloniale Völkerrechtswissenschaft. Wie Krueger darstellt, war es gerade die

„[...] Verknüpfung einer apologetischen Position in Bezug auf die Einzelinteressen der souveränen Staaten mit einer utopischen Position in Bezug auf die Interessen der Weltgemeinschaft [...], welche für die – sich als Kompromiss zwischen voluntaristischen und naturalistischen Ansätzen verstehende – ‚soziologische Jurisprudenz‘ typisch ist.“³⁸⁵

Jedenfalls erweist sich die argumentative Aneignung der NIEO durch die chinesische Völkerrechtswissenschaft als weiterer Beleg für die Unbegründetheit des Vorwurfs eines „chinesischen Formalismus“ – die Forderung nach einer NIEO wurde von chinesischen Autoren nicht zuletzt als Wende zur einer Form *materieller* Gerechtigkeit im Völkerrecht gefeiert.³⁸⁶ Neben dieser Einbindung der NIEO in die Debatten zur Dekolonisation und ihrer Überformung im strukturalistischen Methodenkonsens war es aber vor allem die Vorstellung des Rechts als Planinstrument (im Gegensatz zur Marktallokation), welche für die Bewegung charakteristisch war.³⁸⁷ Mit der NIEO wurde konzeptionell nichts weniger als eine Wende zu einem internationalen Wohlfahrtsrecht eingeleitet, dass die juristische Überformung einer „globalen Solidargemeinschaft“³⁸⁸ darstellen sollte. Man kann hierin durchaus eine Form der Konstitutionalisierung des Völkerrechts sehen, auch wenn mit dem Begriff seinerzeit sicher andere Dinge verbunden wurden, als in der heutigen deutschsprachigen Debatte.

³⁷⁵ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 80.

³⁷⁶ Antony Anghie (Fn. 78), S. 540–541.

³⁷⁷ Vgl. ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 89; WANG Xuan (Fn. 355), S. 127; R. P. Anand (Fn. 148), S. 93.

³⁷⁸ Punkt 1 der Resolution 3201 (XV) der UN Generalversammlung vom 1. Mai 1974, <www.un-documents.net/s6r3201.htm>, eingesehen am 02.07.2018.

³⁷⁹ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 185.

³⁸⁰ Giorgio Sacerdoti (Fn. 369), Rn. 14.

³⁸¹ Vgl. Artikel 31 der Charta und Punkt 3 der Deklaration zur Schaffung einer NIEO. Siehe auch ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 76; R. P. Anand (Fn. 148), S. 107.

³⁸² Vgl. Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 192; WANG Tieya (Fn. 54), S. 45.

³⁸³ R. P. Anand (Fn. 130), S. 386; Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 100.

³⁸⁴ Vgl. HUAN Xiang (Fn. 69), S. 330.

³⁸⁵ Anna Krueger, Die Bindung der Dritten Welt an das Völkerrecht, Berlin 2017, S. 89.

³⁸⁶ WANG Tieya (Fn. 54), S. 47; CHEN Tiqiang (Fn. 20), S. 25.

³⁸⁷ Giorgio Sacerdoti (Fn. 369), Rn. 13; R. P. Anand (Fn. 148), S. 101.

³⁸⁸ Christian Tomuschat, Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten. Zur Gestaltungskraft von Deklarationen der UN Generalversammlung, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 36, 1976, S. 444–491, S. 460.

iii) Konkreter Normgehalt

Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten als die konkreteste Ausgestaltung der NIEO enthielt einerseits defensive Aspekte, die sich konzeptionell auf frühere Dokumente zurückführen ließen; andererseits aber auch offensive Elemente, die der positiven Schaffung einer Solidargemeinschaft dienen sollten. Defensive Aspekte waren u. a.:

- i) die Selbstbestimmung und Nichteinmischung als Grundkonstanten und Axiome jeder wirtschaftlichen Kooperation (Artikel 1);³⁸⁹
- ii) die Freiheit, das jeweilige wirtschaftliche System selbst zu wählen; sowie das Verbot jedweder Handelsdiskriminierung nur aufgrund solcher Systemunterschiede (Artikel 4);
- iii) die permanente Souveränität über natürliche Ressourcen („including the right to nationalization or transfer of ownership to its nationals, this right being an expression of the full permanent sovereignty of the State“ – Artikel 2 Abs. 1); dies schloss neben der Hoheitsgewalt über Naturressourcen auch die Regulierung multinationaler Konzerne (Abs. 2) sowie Recht zur Enteignung gemäß innerstaatlicher Gesetze gegen „angemessene Entschädigung“ ein (Abs. 3).

Offensive – weil über die reine Abwehr „imperialistischer“ Einmischung hinausgehende und neue Rechtspflichten begründende – Aspekte waren dagegen die folgenden:

- i) die Partizipation der Entwicklungsländer an der politischen Entscheidungsfindung in der Weltwirtschaft (Artikel 10); dies war selbstredend als Gegenkonzept zu den Abstimmungsverfahren nach Finanzleistung innerhalb der Bretton-Woods-Organisationen vorgesehen;
- ii) die Kompensationspflicht der ehemaligen Kolonialmächte für Schäden an den Ressourcen der Entwicklungsländer durch deren vergangene Ausbeutung;
- iii) die stärkere Gewinnbeteiligung der Rohmaterialien exportierenden Entwicklungsländer an den globalen Produktionsketten (Artikel 28);
- iv) eine konditionslose Entwicklungshilfe als Rechtspflicht, nicht als Courtoisie;³⁹⁰
- v) ein präferentielles und non-reziprokes Handelsregime für die Entwicklungsländer, um deren Marktzugang zu den Industriestaaten zu gewährleisten (Artikel 18);

- vi) obligatorischer Technologietransfer zugunsten der Entwicklungsländer (Artikel 13).

Dieser Beitrag ist selbstredend nicht der geeignete Rahmen, um alle diese Aspekte detailliert zu behandeln. Neben den in der Charta niedergelegten Elementen ließen sich außerdem die Neuerungen des Seerechts der achtziger Jahre ergänzen, womit sich im Wesentlichen drei Aspekte herauskristalisieren, die hier kurz zu diskutieren sind: die Bereiche des Handelsregimes (a), des Investitionsschutzes (b) und des Seerechts (c).

a) Handelsregime und präferentielle Behandlung der Entwicklungsländer

Der mangelnde Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industriestaaten war ein Hauptgrund für die Sorgen der Dritten Welt. Wie Zhou Xiaolin darstellte:

„[...] es sind gerade die ungerechtfertigte internationale Arbeitsteilung und die ausbeuterischen (剥削性) ungleichen Wertaustauschbeziehungen im internationalen Handel, welche die armen Länder immer ärmer, und die reichen Länder immer reicher werden lassen.“³⁹¹

Wichtig ist hierbei, dass dabei von den Entwicklungsländern gerade keine nationale Subsistenzwirtschaft gewünscht wurde, sondern ein freier Handel mit den Industriestaaten (Artikel 14 sah etwa eine Pflicht zur Liberalisierung vor, bei besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer). Diese Liberalisierung sollte aber unter dem Vorbehalt der non-reziproken, präferentiellen Behandlung der Entwicklungsländer erfolgen, die sonst keine Möglichkeit sahen, mit dem Wettbewerbsdruck globaler Gütermärkte Schritt zu halten. Wang Tieya machte insoweit etwa geltend, dass die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel (Art. 1 des GATT) aus formalistischer Sicht nur zu weiterer Ungleichheit führe, und deshalb dem Ziel der Norm, Gleichheit herzustellen, besser mit einer substantiellen Auslegung (etwa des „like product“-Begriffs) gedient sei.³⁹² Zwar wurden von chinesischen Autoren erste Erfolge hin zu einer präferentiellen Behandlung der Entwicklungsländer in der Tokio-Runde des GATT gewürdigt,³⁹³ diese Erfolge sollten aber durch die Unterwanderung des WTO-Systems im Wege bilateraler Handelsabkommen (deren Konformität mit Artikel XXIV Abs. 4 des GATT bisweilen angezweifelt werden darf) nur bedingt von Dauer sein. Wichtiger für die vorliegende Darstellung ist dagegen die latente Spannung zwischen Reziprozität und Non-Reziprozität, zwischen formalistischer Nichteinmischungs-Konzeption

³⁸⁹ An dieser Stelle sei nochmals auf die fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz verwiesen.

³⁹⁰ Vgl. dazu auch WANG Tieya (Fn. 131), S. 34.

³⁹¹ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 84.

³⁹² WANG Tieya (Fn. 131), S. 34.

³⁹³ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 85.

und anti-formalistischer Rechtspflicht zur präferentiellen Behandlung.

b) Investitionsschutz und Entschädigungspflicht bei Enteignungen

Für Zhou waren die überkommenen gewohnheitsrechtlichen Prinzipien des Investitionsschutzes – wie das Erfordernis einer „prompten, umfassenden und effektiven Entschädigung“ (Hull-Doktrin), die Doktrin der „erworbenen Rechte“ (acquired rights), eines internationalen Mindeststandards der Behandlung ausländischer Investoren und des diplomatischen Schutzes durch den Heimatstaat – „vom Kolonialismus und Imperialismus durchtränkt“.³⁹⁴ Überhaupt dienten „internationale“ Standards, so Yao Meizhen, nur dem Aufkrotzen westlicher Wirtschafts- und Rechtsstandards auf die Entwicklungsländer und seien daher eher partikuläre nationale Standards, die ein internationalistisches Gewand angelegt hätten.³⁹⁵ Die Entwicklungslinie des Widerstandes gegen diese Standards sei eine lange: von der lateinamerikanischen Calvo-Doktrin, über verschiedene UN-Resolutionen, die das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht der Staaten proklamierten, bis hin zur Charta des Jahres 1974, welche die Enteignungsrechte des Gaststaates weit fasst und jedwede Einmischung durch Investoren in die Politik des Gaststaates verbietet, was offensichtlich gegen die westlichen multinationalen Unternehmen gerichtet war.³⁹⁶ Die spezifische Norm der „permanenten Souveränität über natürliche Ressourcen“, die weit ausgelegt wurde und auch die allgemeine „Regulierung von Investitionen und ausländischen Unternehmen“ miteinschloss,³⁹⁷ lässt sich in ihrer frühesten Form als ein Aspekt des Selbstbestimmungsrechts auffassen.³⁹⁸ Es war damit auch das früheste Element der NIEO und galt als deren „Fundament“ und „Vorbedingung“.³⁹⁹ In Artikel 2 Abs. 1 der Charta wird zudem das Recht des Gaststaates zur Enteignung als Ausdruck der vollen Souveränität bezeichnet und explizit garantiert. Die eigentliche Kontroverse entfaltete sich dagegen in der Frage der Entschädigung. Während frühere Resolutionen noch Formelkompromisse enthielten,⁴⁰⁰ lehnten sie dennoch bereits die US-amerikanische Hull-Doktrin ab. Am weitesten ging dann die Resolution 3173 des Jahres 1973, welche bestimmte, dass:

„[...] each State is entitled to determine the amount of possible compensation and the mode of payment [...].“⁴⁰¹

³⁹⁴ Ibid., S. 86. Im Original: „[...] 带着浓厚的殖民主义和帝国主义色彩.“

³⁹⁵ YAO Meizhen, Legal Protection of International Investment, in: Chinesische Gesellschaft für Völkerrecht (Hrsg.), Selected Articles from the Chinese Yearbook of International Law, Beijing 1983, S. 147–188, 174–175.

³⁹⁶ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 86.

³⁹⁷ WANG Xuan (Fn. 355), S. 133.

³⁹⁸ Ibid., S. 128.

³⁹⁹ Ibid., S. 130.

⁴⁰⁰ Vgl. Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 173.

⁴⁰¹ WANG Xuan (Fn. 355), S. 145.

Während hier der Standard völlig den jeweils enteignenden Staaten überlassen bleibt, bestimmte die Charta des Jahres 1974, dass:

„[...] appropriate compensation should be paid by the State adopting such measures, taking into account its relevant laws and regulations and all circumstances that the State considers pertinent.“

Auch diese Bestimmung unterschied sich von der Hull-Doktrin, insoweit als die Entschädigung nicht mehr „prompt, umfassend und effektiv“ sein musste, sondern den auslegungsbedürftigen Begriff der „angemessenen Entschädigung“ verwendete. Für Yao Meizhen implizierte die Norm darüber hinaus nicht nur eine Beschränkung der Entschädigungspflicht, sondern auch des Rechts des Heimatstaates auf diplomatischen Schutz für den Investor.⁴⁰² Konsequenterweise argumentierte er auch, dass Investor-Staatsverträge, die in den Folgejahren ihren weltweiten Siegeszug antreten sollten, als rein innerstaatliche Privatverträge zu behandeln seien und keinerlei Verbindung zum Völkerrecht bestünde⁴⁰³ – eine Ansicht, die von der westlichen Völkerrechtslehre vehement bestritten wurde, die in diesen Verträgen häufig eine Anerkennung des Investors als beschränktes Völkerrechtssubjekt erkennen wollte. Dies kann dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass man sich wiederum nur auf einen dilatorischen Formelkompromiss geeinigt hatte. Der für das Anziehen von ausländischen Investitionen so wichtigen Rechtssicherheit wurde damit nur bedingt gedient, und es kam auch in der Folgezeit nicht mehr zu einem hinreichenden Konsens der Staatengemeinschaft.

Es zeigte sich hier also, wie auch sonst, ein genuiner Interessenkonflikt, der nur durch die jeweiligen wirtschaftlichen Grundpositionen zu erklären ist. Es ist dabei schwer zu sagen, wie sich diese Vorstellungen der chinesischen Völkerrechtslehre zur Öffnungspolitik Dengs verhielten, die ja grundlegend die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen betraf. Es erscheint nicht gänzlich unverständlich, warum sich die chinesische Lehre just in dem Zeitpunkt, als die Frage der Behandlung ausländischer Investoren auch in China eine große politische Bedeutung zu erlangen begann, hinter die Position der Dritten Welt stellte. Das chinesische Joint-Venture-Gesetz von 1979 bezog sich in seinem Normgehalt etwa auch auf die Calvo-Doktrin und den Primat nationalen Rechts.⁴⁰⁴ Die Steuerung ausländischer Investitionen in staatlich definierte Kernindustrien ist dabei (aus chinesischer Sicht) langfristig erfolgreich gewesen und ein bis heute anhaltender Streitpunkt zwischen China und den westlichen Industriestaaten.⁴⁰⁵ Hierin mag man auch ein Erbe dieser postkolonialen Konzeption der Steuerung und Hoheit über ausländische Wirtschaftstätigkeiten erblicken.

⁴⁰² YAO Meizhen (Fn. 395), S. 175.

⁴⁰³ Ibid., S. 178.

⁴⁰⁴ Ibid., S. 173.

⁴⁰⁵ WANG Xuan (Fn. 355), S. 139.

c) Seerecht

Die Novellierung des Seerechts im Rahmen der dritten UN-Seerechtskonferenz, die schließlich im Jahr 1982 in das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) mündete, ist eine weit zu komplexe Rechtsmaterie, als dass diese hier befriedigend behandelt werden könnte. Dennoch müssen einige Aspekte dieses Prozesses kurz angerissen werden, da sie sich in den Nexus der NIEO einfügen. Das alte, durch das Prinzip des *Mare Liberum* geprägte, Seerecht galt den chinesischen Völkerrechtlern als „Werkzeug der maritimen Großmächte“, die allein von der Freiheit der Meere profitiert hätten. UNCLOS sei dagegen demokratischer und progressiver, es nutze der ganzen Menschheit.⁴⁰⁶ Insbesondere die Einführung des Konzepts des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“, welches den Tiefseeboden vor der Ausbeutung einzelner Staaten schützen soll, die dazu allein die technischen Möglichkeiten haben, wurde als Demokratisierung des Seerechts gewürdigt.⁴⁰⁷ Die Konzepte der Exklusiven Wirtschaftszone von 200 Seemeilen⁴⁰⁸ und des Festlandsockels,⁴⁰⁹ welche ausschließliche Ausbeutungs- und Erkundungsrechte für die Küstenstaaten gewähren; aber auch die Wahrung der Interessen von Staaten ohne Meereszugang („landlocked States“),⁴¹⁰ wurden dabei als Egalisierung des Seerechts wahrgenommen.⁴¹¹ Dies kann ohne Weiteres als geografische Expansion des Konzepts der „permanenten Souveränität über natürliche Ressourcen“ verstanden werden, die sich eben auch auf das umliegende Meer erstrecken sollte. Von verschiedenen Seiten wurde zwar der positive chinesische Einfluss auf die Verhandlungen geltend gemacht,⁴¹² letztlich ist die chinesische Affirmation von UNCLOS aber vor allem vor dem Hintergrund der heutigen Dispute im Süd- und Ostchinesischen Meer interessant, da diese auf die allgemeinen Probleme und Spannungen des postkolonialen Erbes der chinesischen Lehre (und der postkolonialen Völkerrechtler insgesamt) verweisen. Letztlich erstreckte sich die Solidarität der Länder der Dritten Welt häufig nur auf abstrakt-definierte Zielvorstellungen – in dem Maße, als es zu tatsächlichen Disputen (etwa um die Hoheit über Inselgruppen im Südchinesischen Meer) kam, wich die postkoloniale Solidarität einem eher kruden Nationalismus, der heute die Stabilität in der ostasiatischen Region zu untergraben droht. Dennoch war das Seerecht einer der wenigen Berei-

che, in denen die Vorstellungen von einer NIEO in verbindliche und nahezu universell akzeptierte Vertragsinstrumente transformiert werden konnte.⁴¹³

Die NIEO litt mithin insgesamt an der Ambiguität verschiedener Internationalisierungsstufen: Bestimmte Bereiche (wie die Regulierung multinationaler Unternehmen und ausländischer Investitionen) sollten rein innerstaatliche Domäne und damit dem Primat der Staatensouveränität unterstellt bleiben. Andere (Entwicklungshilfe, präferentielle Handelsvorteile) sollten dagegen internationalrechtliche Pflichten für die Industriestaaten begründen. Die Gründe für das letztendliche Scheitern der Wende vom „Koexistenzrecht“ zum „Kooperationsrecht“⁴¹⁴ sind über die andauernde Opposition der Industriestaaten unter Führung der USA⁴¹⁵ hinaus aber auch in der internen Diversifizierung und Uneinigkeit der Entwicklungsländer zu sehen. Arme Länder hatten nur wenige sich überschneidende Interessen mit den OPEC-Staaten, den aufsteigenden vier Tigerstaaten oder den großen Schwellenländern Südamerikas.⁴¹⁶ Nach dem Ende des bloß *ex negativo* festgelegten Feindes – dem offen militärisch agierenden Imperialismus – war es ungleich schwerer, einen positiv umschriebenen Konsens in Handels- und Finanzfragen zu finden.⁴¹⁷ In anderen Worten: Das Formulieren der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz war den Ländern des Südens ein Leichtes; ein umsetzbares Programm zur Reform der Weltwirtschaft zu finden war dagegen eine Mammutaufgabe, an der die diversifizierte Gruppe der Entwicklungsländer letztlich auch aus eigener Uneinigkeit heraus scheiterte. Die Pariser Nord-Süd-Konferenz des Jahres 1975 endete schließlich ohne Einigung. So hatte sich die Vision einer NIEO schon weitgehend überlebt, als die chinesische Völkerrechtslehre sie zu propagieren begann, auch wenn die Erwartungen chinesischer Völkerrechtler in den achtziger Jahren noch zuversichtlich schienen.⁴¹⁸ Diese Zuversicht erwies sich letztlich als Chimäre. Ohnehin war wohl Chinas Rolle in der NIEO eher passiv-affirmativ denn aktiv-gestalterisch.⁴¹⁹

Der relativen Simplizität der behandelten Fragen und der scheinbaren Einheit der Dritten Welt stehen heute die Komplexität der Rechtsmaterien und die Fragmentierung des Globalen Südens gegenüber.⁴²⁰ Dennoch ist vom Scheitern der institutionellen Umsetzung des Gesamtkonzeptes nicht auf ein Scheitern aller einzelnen Reformvorschläge zu schließen. So zeugt das Allgemeine Präferenzsystem, das im Rahmen der Tokio-Runde des GATT im Jahr 1979 permanent in dieses inkorporiert wurde, von einem Teilerfolg der

⁴⁰⁶ Vgl. ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 31; ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 87. WANG Tiewa (王铁崖), Das neue Seerechtsabkommen und die Entwicklung des Seerechts (新海洋法公约与海洋法的发展) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1987), S. 86–92; Wang Tiewa (王铁崖), China und das Seerecht (中国与海洋法) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1982), S. 308–314.

⁴⁰⁷ Vgl. Wang Tiewa (王铁崖), Über das Konzept eines gemeinsamen Erbes der Menschheit (论人类的共同继承财产的概念) in: Deng Zhenglai (Hrsg.), Ausgewählte Schriften Wang Tiewas (王铁崖文选), Beijing 2013 (1983), S. 61–85. Artikel 136 UNCLOS.

⁴⁰⁸ Artikel 55 f. UNCLOS.

⁴⁰⁹ Artikel 76 f. UNCLOS.

⁴¹⁰ Artikel 124 f. UNCLOS.

⁴¹¹ ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 88.

⁴¹² ZHAO Lihai (Fn. 141), S. 28; LI Jinrong (Fn. 144), S. 50.

⁴¹³ Giorgio Sacerdoti (Fn. 369), Rn. 34.

⁴¹⁴ R. P. Anand (Fn. 148), S. 102.

⁴¹⁵ ZHOU Xiaolin (Fn. 271), S. 32; ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 90.

⁴¹⁶ Thomas Zeiler (Fn. 346), S. 285.

⁴¹⁷ Julio Faundez (Fn. 15), S. 502.

⁴¹⁸ Vgl. ZHOU Xiaolin (Fn. 148), S. 84, der zwar konstatiert, dass die NIEO noch im Werden begriffen sei, aber dennoch die unumgängliche Entwicklungstendenz des Völkerrechts darstelle.

⁴¹⁹ Wim Muller (Fn. 125), S. 67.

⁴²⁰ Julio Faundez (Fn. 15), S. 508.

Entwicklungsländer.⁴²¹ Auch der Abschluss des Lomé-Abkommens von 1975 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 77 Staaten Afrikas, der Karibik- und Pazifikregion, welches einseitige Handelserleichterungen und besonderen Zugang zum europäischen Binnenmarkt gewährte, war ein Teilerfolg der Entwicklungsländer.⁴²² Gleichwohl sind diese Landgewinne, die von der NIEO in die WTO hinübergerettet werden konnten, seither durch ein dichter werdendes Netz bilateraler präferentieller Handelsabkommen (PTA) unterminiert worden, die über die Mindestbestimmungen der WTO-Abkommen weit hinaus gehen und zu einer Bilateralisierung des Welthandelsregimes beigetragen haben, die nur zuungunsten des Südens verlaufen kann.⁴²³ Andere Bereiche, wie die Regulierung multinationalen Unternehmen, sind nie in rechtswirksamer Weise verwirklicht worden.⁴²⁴ Chinesische Staatsunternehmen standen seit den 2000er Jahren zudem selbst in der Kritik, neo-koloniale Wirtschaftsbeziehungen in afrikanischen Länder zu etablieren.⁴²⁵ Im Bereich des Investitionsrechts hatten die weitreichenden Rechte, welche die Entwicklungsländer für sich proklamierten, zudem nicht den gewünschten Effekt, da sie Investoren mangels Rechtssicherheit abschreckten. Die achtziger Jahre bezeugten dann den Aufstieg bilateraler Investitionsabkommen, in denen Unternehmen und Konzerne nicht nur nicht stärker reguliert wurden, sondern im Gegenteil unmittelbare Beschwerdebefugnisse und Parteifähigkeit in Schiedsverfahren gegen den Gaststaat erhielten.⁴²⁶ Noch entscheidender aber ist: Die alte, etatistische Vision der NIEO hatte mit dem Aufstieg einer neuen Riege wirtschaftspolitischer Doktrinen, die unter dem Begriff Neoliberalismus bekannt wurden, ausgedient. Dies führte nicht zuletzt zu einer Dualität von internationalem Wirtschaftsrecht einerseits, und Entwicklungsrecht andererseits – die uniforme Vision der NIEO wurde damit durch eine Reihe rechtlich relativ unabhängiger Regime ersetzt.⁴²⁷ Umgekehrt wurden erstmals Fragen des Umweltschutzes, der Menschenrechte und des „good governance“ in das Entwicklungsrecht integriert.

Kaum jemand erwägt es heute noch, ernsthaft über eine multilaterale Alternative zum liberalen WTO-System nachzudenken, am wenigsten China selbst. Am 7. Dezember 1995 stellte die Volksrepublik schließlich den Antrag auf Beitritt zur WTO – ein Prozess, der am 11. Dezember 2001 abgeschlossen wurde. Kaum ein Ereignis hatte eine größere Symbolwirkung für die Wende Chinas vom ehemals maoistischen Isolationskurs hin zur Integration in die liberale Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit. Das Intermezzo der weitgehenden Aneignung der Vision einer NIEO durch die chinesische Völkerrechtslehre in den 1980er Jahren

ist seither in Vergessenheit geraten. Dennoch ist das Erbe der NIEO in chinesischen Positionen zum Wirtschaftsrecht offenkundig – ob es um den etatistischen Einfluss des Staates auf die Außenwirtschaft geht, um die Steuerung ausländischer Investitionen, oder die konditionslose Kreditvergabe und Entwicklungshilfe („Beijing Consensus“), die explizit in Abgrenzung zur Kreditvergabe der Bretton-Woods-Organisationen („Washington Consensus“) formuliert wurde. Die Vision der neuen Seidenstraße unter der Ägide Xi Jinpings und die Schaffung einer asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank in Beijing im Jahr 2015 stehen ebenfalls in diesem Erbe, wenn auch noch nicht absehbar ist, ob sie sich eher aus machtpolitischen Kalkül, oder aus genuiner Sorge um die Entwicklung des Südens speisen. Die relative Aufgabe von Souveränität im Prozess des chinesischen Beitritts zur WTO, die auch einen weitgehenden Abschied von Konzeptionen der NIEO bedeutete, stand nichtsdestotrotz auch in einem anderen Erbe – namentlich dem des ostasiatischen Entwicklungsstaates, der einen starken Staat mit einer liberalisierten Marktwirtschaft vereint. Anders als die Konzeption der postkolonialen Völkerrechtler kam die chinesische Führung also mit dem Ende des kalten Krieges zu dem Schluss, dass eine weitgehende Trennung von politischer und wirtschaftlicher Souveränität in der Tat möglich und sogar erstrebenswert sei.⁴²⁸

3.5 Die achtziger Jahre als Ära der postkolonialen Aneignung des Völkerrechts in China: eine kritische Würdigung

Die achtziger Jahre, das ist die Kernthese dieses Beitrags, muss als konstitutive Phase der chinesischen Aneignung des Völkerrechts aus postkolonialer Perspektive neu entdeckt werden, will man die Kontroverse um Chinas Aufstieg im Völkerrecht in ihrer Genese nachvollziehen und die chinesische Position angemessen würdigen. Ausgehend von der obigen Diskussion einzelner Themenkomplexe soll nun nochmals die Frage nach der Begründetheit der Kritik an der chinesischen Grundposition aufgeworfen werden. Die wesentlichen Kritikpunkte sind sicherlich, dass die chinesische Lehre eine instrumentalistische, apologetische und formalistische Position zum Völkerrecht einnehme.

Man darf zunächst durchaus kritisch hinterfragen, inwiefern das erneute Interesse an völkerrechtlicher Forschung in den achtziger Jahren rein instrumentell begründet war. Die offizielle Geisteshaltung der Reformära war insgesamt szientistisch und naturwissenschaftlich-technokratisch geprägt und führte laut dem Shanghaier Historiker Xu Jinlin zu einem „säkularen Utilitarismus“ des intellektuellen Mainstreams.⁴²⁹ Schließlich wurde die akademische Neubegründung des Fachs Völkerrecht explizit mit Verweisen auf die Politik der „vier Modernisierungen“ gerechtfertigt, welche zu ihrer Umsetzung völk-

⁴²¹ *Giorgio Sacerdoti* (Fn. 369), Rn. 21.

⁴²² Vgl. dazu auch *ZHOU Xiaolin* (Fn. 148), S. 90.

⁴²³ *Julio Faundez* (Fn. 15), S. 511.

⁴²⁴ *Giorgio Sacerdoti* (Fn. 369), Rn. 22.

⁴²⁵ *Sylvia Wairimu Kang'ara* (Fn. 16).

⁴²⁶ *Giorgio Sacerdoti* (Fn. 369), Rn. 25.

⁴²⁷ *Ibid.*, Rn. 27.

⁴²⁸ *Antony Anghie* (Fn. 78), S. 549.

⁴²⁹ *XU Jinlin* (Fn. 119), S. 171.

kerrechtlicher Expertise bedurften.⁴³⁰ Gleichzeitig darf man das Gros der chinesischen Völkerrechtler jener Jahre zu den Intellektuellen des parteinahen und reformerischen Establishments rechnen – der radikale Ikonoklasmus der parteikritischen Intelligenz war ihnen sicherlich fremd.⁴³¹ Wie die Parteieliten teilten sie das Misstrauen gegen die Idee radikalen politischen Wandels der Kulturrevolutionsära und unterstützten einen evolutiven und moderaten Reformkurs. So stellte etwa Wei Min 1983 dar, dass man sich die internationale Wirtschaftsordnung und das Völkerrecht insgesamt für die innerstaatliche Reformpolitik nutzbar machen solle.⁴³² Die Reform der Staatswirtschaft brauche auch eine internationale Umwelt, in welcher diese Reformvorhaben auf einen fruchtbaren Boden stießen. Auch war die chinesische Völkerrechtswissenschaft weiterhin in maßgeblicher Weise politikberatend tätig⁴³³ – ein Umstand der bis heute zutrifft.⁴³⁴ In expliziter Abgrenzung zur „extrem linken“ Position wurden nun bewusst pragmatische Themen in den Vordergrund gestellt, wie Außenwirtschaft, territoriale Grenzen und Seerecht.⁴³⁵ Dies scheint zu indizieren, dass die Hoffnungen, die auf eine Neuetafelierung der chinesischen Völkerrechtswissenschaft gerichtet wurden, Teil eines rein funktionalistisch gedachten Modernisierungskurses waren, der durch wissenschaftliche und technische Professionalisierung erreicht werden sollte. Gleichzeitig verweist dies auf die allgemeine Kritik durch postkoloniale Völkerrechtler der zweiten Generation („TWAII II“) an der ersten Generation – dass diese einen vom Westen bestimmten, rein technisch-materiellen Entwicklungsbegriff unkritisch übernommen habe, ohne zu durchschauen, dass dieser mit der Unterscheidung von entwickelten und unterentwickelten Staaten nur die alte Dichotomie aus zivilisierten und unzivilisierten Staaten ersetzt habe.⁴³⁶

Es ist aber mitnichten so, dass der „ideologischen“ Phase des Maoismus eine „post-ideologische“ Phase unter Deng folgte. Ein Großteil der hier untersuchten Originalliteratur vertritt vielmehr ein explizit ideologisches Narrativ, welches häufig rituell und gebetsmühlenartig an den Beginn jedes Aufsatzes gestellt wird: China habe eine finstere Phase der imperialistischen und kolonialen Demütigung erleben müssen; mit der Begründung der Volksrepublik sei es jedoch endgültig aufgestanden und habe sich aus eigener Kraft von diesen Fesseln gelöst. Dies ist ein wohlbekanntes Narrativ. Was sich nach 1979 änderte, insbesondere im Vergleich zu Schriften der 1950er Jahre, ist dagegen die Rolle der Sowjetunion und die sich selbst zugeschriebene Position im Rahmen des kalten Kriegs. China erschien nun als Führungsnation im Kampf der Dritten Welt um die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, und

diese außenpolitische Weichenstellung wurde von den chinesischen Völkerrechtswissenschaftlern – ob stets bereitwillig oder nicht, sei hier nicht beurteilt – aufgenommen und adaptiert. In den 1980er Jahren war es damit zur Normalität chinesischer Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen geworden, sich auf die postkoloniale Fundierung und Positionierung der chinesischen Außenpolitik zu beziehen. Dabei wurde nun auch explizit die Bedeutung von Themen, die unter Mao zwar existent waren, aber immer in Spannung zu einer revolutionären Politik standen, nachträglich in den Fokus gerückt. So galten die fünf Prinzipien nach 1979 etwa als wichtigster Beitrag Chinas zur internationalen Politik und zum Völkerrecht.⁴³⁷

Entsprechend ist die Kennzeichnung der nachmaoistischen Völkerrechtslehre als „pragmatisch“⁴³⁸ nur bedingt zutreffend. Das zeigen schon die Aspirationen bezüglich einer neu zu formulierenden chinesischen Völkerrechtstheorie.⁴³⁹ In einigen bedeutenden Feldern vertraten chinesische Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen nunmehr vielmehr genuin idealistische Positionen. Dies betraf insbesondere die Ausrichtung an den diplomatischen Bemühungen der Dritten Welt und die Opposition gegenüber der „Großmächtepolitik“, sei es innerhalb oder außerhalb der UN. Wie Bedjaoui im Jahr 1979 schrieb, besitze die Dritte Welt keine ökonomische und politische, wohl aber die moralische Macht, um die Ideale der UN-Charta zu verwirklichen.⁴⁴⁰ Nun sind aber moralische Aspirationen bekanntermaßen keine Anleitung für pragmatische Politik. Der Völkerrechtsbegriff der ersten Generation von TWAII, und dies schließt die wichtigsten Namen der chinesischen Völkerrechtslehre der achtziger Jahre ein, ist ein kritischer, aber dennoch ein idealistischer. All das lässt die Charakterisierung der nachmaoistischen Völkerrechtslehre als rein pragmatisch oder gar instrumentalistisch fragwürdig erscheinen, auch wenn ihre innenpolitischen Entstehungsbedingungen zunächst dahingehend ausgerichtet waren.

Die Frage nach der Apologetik der chinesischen Lehre kann nicht getrennt von deren Souveränitätsverständnis diskutiert werden. Ein Souveränitätszentriertes Bild des postkolonialen Völkerrechts ist nicht von der Hand zu weisen – nur ist mit dieser Feststellung noch nicht geklärt, was damit gemeint und bezweckt war. Souveränität sei für die Staaten der Dritten Welt, so Wang Tiewa, „ein Rechtsschild, mit dem sie die Beherrschungs- und Einmischungsversuche von Seiten kolonialistischer Staaten abwehren können.“⁴⁴¹ Anders als häufig kolportiert, wurde Souveränität von den neuen Staaten aber nicht als rein konservatives Prinzip im Sinne einer *domaine réservé* betrachtet – sondern vielmehr als positive *Bedingung der Freiheit der Länder der Dritten Welt*. Dass es zu ei-

⁴³⁰ Siehe etwa Paul Yuan (Fn. 108), S. 28; LI Ming (Fn. 32), S. 9; XU Hegao (Fn. 110), S. 255 f.

⁴³¹ Vgl. zu dieser Unterscheidung Merle Goldman (Fn. 119), S. 504.

⁴³² WEI Min / LUO Xiangwen (Fn. 201), S. 18.

⁴³³ Robert Heuser (Fn. 105), S. 314.

⁴³⁴ Vgl. HE Zhipeng / SUN Lu (Fn. 20), S. 19.

⁴³⁵ Robert Heuser (Fn. 105), S. 318.

⁴³⁶ Anna Krueger (Fn. 385), S. 102.

⁴³⁷ ZHU Qiwu (Fn. 199), S. 7.

⁴³⁸ Anlei Zuo (Fn. 5), S. 18. HE Zhipeng / SUN Lu (Fn. 20), S. 30.

⁴³⁹ Robert Heuser (Fn. 105), S. 315.

⁴⁴⁰ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 142.

⁴⁴¹ WANG Tiewa (Fn. 54), S. 41. So etwa auch LI Ming (Fn. 32), S. 9; Vgl. auch Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 103.

nem solch fundamentalen Wandel der mit dem Wort Souveränität konnotierten Bedeutung kommen konnte – von *Freiheit* zu einem letztlich *apologetischen Prinzip zur Freiheitseinschränkung* (der betroffenen Bürger) der neuen Staaten – ist die Folge des Wandels der internationalen Politik seit den 1970er Jahre.⁴⁴² Die Diskussion des Souveränitätsbegriffs sollte daher auch als Möglichkeit dienen, die historische Kontingenz dieses Bedeutungswandels erfahrbar zu machen und die Einseitigkeit heutiger Darstellungen zu hinterfragen. Das Insistieren auf dem Souveränitäts- und Konsensprinzip durch die postkoloniale Völkerrechtslehre wurde ja gerade als Basis einer postkolonialen Gemeinschaft der nunmehr rechtsgleichen Staaten konzeptualisiert. Dabei betonten manche Autoren etwa die prinzipielle Unvereinbarkeit von Imperialismus und Souveränität: die imperialistischen Staaten könnten demzufolge rein logisch kein Interesse an einer Staatengemeinschaft souveräner, gleicher Staaten haben.⁴⁴³ Das „global-solidarische Projekt“ der Universalisierung des postkolonialen Völkerrechts offenbarte also, wie Krueger anmerkt, eine Zweigleisigkeit: die „Verknüpfung einer apologetischen Position in Bezug auf die Einzelinteressen der souveränen Staaten mit der utopischen Position in Bezug auf die Interessen der Weltgemeinschaft“.⁴⁴⁴ Ebenso konstatiert Anghie:

„[...] it is most evident that the Bandung states saw no contradiction or difficulty in articulating a vision of sovereignty that powerfully asserted the importance of noninterference, even while seeking to further global trade and investment.“⁴⁴⁵

Erst auf der Basis unabhängiger Staatlichkeit sahen sich die neuen Staaten überhaupt dazu ermächtigt, die Vision eines Völkerrechts der globalen Solidarität vorzutragen. Die Erlangung der Souveränität war damit nur der erste notwendige Schritt im Übergang vom kolonialen zum postkolonialen Völkerrecht, und Staatensouveränität war die axiomatische Bedingung, um ein Zurückfallen in Ersteres zu verhindern. In dem Maße aber, dass die neuen Staaten ihre weiterreichenden Ziele zu erlangen suchten, waren sie auch bereit, von ihrer souveränitätszentrierten Grundposition abzurücken – China eingeschlossen.

Es ist umgekehrt kaum von der Hand zu weisen, dass in folgendem Umstand mehr als eine Koinzidenz liegt: Dass nämlich just in dem historischen Moment, da das Konzept staatlicher Souveränität – diese „Gabe der Zivilisation“⁴⁴⁶ – den Ländern der Dritten Welt nicht

länger vorenthalten werden konnte; und just in dem Moment, da auch die ausgeklügeltesten Taxonomien europäischer Völkerrechtler zur Unterscheidung von „zivilisierten“, „halb-zivilisierten“ und „barbarischen“ Völkern ungläubhaft geworden war; dass gerade in dieser historischen Umbruchsituation die Erzählung vom Ende souveräner Staatlichkeit aufkam:

„Decolonization effectively universalized the European State as the only form of government that would provide equal status in the organized international community. [...] In an ironic twist, the more Western politicians and lawyers decried the vices of sovereignty, the more the representatives of the new States emphasized the sacredness of the boundaries they had inherited from the colonial past.“⁴⁴⁷

Eine Eurozentrismus-kritische Geschichtsschreibung kann die Dialektik dieser Begriffsgeschichte der Souveränität von der *conditio sine qua non* des klassischen Völkerrechts zum negativ besetzten Kampfbegriff des post-westfälischen Völkerrechts nicht ignorieren.

Die für die chinesische postkoloniale Lehre konstitutive Dichotomie zwischen kolonialem und postkolonialem Völkerrecht korrespondierte methodisch mit einer Dualität aus realistisch-strukturalistischer Analyse des *Lex lata* einerseits, welche sich durchaus affirmativ auf das marxistische Erbe berief, und idealistisch-utopischer Forderungen *de lege ferenda* andererseits, welche sich auch nicht scheuten, weitreichende Visionen für die postkoloniale Rechtsordnung zu formulieren. Argumentativ wurde diese Zweigleisigkeit durch eine charakteristische Dialektik aus Formalismus und Anti-Formalismus ermöglicht. Die Teile der überkommenen Rechtsordnung, für die man gekämpft und die man sich affirmativ angeeignet hatte – Staatensouveränität, Gewaltverbot, Nichteinmischung – wurden in formalistischer Manier gegen jedwede relativierende Kritik abgeschirmt. Jene Teile des überkommenen Völkerrechts, die man dagegen ablehnte („alte“ Weltwirtschaftsordnung, „altes“ Seerecht, und so fort), wurden mit einer distinkt anti-formalistischen und materiell-rechtlichen Methodik attackiert. Man könnte den postkolonialen Völkerrechtlern der ersten Generation daher methodische Inkonsistenz vorwerfen:

„Die Völkerrechtler in den neuen Staaten argumentierten also zum einen gegen eine Bindung der neuen Staaten an das etablierte Völkerrecht und zum anderen für eine Bindung der alten Staaten an die neue Weltwirtschaftsordnung und beriefen sich jeweils zumindest auch auf den Willen der Weltgemeinschaft, den sie mit einer Reihe vom [sic!] Werten asso-

⁴⁴² Damit vollzog die Begriffsgeschichte der Souveränität eine dem Menschenrechtsbegriff ähnliche dialektische Wendung. Siehe zu Letzterem etwa *Samuel Moyn* (Fn. 23), S. 115.

⁴⁴³ *YANG Hsin et al.*, Expose and Criticize the Imperialists' Fallacy Concerning the Question of State Sovereignty, in: *Jerome Cohen / Hungdah Chiu* (Hrsg.), *People's China and International Law. A Documentary Study*, Princeton 1974 (1964), S. 110–117, 111. Siehe auch *CHEN Tiqiang* (Fn. 20), 20.

⁴⁴⁴ *Anna Krueger* (Fn. 385), S. 87, 89.

⁴⁴⁵ *Antony Anghie* (Fn. 78), S. 548.

⁴⁴⁶ *Martti Koskenniemi* (Fn. 10), S. 98.

⁴⁴⁷ *Martti Koskenniemi* (Fn. 10), S. 175.

zierten, welche insbesondere den Interessen der neuen Staaten dienen sollten.“⁴⁴⁸

Es ist daher weder Formalismus noch Anti-Formalismus für die chinesische Völkerrechtslehre (und die Völkerrechtswissenschaft anderer Staaten) charakteristisch, sondern vielmehr eine Dialektik realistischer und utopischer, formalistischer und materieller Argumente, die von Koskenniemi einst so eindrücklich beschrieben wurde.⁴⁴⁹ Der Voluntarismus und das Insistieren auf strikter Reziprozität der Dritten Welt wechselte sich mit einem non-konsensualen Majoritätsbeharren im Streben nach internationaler Solidarität ab – und dies ist keineswegs eine Besonderheit der postkolonialen Völkerrechtslehre, sondern jedweder juristischen Argumentation selbst eingeschrieben, die notwendig entwicklungs offen und inhaltlich unbestimmt ist. Es ist also kein Wunder, dass sich die Industriestaaten in ihrer Ablehnung der NIEO nur „spiegelbildlich zu den Völkerrechtlern der Dritten Welt“ verhielten – indem sie sich auf eine voluntaristisch verstandene Position der Staatssouveränität zurückzogen:

„Die Völkerrechtler aus der Dritten Welt argumentierten bei der Bindung an allgemeines Völkerrecht apologetisch, bei der Umsetzung des Globalsolidarischen Projekts und insbesondere der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung aber utopisch; westliche Völkerrechtler bezogen in der Debatte um die Bindung der neuen Staaten an das Allgemeine Völkerrecht eine utopische Position und verweigerten sich gleichzeitig apologetisch der Änderung der etablierten Rechtsordnung.“⁴⁵⁰

Damit offenbarte sich den postkolonialen Völkerrechtlern das „zweischneidige Schwert des Voluntarismus“, vor dem Georges Abi-Saab einst gewarnt hatte.⁴⁵¹ Mit dieser rein argumentationskritischen Perspektive selbst ist gleichwohl nicht viel mehr gewonnen, als die allgemeine Einsicht in die unbestimmte Natur des Völkerrechts, dass sich immer vor dem Hintergrund politischer Überzeugungen formt. Wichtiger als diese ahistorische ist dagegen die genuin historische Einsicht, dass diese Phase des postkolonialen Internationalismus – nicht nur für die chinesische Lehre – mit dem Ende des kalten Krieges zu Ende ging. Als in der Folge die westliche Staatengemeinschaft wiederum die Führung in Fragen der programmatischen Rechtsfortbildung übernahm – sei es im Menschenrechtsschutz, der humanitären Intervention, oder dem Völkerstrafrecht – fielen die postkolonialen Völkerrechtler, einschließlich der chinesischen Völkerrechtswissenschaft, auf eine konservativ-apologetische Position zurück. Dass jedoch diese politisch konservative und rechtlich

formalistische Position heute mit der chinesischen Position zum Völkerrecht insgesamt gleichgesetzt wird, oder gar gänzlich ahistorisch auf die Gesamthistorie der chinesischen Auseinandersetzung mit dem Völkerrecht extrapoliert wird, zeugt nur von einer unzureichend historisch informierten Ansicht jener Autoren, welche die post-westfälische Völkerrechtsordnung der neunziger Jahren historisch absolut setzen. Es muss daher einer Eurozentrismus-kritischen Perspektive nicht zuletzt um die Wiederherstellung eines Sinns für historische Kontingenz und falsch verstandene Notwendigkeit gehen.

Wie also ist diese postkoloniale Phase der chinesischen Völkerrechtslehre zu bewerten? Eine kritische Würdigung kann nicht unabhängig von der Kritik an den Gründungsvätern der Völkerrechtslehre der Dritten Welt insgesamt erfolgen. Und eine kritische Geschichte der chinesischen Völkerrechtswissenschaft der 1980er Jahre muss zugleich eine Geschichte der ersten Generation von TWAIL-Juristen sein. Bei aller teils berechtigten Kritik an der Arbeit der ersten Generation postkolonialer Völkerrechtler – sei es die ungelöste Spannung zwischen Souveränität und Solidarität, oder zwischen dem Glauben an die rechtliche Form und der Ablehnung des juristischen Formalismus – kann doch ihr historischer Verdienst nicht übersehen werden. Insbesondere ihr universalistischer Glaube an die Wandelbarkeit und Progressivität des Rechts hebt sie von der zweiten Generation ab. Bezeichnenderweise akzeptierte das Gros der Völkerrechtler der Dritten Welt gerade nicht die in der europäisch-amerikanischen Literatur vorherrschende Sicht, dass das postkoloniale Recht entlang *kultureller* Konflikte strukturiert sei – war doch die Idee der Dritten Welt selbst eine der trotz ihrer diversen kulturellen Traditionen politisch im Kampf gegen den Kolonialismus geeinten Gemeinschaft.⁴⁵²

„The solidarity among these countries is not the result of imposed constraints, but of their progressive acceptance of principles which they all subscribe to in an increasing degree as they come to realize more clearly their common dependence on the great powers. This essential factor is their common denominator and absorbs all their differences. Living with the same problems, faced with the same objectives, they realize that their interests dictate a pooling of their efforts in order to defend positions on which their future depends.“⁴⁵³

Die dichotome Gegenüberstellung eines post-westfälischen liberalen Internationalismus und eines nach innen gewendetem kulturellem Nationalismus als nach 1989 durchbrechende Kontroverse der Nord-Süd-Beziehungen, spielte in jenen Jahren gerade *keine* übergeordnete Rolle. Den postkolonialen

⁴⁴⁸ Anna Krueger (Fn. 385), S. 113–114. Siehe auch Wim Muller (Fn. 125), S. 67.

⁴⁴⁹ Martti Koskenniemi (Fn. 18).

⁴⁵⁰ Anna Krueger (Fn. 385), S. 121.

⁴⁵¹ Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 103.

⁴⁵² Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 94–95; R. P. Anand (Fn. 130), S. 389, 400; WANG Tieya (Fn. 131), S. 22 f.; vgl. allgemein Anna Krueger (Fn. 385), S. 94.

⁴⁵³ Mohammed Bedjaoui (Fn. 50), S. 148.

Völkerrechtlern war bewusst, dass der eurozentrische Kulturalismus eine Erfindung des neunzehnten Jahrhunderts und damit ein historisch kontingentes Produkt menschlichen Denkens war.⁴⁵⁴ Dennoch wurde der Universalismus der TWAIL I-Juristen später zum Gegenstand von Kritik – genauso übrigens wie in China die insgesamt universalistische intellektuelle Landschaft der „neuen Ära“ (新时期) der achtziger Jahre, mit ihrem von der Bewegung des Vierten Mai übernommenen Glauben an die Modernisierbarkeit der chinesischen Kultur.⁴⁵⁵ Somit wurde mit dem Ende der utopisch-universalistischen achtziger Jahre auch „Universalismus“ selbst „zum kritischen Begriff [...], der die tatsächlichen Strukturprobleme verschleierte.“⁴⁵⁶ In den neunziger Jahren kam es zu einer kritisch-skeptischen Wende in der Sicht der Dritten Welt auf das Völkerrecht und damit auch im Denken der zweiten Generation von TWAIL: Das Völkerrecht, nach seiner Wende zur „postnationalen Konstellation“, wie Habermas es bekanntermaßen formulierte, wurde „einmal mehr janusköpfig“.⁴⁵⁷ Auch TWAIL, wie andere Utopien des 20. Jahrhunderts, geriet in eine postmoderne Krise. Gleichzeitig wich der moderat-kritische Universalismus der ersten Generation einer Fundamentalopposition, wie bei Mutua:

„The regime of international law is illegitimate. It is a predatory system that legitimizes, reproduces and sustains the plunder and subordination of the Third World by the West.“⁴⁵⁸

Aus heutiger Sicht mag die Rede der postkolonialen Völkerrechtler vom „Segen der modernen Zivilisation“⁴⁵⁹ in der Tat naiv erscheinen. Dennoch hatten sie, vielleicht mehr als ihre Nachfolger, ein untrügliches Gespür für die Gefahren, die von einem übermäßigen Nationalismus für die Länder des Südens ausgingen.⁴⁶⁰ Und doch war es mit dem Ende des kalten Krieges und dem letztendlichen Scheitern der NIEO gerade dieser Nationalismus, auf den auch China zurückfiel.

Der defensive Rückzug auf eine völkerrechtsskeptische und nationalistische Position war indes alles andere als eine logische Konsequenz der postkolonialen Völkerrechtslehre der 1980er Jahre. Im Gegenteil: Er war Symptom ihres Scheiterns. Die Wende zum post-westfälischen Völkerrecht und der Niedergang des postkolonialen Internationalismus nach 1989 provozierten erst besagte Wende nach innen. Dies sollte uns jedoch keineswegs dazu verleiten, den Diskurs der 1980er Jahre kurzerhand für unwichtig zu erklären. Zunächst einmal ist es von historischem Interesse für eine angemessene Würdigung geschichtlicher Komplexität, zu zeigen, dass in den späten achtziger Jahre

eine andere, nicht europa-zentrische Form des Internationalismus existierte und die politischen Gemüter zu erregen vermochte. Ob dieser Internationalismus bis heute fortwirkt und die chinesische Position weiter beeinflusst, ist dagegen eine offene Frage.

4. Das Ende des kalten Krieges, die Wende zum post-westfälischen Völkerrecht und die Rückkehr des chinesischen Partikularismus: 1990–1993

Manche haben, wie Robert Heuser, der chinesischen Völkerrechtslehre der 1980er Jahre eine skeptische Zurückhaltung bescheinigt:

„Es ist nicht übertrieben festzustellen, daß für China eine Epoche internationaler politischer Erfahrung ihren Abschluß findet, als deren Reflex sich eine Zurückhaltung gegenüber dem Völkerrecht und so eine nur zögernde Wertschätzung der Völkerrechtswissenschaft darstellt [...].“⁴⁶¹

Heusers Text ist sicherlich bereits vom Eindruck der Ereignisse vom vierten Juni des Jahres 1989 geprägt – ein Datum, dass für die nächsten Jahre wie ein düsteres Omen über der weiteren Entwicklung nicht nur der chinesischen Rechtswissenschaft, sondern der politischen und akademischen Öffnung im allgemeinen hing. Dennoch ist Heusers Einschätzung, das sollte gezeigt worden sein, unhaltbar. Die angebliche Zurückhaltung, die zwar zu Beginn der Dekade ohne Frage noch feststellbar war, wich gegen Mitte der 1980er Jahre einer affirmativen Aneignung des postkolonialen Völkerrechts. Dennoch änderte sich einiges mit Tian’anmen – sowohl innerhalb Chinas, als auch global. Anders als die Wende des Jahres 1978, die ohne Frage weitgehend indigen induziert war, muss es ebenso außer Frage stehen, dass die offiziellen chinesischen Reaktionen auf die globalen Ereignisse des Jahres 1989 durgehend reaktiv waren.⁴⁶²

„[...] even if Tian’anmen Square had not happened, or if the demonstrations had been peacefully broken up, as in 1985 or 1987, or as in other cities in China in 1989, the ending of the Cold War binary would have altered China’s self-presentation and self-confidence very strongly.“⁴⁶³

Das Ende des kalten Krieges wurde im Westen wiederum als historischer Triumph gefeiert. Schließlich wurde der Blockkonfrontation des kalten Krieges auch der wahrgenommene „Stillstand“ des Völkerrechts in der Nachkriegszeit angelastet.⁴⁶⁴ Aber das ist nur ein Teil der Geschichte. Denn natürlich war das Völkerrecht der Nachkriegszeit nicht im Stillstand begriffen,

⁴⁵⁴ R. P. Anand (Fn. 130), S. 383.

⁴⁵⁵ XU Jinlin (Fn. 119), S. 174.

⁴⁵⁶ Anna Krueger (Fn. 385), S. 90.

⁴⁵⁷ Andrea Bianchi (Fn. 53), S. 213.

⁴⁵⁸ Makau Mutua, Antony Anghie, What is TWAIL?, in: Proceedings of the Annual Meeting (American Society of International Law), Vol. 94, 2000, S. 31–40, 31.

⁴⁵⁹ Vgl. Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 105; R. P. Anand (Fn. 130), S. 390.

⁴⁶⁰ Siehe etwa R. P. Anand (Fn. 130), S. 391.

⁴⁶¹ Robert Heuser (Fn. 105), S. 307.

⁴⁶² Wim Muller (Fn. 125), S. 73.

⁴⁶³ Rana Mitter (Fn. 118), S. 288.

⁴⁶⁴ Martti Koskenniemi (Fn. 10), S. 512.

wie dieser und eine große Zahl anderer Aufsätze gezeigt haben sollten. In der Dritten Welt ging das Ende des Kalten Krieges dagegen mit einem allgemeinen Bedeutungsverlust einher. Während die Blockmächte zuvor signifikante Ressourcen in die Dritte Welt gelenkt hatten, um diese ideologisch für sich zu gewinnen,⁴⁶⁵ kam der Internationalismus der Dritten Welt nun zu einem kümmerlichen Ende.

„The end (or at least significant lessening) of East-West antagonism did not come as an unmitigated gift to the South. In the first place, through most of the 1980's Third World countries were forced into a retreat from their advocacy of NIEO. Efforts to regulate economic development through the UN and intergovernmental organizations were slowly given up. [...] The importance of the UNGA also decreased in peace and security matters as the UNSC's activities increased.“⁴⁶⁶

Das Ende des kalten Krieges war damit auch ein Ende der Machtstellung der Dritten Welt im Völkerrecht, sowie Ausdruck einer allgemeinen Machtverschiebung von den Vereinten Nationen, insbesondere der Generalversammlung, zu anderen internationalen Organisationen, wie denen von Bretton-Woods; aber auch innerhalb der UN von der Generalversammlung zum Sicherheitsrat.⁴⁶⁷ Die Entwicklungsländer, die immerhin über mehr als ein Jahrzehnt die Agenda der UN zu bestimmen vermocht hatten, „wurden damit zu Bittstellern, die sich nun ausgerechnet an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank wenden mussten [...].“⁴⁶⁸ Natürlich läutete das Ende des kalten Krieges auch eine bis dato präzedenzlose Fragmentierung politischer Konfliktlinien und Allianzen ein. Der Begriff der Dritten Welt konnte kaum noch ein uniformes Lager bezeichnen und wurde schließlich durch den des Globalen Südens abgelöst. Die allerorts wahrgenommene Fragmentierung⁴⁶⁹ und das Ende althergebrachter Allianzen kann nur schwerlich darüber hinwegtäuschen, dass ungleiche Machtverhältnisse fortbestanden. Die westliche Völkerrechtslehre jedoch zelebrierte den Niedergang der Dritten Welt als „Rückkehr zum Universalismus“:

„[...] Western international lawyers invoked the demise of the Third World movement as a reaffirmation of the historical progress of international law. After the Third World and the Soviet bloc relinquished their divergent positions, Western lawyers welcomed their integration into an international community

that regained universality and into an international law that reassumed its pattern of progress: from a law preoccupied with interstate coexistence, towards a law of cooperation advancing the values and interests of the international community writ large.“⁴⁷⁰

Der Weg schien wieder frei für progressive Entwicklungen im Bereich des Menschenrechtsschutzes, im Völkerstrafrecht und der humanitären Intervention. Aber wer könnte leugnen, dass die Entwicklungen nach 1989 kaum mit der hohen Luft eines ausgerufenen „Endes der Geschichte“ mithalten konnten?⁴⁷¹ Die „ethische Wende“ der völkerrechtlichen Profession nach dem kalten Krieg und insbesondere nach den Ereignissen im Kosovo, hatte auch eine tiefgreifende Deformalisierung des für die postkolonialen Staaten zentralen *ius contra bellum* zur Folge.⁴⁷² Überhaupt kann dem Aufstieg des menschenrechtlichen Paradigmas in den neunziger Jahren nur bedingt ein Beitrag zur Befriedung der internationalen Beziehungen bescheinigt werden.⁴⁷³ Die Konsequenz waren keineswegs nur liberalisierende Effekte für die involvierten Individuen, sondern auch eine Verschleierung eigentlicher Machtverhältnisse, die zu zähmen sich das formalistisch verstandene *ius contra bellum* der Nachkriegszeit doch angeschickt hatte. Ironischerweise führte die Expansion des Völkerrechts durch eine (von manchen als progressiv, von anderen als regressiv bezeichnete) Entwicklung – wie schon die Bemühungen um eine NIEO zwei Jahrzehnte zuvor – nicht zuletzt zu einem Recht, das fluider und weniger durchsetzungsstark wurde.⁴⁷⁴ Und so bleibt im Rückblick, zu einem Zeitpunkt da manche bereits das Ende des Zeitalters der Menschenrechte gekommen sehen, die etwas lapidare Feststellung, dass jede fundamentale Rechtsentwicklung mit Kosten verbunden ist, die unterschiedliche politische Koalitionen nach sich ziehen.⁴⁷⁵ Natürlich ist es einfach, die Ignoranz westlicher Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen retrospektiv zu geißeln. Schwieriger dagegen ist es, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie diese Entwicklungen im Rest der Welt rezipiert wurden. Ohne ein Verständnis für das Gefühl von Bitterkeit und Desillusionierung, das weite Teile der Dritten Welt mit den Entwicklungen der Folgejahre verbanden, ist aber eine angemessene Bewertung der chinesischen Lehre nach 1989 schwerlich möglich.

⁴⁷⁰ Arnulf Becker-Lorca (Fn. 23), S. 1051.

⁴⁷¹ Kenneth Cmiel, The Recent History of Human Rights, in: Akira Iriye et al. (Hrsg.), The Human Rights Revolution. An International History, Oxford 2012, S. 27–52, 28.

⁴⁷² Martti Koskenniemi, 'The Lady Doth Protest Too Much'. Kosovo, and the Turn to Ethics in International Law, in: Modern Law Review, Vol. 65(2), 2002, S. 159–175, 160.

⁴⁷³ Ingrid Wuertth, International Law in the Post-Human Rights Era, in: Texas Law Review, Vol. 96, 2017, S. 279–349, 283; vgl. auch David Kennedy, Reassessing international humanitarianism: the dark sides, in: Anne Orford (Hrsg.), International Law and its Others, Cambridge 2009, S. 131–155.

⁴⁷⁴ Ingrid Wuertth (Fn. 473), S. 320.

⁴⁷⁵ Ibid., S. 347.

⁴⁶⁵ Georges Abi-Saab (Fn. 130), S. 100, spricht in diesem Zusammenhang von einer disproportionalen Macht der Dritten Welt aufgrund der politischen Situation des kalten Krieges.

⁴⁶⁶ Martti Koskenniemi (Fn. 15).

⁴⁶⁷ Samuel Moyn (Fn. 23), S. 129.

⁴⁶⁸ Klaus Dieter Wolf, Die UNO. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, München 2005, S. 44.

⁴⁶⁹ Gunther Teubner / Andreas Fischer-Lescano (Fn. 14).

China wurde nach dem repressiven Ende der Tian'anmen-Bewegung, wie andere Entwicklungsstaaten auch, in die Defensive gedrängt und vollzog eine konservative und kulturalistische Wende, die nicht vom Wandel der Völkerrechtsordnung selbst zu trennen ist. Über den postkolonialen Internationalismus von Bandung, den Aufstieg der Menschenrechte und sukzessiven Niedergang des Sozialismus nach der Schlussakte von Helsinki, gelangte man schlussendlich zur Menschenrechtskonferenz von Bangkok – wo der postkoloniale Internationalismus der asiatischen Staaten sich angesichts der veränderten Weltlage nicht mehr anders zu helfen wusste, als in einen bigotten Kulturrelativismus zu verfallen. Der epochale Umbruch des Jahres 1989 hatte gravierende Konsequenzen für Chinas Selbstpositionierung – bei weitem nicht nur, aber doch am offensichtlichsten – in der Menschenrechtsfrage, die nun zentrale Bedeutung erlangte. In dem Maße nämlich, dass die Menschenrechtsfrage sei dem Juni 1989 ins Zentrum der chinesischen Beziehungen zu anderen Staaten gerückt war, konnte man sich nicht mehr indifferent zeigen, sondern musste reagieren. Der im Entstehen begriffene Diskurs um „asiatische Werte“ bot einen willkommenen Ansatzpunkt für die Gegenkritik.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation kam es, wie Samuel Huntington berüchtigtweise feststellte, zu einem Wiederaufkochen kultureller und nationaler Konflikte.⁴⁷⁶ Der krude Kulturalismus Huntingtons wurde von vielen Seiten kritisiert – dennoch ist er letztlich nur Symptom seiner Zeit, in der alte Erklärungsmuster und Identifikationszusammenhänge brüchig geworden waren. Kurz: einer Zeit der Rückkehr des kulturellen Partikularismus, der in den Jahrzehnten zuvor im Angesicht der politisch-ökonomischen Blockkonfrontation schon überwunden geglaubt war. Ein Teil der Intellektuellen zog sich vorerst in einen nationalistischen Diskurs zurück, der nun den Aufstieg Chinas als geeignetes Gegenmittel zu einem amerikanischen Hegemonismus hinstellte und die vorhergegangene Dekade eines naiven Idealismus und teleologischen Glaubens an die westliche Moderne zu überführen trachtete.⁴⁷⁷ Nicht umsonst waren die neunziger Jahre auch die Zeit des Aufstiegs der nationalistischen Neuen Linken und des in Teilen reaktionären Neuen Konfuzianismus.⁴⁷⁸ Ein positiv definiertes Gegenmodell bestand dagegen – anders als in der vorhergegangenen Dekade – vorerst nicht mehr. Aus der universalistischen Homogenität des Modernitätsdiskurses der achtziger Jahre ging der gespaltene und postmoderne Diskurs der Neunziger

hervor.⁴⁷⁹ Seinen ersten offiziellen Ausdruck fand dieser wiederentdeckte Kulturalismus im chinesischen Weißbuch der Menschenrechte des Jahres 1991, welches von den „enormen Unterschieden im historischen Kontext, Gesellschaftssystem, in kulturellen Traditionen und wirtschaftlicher Entwicklung“ sprach, welche das „Verständnis und [die] Praxis der Menschenrechte“ beeinflussten.⁴⁸⁰ Gleichzeitig wurde die eigene Geschichte der semi-kolonialen Vergangenheit in apologetischer Weise verwertet.⁴⁸¹ Auf der Wiener Weltkonferenz der Menschenrechte des Jahres 1993 wurde diese Kritik schließlich global sichtbar. Der Konferenz gingen drei Regionalkonferenzen voraus, die jeweils eine Deklaration als Abschlussdokument annahmen und als offiziellen Beitrag nach Wien brachten. Das einzige Dokument, welches die Universalität der Menschenrechte dabei grundsätzlich in Frage stelle, war die Bangkok-Deklaration der asiatischen Staaten, die forderte, dass Menschenrechte im Lichte der „Bedeutung nationaler und regionaler Besonderheiten und diverser historischer, kultureller und religiöser Hintergründe“ zu interpretieren seien.⁴⁸² Nun ist die Kritik, die in diesen Dokumenten an den Menschenrechten durchscheint, nicht durchweg neu, und die Betonung etwa des Rechts auf Subsistenz und eines materiellen Mindestlebensstandard kann durchaus auch als Erbe der postkolonialen Menschenrechtskritik der achtziger Jahre gesehen werden. Dennoch fällt auf, dass die Kritik rein defensiv auf *nationale Partikularismen* pocht – offensichtlich, weil kein veritables *internationales* Gegenmodell mehr vorhanden war.

Das Jahr 1993 war somit der Höhepunkt des defensiven Rückzugs der chinesischen Position nach den internationalistischen achtziger Jahren. Der konservative Gegenschlag sollte aber nicht von Dauer sein. Schon im Jahr 1991 hatte die Volksrepublik nach erheblicher internationaler Kritik im Zuge der Niederschlagung der Studentenproteste ihre Rückkehr auf die internationale Bühne gefeiert, als sie auf ein Veto gegen die Resolution 678 des Sicherheitsrats, welche zum Einsatz gegen das Regime Saddam Husseins im Irak ermächtigte, verzichtet hatte.⁴⁸³ Auch die spätere Stimmabgabe für die Etablierung des Jugoslawien-Tribunals und die flexiblere Handhabung von Missionen zur Friedenswahrung wurde China von den westlichen Staaten durchaus positiv angerechnet; auch wenn die grundsätzliche Oppositionen gegen unilaterale Interventionen bestehen blieb – aufgrund des Deng'schen

⁴⁷⁶ Samuel Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, 1993, S. 22–49.

⁴⁷⁷ XU Jinlin (Fn. 119), S. 177.

⁴⁷⁸ Vgl. dazu allgemein *ibid*; sowie WANG Chaohua, *Minds of the Nineties*, in: *dies.*, *One China, Many Paths*, London 2003, S. 9–46; Mobo Changfan Gao, *The rise of neo-nationalism and the New Left: a postcolonial and postmodern perspective*, in: Wang Shaoguang, Leong Liew (Hrsg.), *Nationalism, Democracy and National Integration in China*, London 2004, S. 44–62; Yingjie Guo, *Cultural Nationalism in Contemporary China*, London 2003.

⁴⁷⁹ XU Jinlin (Fn. 119), S. 181.

⁴⁸⁰ Der Text ist abgedruckt in Stephen Angle, Marina Svensson, *The Chinese Human Rights Reader: Documents and Commentary, 1900–2000*, New York 2001, S. 355 f.

⁴⁸¹ Siehe dazu auch Jeffrey Wasserstrom, *The Chinese Revolution and Contemporary Paradoxes*, in: Ders. (Hrsg.), *Human Rights and Revolutions*, Lanham 2000, S. 21–46.

⁴⁸² Siehe Report on the Regional Meeting for Asia of the World Conference on Human Rights: <documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G93/125/95/PDF/G9312595.pdf?OpenElement>, eingesehen am 04.07.2018.

⁴⁸³ Rosemary Foot, *Rights Beyond Borders. The Global Community and the Struggle over Human Rights in China*, Oxford 2000, 130; Rana Mitter (Fn. 118), S. 288.

Diktums des *hide and bide* (韬光养晦) aber zugunsten der zügigen Einbindung in die Weltwirtschaftsordnung meist nicht manifest wurde.⁴⁸⁴ So war der konservative Gegenschlag der Jahre 1989–1992 rückblickend nur das, wie Mitter sich ausdrückte, „letzte Aufstöhnen der alten Ordnung“:

„What was to come instead was a complex mixture: relative economic liberalism, but a turn away from uncritical internationalism to an ambivalent nationalism which craved acceptance by the world order while also seeking not to be dominated by it.“⁴⁸⁵

Die berühmte Südreise des greisen Deng Xiaoping im Jahr 1992 beendete die kurzweilige reaktionäre Wende im Innern und leitete eine Vertiefung der Marktreflexionen der achtziger Jahre ein, die in den neunziger Jahren endgültig zur Abwicklung eines Gutteils der schwerfälligen Staatsbetriebe führte. Die Menschenrechtsfrage blieb zwar virulent, aber schon im Jahr 1995 war China „fest zurück in der Weltgemeinschaft.“⁴⁸⁶ Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Höhepunkt im Beitritt zur WTO im Jahr 2001. Der rein defensive Nationalismus der Post-Tian’anmen-Jahre erwies sich retrospektiv als kurzweiliges Intermezzo, blieb aber als latente Kraft, welche die neunziger Jahre prägte, fortbestehen.⁴⁸⁷ Dieser Nationalismus wurde jedoch angesichts der Notwendigkeit wirtschaftlicher Einbindung für das chinesische Entwicklungsmodell bisweilen pragmatisch gehandhabt, wenn es nicht gerade um „Kerninteressen“ (核心利益) der chinesischen Außenpolitik ging. Der postkoloniale Internationalismus als konstitutives Merkmal der chinesischen Lehre der achtziger Jahre bestand ebenfalls als latentes Potential fort. Seither verharren die zwei wesentlichen Momente der jüngeren chinesischen Völkerrechtslehre in spannungsgeladener Koexistenz: ein postkolonialer Internationalismus und ein partikularistischer Nationalismus.

Je tiefer man jedoch den Blick in die späten 1990er Jahre hinein lenkt, die neben der nationalistischen Wende auch eine Zeit der Professionalisierung und Diversifizierung der chinesischen Rechtswissenschaft war – und eine Zeit, in der etwa Menschenrechte ein offiziell-sanktioniertes Thema akademischer Forschung wurden – desto offenkundiger werden die diese Zäsur überdauernden Kontinuitäten. Auf lange Sicht hinaus ist es daher zu einseitig, die neunziger Jahre lediglich durch diese zweifellose nationalistische Wende zu charakterisieren, zeichnete sich die Dekade doch intellektuell nicht zuletzt durch eine Professionalisierung und Diversifizierung des Diskurses aus, der nun – anders als in den achtziger Jahren – auch häufiger andere Bahnen als die offizielle Parteipolitik ging.⁴⁸⁸ Will man einen pragmatischen Geist in

der chinesischen Völkerrechtslehre ausmachen, so ist dieser ebenfalls eher mit den neunziger Jahren – der Zeit bescheidener Ziele – als mit der frühen Reformära zu assoziieren.⁴⁸⁹ Auch die Rechtswissenschaft blieb von diesen Entwicklungen nicht unbeeinflusst. Die Diversifizierung des ideologischen Diskurses korrespondierte langfristig auch auf akademischer Ebene mit einer stärker an dem fragmentierten Charakter des post-westfälischen Völkerrechts orientierten chinesischen Völkerrechtswissenschaft. Auch im Bereich der Menschenrechte brachten die Neunziger, nach den kurzen Jahren kulturalistischer Ablehnung von offizieller Seite, auf lange Sicht einen diversifizierten Diskurs, der etwa auch das alte kulturgeschichtliche Erbe kritisch aufarbeitete⁴⁹⁰ oder soziologische Perspektiven eröffnete.⁴⁹¹

4.1 Dilemmata eines mächtigen Entwicklungslandes: Die chinesische Völkerrechtswissenschaft und ihr postkoloniales Erbe

Die internationalistischen Visionen eines Wang Tiewa oder Huan Xiang verblassten zwar angesichts dieser Wendung nach innen. Dennoch wirkt das postkoloniale Erbe fort – in manchen Gebieten als genuine Vision, in anderen als reines Lippenbekenntnis. Ein Verständnis für die Art und Weise dieses Fortwirkens kann nur dann erreicht werden, wenn man würdigt, dass diese Zeit nach dem Ende des kalten Krieges eben nicht nur die Zeit des Untergangs der Bewegung der Dritten Welt war, sondern auch des nahezu ungebremsten wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs Chinas.⁴⁹² Das chinesische Selbstbild, das seither zwischen der hergebrachten Vorstellung eines Führers der Dritten Welt und der neuen einer aufsteigenden Großmacht changiert, erklärt sich im Wesentlichen daraus: dass China eines der wenigen Länder der Dritten Welt war, welches die berühmte *Middle Income Trap* überwinden konnte – für das also die Zeit nach 1989 ein weitgehender Erfolg war, trotz der als bedrohlich wahrgenommenen internationalen Umwelt. Aus dieser Ambivalenz historischer Erfahrung speist sich wohl auch die Janusköpfigkeit der aktuellen chinesischen Völkerrechtslehre.

Statt dem Scheitern der Utopien der Dritten Welt nachzutruern, nahm die chinesische Lehre, damit dem Deng’schen Erbe folgend, schon bald eine affirmative und pragmatische Position gegenüber den „Chancen der Globalisierung“ ein – ein häufig kolpor-

⁴⁸⁴ Vgl. Wim Muller (Fn. 125), S. 77.

⁴⁸⁵ Rana Mitter (Fn. 118), S. 289.

⁴⁸⁶ Ibid., S. 291.

⁴⁸⁷ Ibid., S. 299.

⁴⁸⁸ WANG Chaohua (Fn. 478), S. 15.

⁴⁸⁹ Vgl. auch WANG Hui (汪晖), Der geistesgeschichtliche Zustand des heutigen Chinas und das Problem der Modernität (当代中国的思想状况与现代性问题), in: Tianya (天涯), No. 5, 1997, S. 133–150.

⁴⁹⁰ Vgl. XIA Yong, Human Rights and Chinese Tradition, in: Stephen Angle, Marina Svensson (Hrsg.), The Chinese Human Rights Reader: Documents and Commentary, 1900–2000, New York 2001 (1992), S. 372–289.

⁴⁹¹ LI Buyun, Human Rights: Three Existential Forms, in: Stephen Angle, Marina Svensson (Hrsg.), The Chinese Human Rights Reader: Documents and Commentary, 1900–2000, New York 2001 (1991), S. 333–343.

⁴⁹² Randall Peerenboom (Fn. 11).

tierter Euphemismus für die in weiten Teilen amerika-zentrische Weltordnung nach dem Untergang der Sowjetunion. Das augenfälligste Beispiel ist sicher der über mehr als ein Jahrzehnt vorbereitete Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation. Dennoch: Zahlreiche andere Beispiele sprechen dafür, dass sich die chinesische Lehre niemals ganz heimisch in der neuen Weltordnung fühlte – damit anderen Ländern des globalen Südens nicht unähnlich, die den Aufstieg der amerikanisch-geprägten Institutionen von Bretton-Woods und den dogmatischen Neuerungen im Menschenrechtsschutz zwar skeptisch, aber letztlich doch recht hilflos gegenüberstanden. Wenn wir nunmehr an einem historischen Punkt angelangt sind, da China in zunehmendem Maße diese post-westfälische Ordnung infrage stellt – und auch in zunehmendem Maße die finanziellen und institutionellen Ressourcen für eine alternative Ordnung bereitstellt – so bleibt die Frage, ob dies auch mit einer die expansiven Tendenzen der aktuellen chinesischen Außenpolitik einhegenden Tradition des Internationalismus einhergeht. Aus Sicht des Autors gibt es nur ein intellektuelles Erbe, das eine solche zähmende Funktion ausüben könnte: namentlich der postkoloniale Internationalismus. Eine Auseinandersetzung mit diesem Erbe ist daher nicht zuletzt für die Frage nach den Folgen des Aufstiegs Chinas relevant.⁴⁹³

„The question arises as to what the display of powers by developing countries would look like in the international order as soon as their development has reached a certain level and their exercise of power, singly or in associated form, is felt globally.“⁴⁹⁴

Für Jia Bingbing ist China ein paradigmatisches und letztlich wohl das singuläre Beispiel in dieser Frage, die zugespitzt lautet: Welchen Einfluss übt das postkoloniale, internationalistische Erbe der chinesischen Völkerrechtslehre heute, im Angesicht des Aufstiegs Chinas, noch aus? Kann das postkoloniale Erbe der chinesischen Völkerrechtslehre auf lange Sicht ein „juridisches Gewissen“ darstellen, das exceptionalistische und partikularistische Alleingänge eines zunehmend mächtigen Chinas zu „zähmen“ vermag? Es wurde hier bereits darzustellen versucht, dass abstrakte Charakterisierungen Chinas als konservativ oder formalistisch nicht nur historisch fragwürdig, sondern auch analytisch wenig hilfreich sind. Womit freilich die Frage bleibt, wie diese Spannung *in concreto* und hinsichtlich spezifischer Rechtsprobleme aufzulösen ist, die durch den Aufstieg Chinas mit neuer Macht virulent geworden sind. Zu einem nicht unbedeutenden Grade ist die heutige chinesische Position zum Völkerrecht immer noch von der spezifischen historischen Konstellation aus Konservativität und Progressivität – Formalismus

und Anti-Formalismus – geprägt, die sich mit dem Übergang zum post-westfälischen Völkerrecht ideologisch und institutionell konstituierte:

„In this new situation, China was forced to the defensive over a far larger amount of international criticism of its human rights record than it had expected. As a result, its new attitude grew to be formal and legalistic, insisting on its sovereignty, when it came to human rights, but more flexible, also regarding its sovereignty, in other respects, specifically in international economic cooperation.“⁴⁹⁵

Bei genauerem Hinsehen ist diese Gruppierung in legalistische (Menschenrechte, *ius contra bellum*, Nicht-einmischung, Völkerstrafrecht) und flexible (Klimarecht, Weltwirtschaftsrecht, Seerecht) Positionen Chinas jedoch unterkomplex. Zwar ist die Doktrin der „gemeinsamen aber geteilten Verantwortung“ des Klimarechts sicher eine Fortentwicklung überkommener Kritik am juristischen Formalismus durch die Entwicklungsländer; gleichzeitig sieht sich China als größter Emittent von Treibhausgasen jedoch selbst der zunehmenden Kritik von vulnerablen Inselstaaten ausgesetzt. Die affirmative Aneignung des postkolonialen Seerechts der achtziger Jahre ist heute der weltweit zunehmenden Wahrnehmung eines exceptionalistischen Chinas gewichen, das über seinen maritimen „Hinterhof“ eigenmächtig bestimmten Mächte und scheinbar willkürlich historische Ansprüche auf riesiges Territorium erhebt. Die chinesische Position zum internationalen Wirtschaftsrecht ist nochmals komplexer. Einerseits hat die Volksrepublik die Bemühungen um eine NIEO schon lange aufgegeben, sich zu einer der aktivsten Streitparteien des Dispute Settlement Understanding der WTO entwickelt und enorme Ressourcen in die Schaffung handelsrechtlicher Expertise geleitet.⁴⁹⁶ Man kann das zwar als Aufgabe politischer Integration zugunsten wirtschaftlicher Integration deuten.⁴⁹⁷ Gleichwohl strebt China, insbesondere seit dem Aufstieg Xi Jinpings und dessen Kernprojekt der neuen Seidenstraße, eine aktivere Gestaltung der Normen internationalen Wirtschaftsrechts an. Man muss zudem eine latente Spannung zwischen dem etatistischen Entwicklungsmodell Chinas, sei es in den eigenen Wirtschaftsreformen oder in den Positionen zur internationalen Wirtschaftsförderung, und dem neoliberalen Konsens der Bretton-Woods-Organisationen feststellen. Die Opposition zwischen „Beijing Consensus“ und „Washington Consensus“ sowie zwischen Weltbank/IWF und der asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank ist dabei das augenscheinlichste Symptom gegenläufiger Entwicklungsökonomien.⁴⁹⁸ Chinas Entwicklung steht, um es weiter zuzuspitzen, für ein

⁴⁹⁵ Wim Muller (Fn. 125), S. 72.

⁴⁹⁶ Anthea Roberts (Fn. 28), S. 79.

⁴⁹⁷ Julio Faundez (Fn. 15), S. 508.

⁴⁹⁸ Wie sich die Etablierung eines kürzlich angekündigten internationalen Schiedsgerichtes für Investitionsfragen unter Ägide des Obersten Volksgerichts darauf auswirken wird, bleibt abzuwarten.

⁴⁹³ Vgl. dazu auch Björn Ahl, China's New Global Presence and Its Position Towards Public International Law: Obeying, Using or Shaping? In: Lutz-Christian Wolff et al. (Hrsg.), Legal Dimensions of China's Belt and Road Initiative, Hong Kong 2016, S. 481–505.

⁴⁹⁴ JIA Bingbing (Fn. 24), S. 23.

etatistisches Ideal in einer Epoche der allseits wahrgenommenen „Post-Staatlichkeit“. Gleichzeitig kann Chinas Aufstieg als Bote einer neuen Ära des Etatismus im Angesicht des regressiven Liberalismus⁴⁹⁹ gedeutet werden – was sich nicht zuletzt auf den zwischenstaatlichen Menschenrechtsschutz auswirken könnte.⁵⁰⁰ Nur stark vereinfacht kann man daher sagen, dass das Erbe der achtziger Jahre vor allem in jenen Gebieten fortbesteht, in denen dieses *ex negativo* gegen „westliche“ Reformbemühungen definiert wurde: namentlich im Menschenrechtsschutz, *ius contra bellum*

und im Völkerstrafrecht. In geringerem Maße besteht es auch positiv in der Rhetorik wirtschaftlicher Kooperation fort: Beijing Consensus, Neue Seidenstraße, und so fort. Fraglich bleibt dagegen, ob sich der Einfluss dieses Erbes in Zukunft noch stärker in Form positiv definierter Reformvorhaben zeigen wird, die womöglich – auch wenn die Anzeichen hierfür zurzeit gering sind – zu einem neuerlichen Internationalismus des globalen Südens führen könnten.

⁴⁹⁹ Symptomatisch etwa im Aufstieg populistischer Parteien weltweit.

⁵⁰⁰ Ingrid Wuerth (Fn. 471), 348; Björn Ahl, The Rise of China and International Human Rights Law, in: Human Rights Quarterly, Vol. 37, 2015, S. 637–661.

* * *

Chinese international law scholarship and its post-colonial legacy: 1979–1993

Scholarly discourse on China's position toward international law is not sufficiently historically informed. Whereas the legal developments of the post-Cold War era are too often depicted in an ahistorical and end-of-history-esque fashion, historical accounts predominantly draw on the era of unequal treaties to explain the supposedly reserved and formalistic Chinese position. The Maoist era and the early reform period that followed it, however, are rarely discussed. This paper criticizes this form of deep-historical extrapolation and seeks instead to reconsider the 1980s as a formative time for Chinese international law scholarship. The early reform period was both institutionally and conceptually constitutive for the professional identity of Chinese international lawyers – and its genuine internationalism prompts a reconsideration of common negative characterizations of the Chinese position. Thus, the demise of third world internationalism following the end of the Cold War leaves us not only with the question of how this post-colonial legacy continues to influence current Chinese scholarship – it also calls for a critical reevaluation of the post-Cold War international legal order at large, as well as the Chinese role in it.